

Zeitschrift für amtliche Statistik

Berlin Brandenburg

3 2012

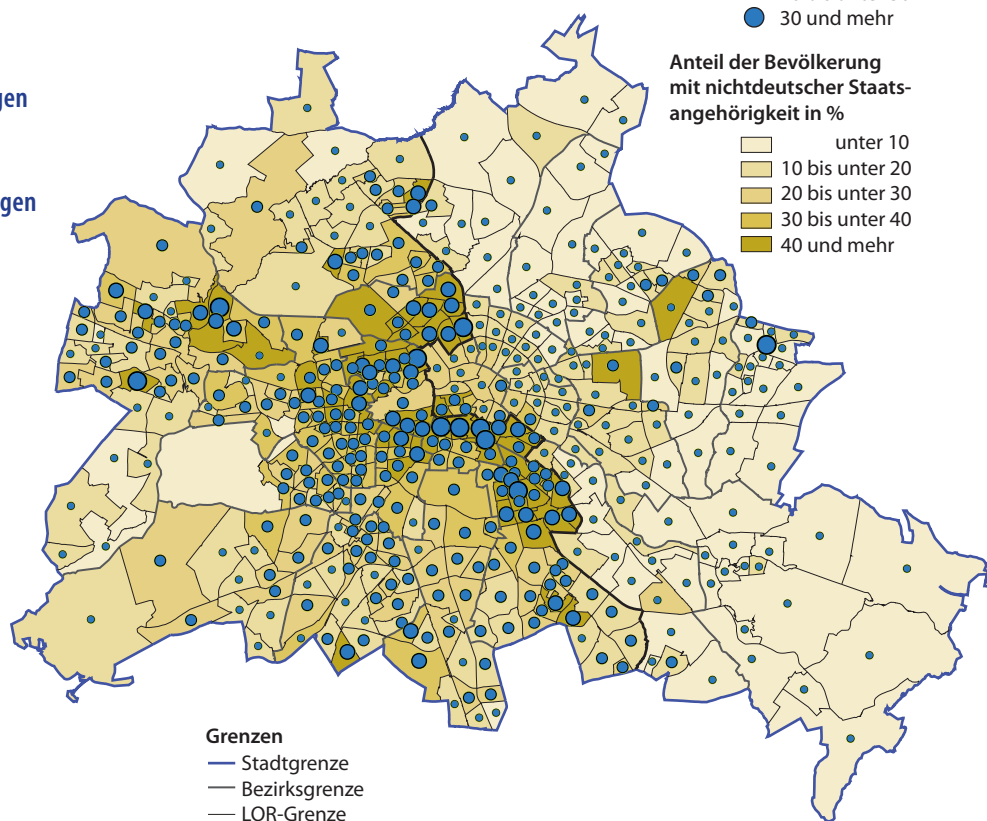
Anteil und Abweichung vom Anteil der Bevölkerung mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in Berlin 2010

Maß der Abweichung in %

- unter 10
- 10 bis unter 20
- 20 bis unter 30
- 30 und mehr

Anteil der Bevölkerung mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in %

- unter 10
- 10 bis unter 20
- 20 bis unter 30
- 30 bis unter 40
- 40 und mehr



- ▣ Die Bedeutung und Auswirkungen der Fehlerrechnung auf Ergebnisse des Mikrozensus bei kleinräumigen Verwaltungseinheiten am Beispiel des Landes Brandenburg
- ▣ Überlegungen zur Haushaltsprognose
- ▣ Die Veränderung des ethnischen Bildes Berlins

Grenzen
 — Stadtgrenze
 — Bezirksgrenze
 — LOR-Grenze
 — ehemalige Mauer

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Wir über uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns

Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

Behlertstraße 3a
14467 Potsdam

Telefon: 0331 8173-1777
Fax: 030 9028-4091
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regionalstatistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung

- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
 - nichts vorhanden
 - ... Angabe fällt später an
 - () Aussagewert ist eingeschränkt
 - / Zahlenwert nicht sicher genug
 - . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
 - x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
 - p vorläufige Zahl
 - r berichtigte Zahl
 - s geschätzte Zahl
- Abweichungen in der Summe können sich durch Schätzungen ergeben

Impressum

Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg
6. Jahrgang

Herausgeber
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Behlertstraße 3a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 8173-1777

Preis
Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356
Satz und Gestaltung
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Druck
TASTOMAT Druck GmbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
2012
Auszugsweise Vervielfältigung und
Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

Inhaltsübersicht

Kurz gefasst

aus Berlin und Brandenburg ▢ 2

Volkswirtschaftliche
Gesamtrechnungen

Erwerbstätigkeit

Bildung

Verdienste

Industrie

Baugewerbe

Handel

Gastgewerbe

Preise

aus Deutschland ▢ 12

Verarbeitendes Gewerbe

Preise

Außenhandel

aus Europa ▢ 14

Arbeitsmarkt

Industrie

Zensus

**Die Zensus-Erhebungsstelle Berlin
beendet ihre Arbeit** ▢ 26**Erhebungsstellen des Zensus 2011
im Land Brandenburg** ▢ 29

Wirtschaft im Überblick

Berlin Dezember 2011 ▢ 16**Brandenburg** Dezember 2011 ▢ 20

Historisches

1910

**Persönliche Verhältnisse
der Abgeordneten
des Preußischen Abgeordneten-
hauses** ▢ 56

Beiträge

**Die Bedeutung und Auswirkungen
der Fehlerrechnung auf Ergebnisse
des Mikrozensus bei kleinräumigen
Verwaltungseinheiten am Beispiel
des Landes Brandenburg** ▢ 30**Überlegungen
zur Haushaltsprognose** ▢ 42**Die Veränderung des ethnischen
Bildes Berlins** ▢ 46

Grafik

**Die Bedeutung und Auswirkungen
der Fehlerrechnung auf Ergebnisse
des Mikrozensus bei kleinräumigen
Verwaltungseinheiten am Beispiel
des Landes Brandenburg**
Ermittelte Fehlerkurve für die 18 Landkreise
und kreisfreien Städte in Brandenburg
▢ 3. Umschlagseite**Die Bedeutung und Auswirkungen
der Fehlerrechnung auf Ergebnisse
des Mikrozensus bei kleinräumigen
Verwaltungseinheiten am Beispiel
des Landes Brandenburg**
Ermittelte Fehlerkurve für die 5 Anpassungs-
schichten in Brandenburg
▢ 4. Umschlagseite

Kurz gefasst **aus Berlin und Brandenburg**

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2011

Wirtschaftswachstum in Berlin unterdurchschnittlich und in Brandenburg im Durchschnitt der neuen Länder

Die Wirtschaftsleistung in Berlin und Brandenburg ist im Jahr 2011 moderat gewachsen. Preisbereinigt lag das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2011 in Berlin um 2,1 % und in Brandenburg um 2,8 % über dem Niveau des Vorjahres. Damit erreichte das Wirtschaftswachstum beider Länder nicht die bundesdurchschnittliche Entwicklung von 3,0 %. In den neuen Ländern fiel der Anstieg mit 2,8 % etwas schwächer aus als in den alten Bundesländern mit 3,1 %. Das zeigen die jüngst vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ vorgelegten Zahlen der ersten vorläufigen Berechnung des BIP im vergangenen Jahr.

Mit dieser Entwicklung belegte Berlin im Vergleich der Bundesländer nur den 14. Platz, Brandenburg wurde Zehnter. Am stärksten wuchs die Wirtschaft mit über 4 % in Baden-Württemberg und im Saarland. Diese Länder gehörten bereits 2010 zu den wachstumsstärksten, konnten aber damals die Rückgänge im Jahr 2009 – wie auch weitere Bundesländer – noch nicht ausgleichen. Dagegen hatten Berlin und Brandenburg bereits 2010 das im Vorkrisenjahr 2008 erwirtschaftete BIP übertroffen.

So trug 2011 in beiden Ländern das Produzierende Gewerbe mit hohen Zuwächsen vor allem im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe zur Wirtschaftsleistung bei. Der Anteil dieser beiden Bereiche zusammen betrug in Berlin ca. 14 % und in Brandenburg etwa 20 %. Die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe beider Länder verlief besser als im Durchschnitt aller Länder. Das traf auch auf das Baugewerbe in Brandenburg zu.

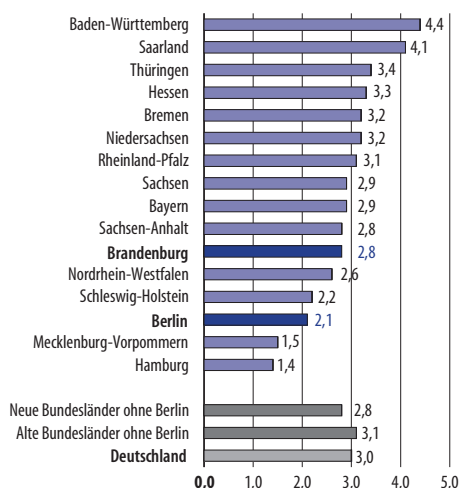
Dominiert wird die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg allerdings von den Dienstleistungsbereichen, die 2011 nur noch leicht zunahmen und deutlich unter der bundesdurchschnittlichen Entwicklung blieben. In Berlin stützte sich die Entwicklung des Dienstleistungssektors vor allem auf ein gutes Ergebnis im Kredit- und Versicherungsgewerbe und in Brandenburg im Verkehr und der Lagerei.

Mit der jüngsten Veröffentlichung der ersten vorläufigen Länderzahlen zum BIP im Jahr 2011 legt der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ erstmals Ergebnisse der regionalen Wirtschaftsentwicklung nach der Revision 2011 in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) vor, die auf die revidierten Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes für Deutschland vom Februar 2012 abgestimmt sind. Im Rahmen dieser Revision werden neben der Umstellung des Nachweises der Wirtschaftsstruktur gemäß der bisherigen Wirtschaftszweigklassifikation WZ 2003 auf die WZ 2008 auch eine Reihe methodischer Verbesserungen der Wertschöpfungsberechnungen vorgenommen und neue Ausgangsstatistiken verwendet.

Aufgrund der noch nicht abgeschlossenen Revisionsarbeiten in den regionalen VGR konnten zu diesem Zeitpunkt die Ergebnisse nicht im üblichen Umfang und einer Gliederung der Bruttowertschöpfung (BWS) nach Wirtschaftsbereichen dargestellt werden. Mit dem Ausweis vorläufiger Veränderungsraten des BIP 2011 gegenüber dem Vorjahr nach Ländern sollten dennoch frühzeitig erste Informationen zur regionalen Wirtschaftsentwicklung 2011 zur Verfügung gestellt werden. Wegen revisionsbedingter Änderungen sind diese Ergebnisse nur eingeschränkt mit den bisher veröffentlichten BIP-Daten der Vorjahre vergleichbar. (...)

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt nach Bundesländern im Jahr 2011

– Veränderung gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum in %



Erwerbstätigkeit 30. September 2011

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Berlin auf Höchststand

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Berlin lag am 30. September 2011 um 32 900 Personen bzw. 2,9 % über dem Beschäftigungsniveau von vor einem Jahr. Insgesamt verfügten damit 1 178 500 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte über einen Arbeitsplatz in Berlin. Das war nach dem Jahr 2000 die bislang höchste Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, die in Berlin registriert wurde. Bereits seit Mitte 2006 hält die Zunahme der Beschäftigtenzahl ununterbrochen an.

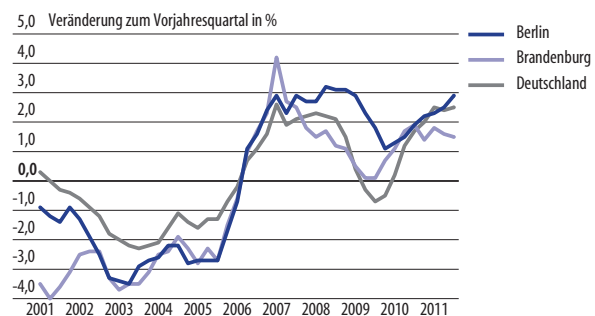
Die Beschäftigungsentwicklung fiel in Berlin Ende September 2011 stärker als im Durchschnitt aller Bundesländer aus. Deutschlandweit lag die Beschäftigung um 2,5 % über dem Vorjahreswert.

(...) Die Zahl der Personen, die sich am 30. September 2011 in einer Ausbildung befanden, lag um 2 800 unter dem Vergleichswert des Vorjahresstichtages. Der Rückgang in Berlin mit 5,0 % fiel stärker als in Deutschland (-3,0 %) aus. Bereits zum Ausbildungsbeginn ein Jahr zuvor war die Zahl der Auszubildenden um 5,1 % gesunken. Insgesamt gab es am Arbeitsort Berlin 52 400 Personen, die einer Berufsausbildung nachgingen.

Der Abwärtstrend bei der Zahl Auszubildender bei gleichzeitig steigender Beschäftigung ist in Berlin bereits seit Ausbildungsbeginn im September 2008 zu verzeichnen.

In Folge dieser Entwicklung nahm in Berlin der Anteil der Auszubildenden an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten weiter ab. Ende September 2011 betrug der Anteil 4,4 % (September 2010: 4,8 %). Die Vergleichswerte in Deutschland sanken von 6,1 % im September 2010 auf 5,8 % im September 2011. (...)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort Berlin, Brandenburg und Deutschland von 2001 bis 2011



Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Land Brandenburg auf Höchststand

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Brandenburg lag am 30. September 2011 um 11 400 Personen bzw. 1,5 % über dem Beschäftigungsniveau von vor einem Jahr. Insgesamt verfügten damit 776 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte über einen Arbeitsplatz in Brandenburg. Das war nach dem Jahr 2001 die bislang höchste Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, die in Brandenburg registriert wurde. Bereits seit Mitte 2006 hält die Zunahme der Beschäftigtenzahl ununterbrochen an.

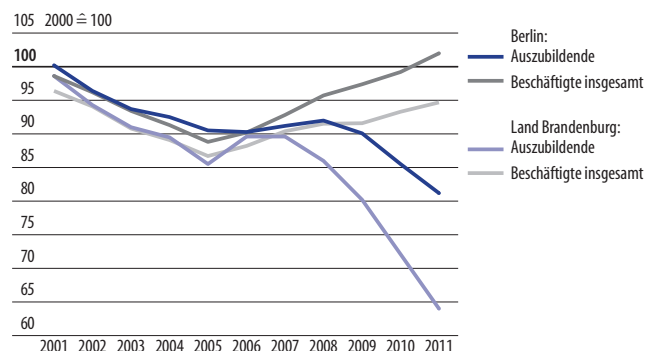
Die Beschäftigungsentwicklung fiel in Brandenburg Ende September 2011 wie schon seit Ende 2010 deutlich geringer aus als im Durchschnitt aller Bundesländer aus. Deutschlandweit lag die Beschäftigung um 2,5 % über dem Vorjahreswert.

(...) Die Zahl der Personen, die sich am 30. September 2011 in einer Ausbildung befanden, lag um 4 600 unter dem Vergleichswert des Vorjahresstichtages. Der Rückgang in Brandenburg mit 11,2 % fiel fast viermal so stark wie in Deutschland (-3,0 %) aus. Bereits zum Ausbildungsbeginn ein Jahr zuvor war die Zahl der Auszubildenden um 10,1 % gesunken. Insgesamt gab es am Arbeitsort Brandenburg 36 200 Personen, die einer Berufsausbildung nachgingen.

Der Abwärtstrend bei der Zahl Auszubildender bei gleichzeitig steigender Beschäftigung ist in Brandenburg bereits seit Ausbildungsbeginn im September 2007 zu verzeichnen.

In Folge dieser Entwicklung nahm in Brandenburg der Anteil der Auszubildenden an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten weiter ab. Ende September 2011 betrug der Anteil 4,7 % (September 2010: 5,3 %). Die Vergleichswerte in Deutschland sanken von 6,1 % im September 2010 auf 5,8 % im September 2011. (...)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Auszubildende am Arbeitsort Berlin und am Arbeitsort Land Brandenburg am 30. September von 2001 bis 2011



Erwerbstätigkeit 30. Juni 2011

▮ **Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den Gemeinden des Landes Brandenburg**

Am 30. Juni 2011 gingen insgesamt 899 600 Personen mit einem Wohnort in Brandenburg einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. (...) Davon hatte nur ein knappes Drittel ihren Arbeitsplatz auch in der Wohngemeinde. Die anderen zwei Drittel pendelten für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in andere Gemeinden. Von den insgesamt 613 000 pendelnden Brandenburgerinnen und Brandenburgern mussten die meisten (41,6 %) für einen Arbeitsplatz ihr Bundesland verlassen. Nur bei 31,1 % lag der Arbeitsort im gleichen Landkreis, bei 27,3 % in einem anderen Landkreis Brandenburgs.

Das Arbeitsplatzangebot im Land Brandenburg hatte am 30. Juni 2011 Beschäftigung für 763 300 Personen geboten, darunter für 644 300 Brandenburgerinnen und Brandenburger. Hinzu kamen 119 000 Personen, die am 30. Juni 2011 zu einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aus einem anderen Bundesland oder dem Ausland nach Brandenburg einpendelten.

Der Statistische Bericht „Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Land Brandenburg und deren Pendlerverhalten nach Gemeinden“ steht im Internet zum kostenfreien Download bereit. Diese Veröffentlichung enthält für alle 419 Brandenburger Gemeinden sowohl die Zahl der Ein- und Auspendler als auch deren Herkunftsbzw. Zielgebiet. Die Ergebnisse beruhen auf Auswertungen der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohn- und Arbeitsort. (...)

Bildung Jahr 2011

▮ **Erneut weniger neu abgeschlossene Ausbildungsverträge in Berlin**

(...) Im Jahr 2011 sind in Berlin 17 923 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen worden. Das sind 1 071 bzw. 5,6 % weniger als im Vorjahr.

Mit 10 778 Verträgen wurden die meisten Neuabschlüsse im Bereich Industrie und Handel getätigt, gefolgt vom Handwerk mit 4 457 und von den Freien Berufen mit 1 680. Bei den Neuabschlüssen gab es in nahezu allen Ausbildungsbereichen einen rückläufigen Trend. Im Bereich Industrie und Handel wurden 678 und im Handwerk 345 neue Verträge weniger unterzeichnet als noch im Jahr zuvor. Auch die Landwirtschaft, der Öffentliche Dienst und die Freien Berufe verzeichneten weniger Neuabschlüsse. Lediglich die Hauswirtschaft konnte einen Zuwachs um 25 neue Verträge verbuchen.

Ende 2011 hatten 46 622 Jugendliche einen Ausbildungsplatz im dualen System. Das waren 2 738 bzw. 5,5 % weniger als im Vorjahr.

Die am stärksten besetzten Ausbildungsberufe bei den männlichen Auszubildenden waren der Kaufmann im Einzelhandel vor dem Kraftfahrzeugmechatroniker und dem Koch. Bei den weiblichen Auszubildenden lag die Kauffrau für Bürokommunikation vorn, gefolgt von der medizinischen Fachangestellten und der Kauffrau im Einzelhandel.

▮ **Einbrüche bei den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen Land Brandenburg**

(...) Im Jahr 2011 sind in Brandenburg 12 124 Ausbildungsverträge neu abgeschlossen worden. Das sind 1 462 bzw. 10,8 % weniger als im Vorjahr.

Mit 7 888 Verträgen wurden die meisten Neuabschlüsse im Bereich Industrie und Handel getätigt, gefolgt vom Handwerk mit 2 711 und von den Freien Berufen mit 548. Bei den Neuabschlüssen gab es in allen Ausbildungsbereichen einen rückläufigen Trend. Im Bereich Industrie und Handel wurden 703 und im Handwerk 417 neue Verträge weniger unterzeichnet als noch im Jahr zuvor. Auch die Landwirtschaft, der Öffentliche Dienst, die Freien Berufe und die Hauswirtschaft verzeichneten weniger Neuabschlüsse.

Ende 2011 hatten 33 358 Jugendliche einen Ausbildungsplatz im dualen System. Das waren 5 246 bzw. 13,6 % weniger als im Vorjahr.

Die am stärksten besetzten Ausbildungsberufe bei den männlichen Auszubildenden waren der Kraftfahrzeugmechatroniker vor dem Industriemechaniker und dem Koch. Bei den weiblichen Auszubildenden lag die Kauffrau im Einzelhandel vorn, gefolgt von der Bürokauffrau und der Verkäuferin.

Verdienste Jahr 2011

Bruttomonatsverdienste in Berlin um 3,2 % gestiegen

(...) Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst einschließlich Sonderzahlungen hat sich in Berlin im Jahr 2011 gegenüber 2010 um 3,2 % erhöht. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt um 2,4 % und damit um 0,8 Prozentpunkte weniger als die Verdienste.

Für das 4. Quartal 2011 ergab sich im Vergleich zum Vorjahresquartal ein Verdienstzuwachs von +2,1 % (3 089 EUR). Damit hat sich in den letzten Monaten des Jahres 2011 der Anstieg der Bruttomonatsverdienste gegenüber dem Vorjahresquartal wieder deutlich abgeschwächt (1. Quartal: +3,3 %; 2. Quartal: +3,5 %; 3. Quartal: +4,2 %) und lag im 4. Quartal 2011 sogar unter der Entwicklung der Verbraucherpreise, die sich auch im letzten Quartal 2011 mit +2,5 % im Vergleich zum Vorjahresquartal kontinuierlich weiter erhöhten.

Im Jahresdurchschnitt erhielten die Arbeitnehmer (Vollzeit, Teilzeit, geringfügig beschäftigt) in Berlin einschließlich Sonderzahlungen 2011 monatlich 2 874 EUR, wobei im Produzierenden Gewerbe (3 659 EUR; +4,0 %) deutlich mehr als im Dienstleistungsbereich (2 744 EUR; +3,0 %) verdient wurde. Ein Teil des Anstiegs resultiert aus dem Rückgang der Kurzarbeit. Die deutlich höhere Steigerungsrate im Produzierenden Gewerbe hat ihre Ursache darin, dass der Dienstleistungsbereich nicht so stark von Kurzarbeit betroffen war.

Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer erhielten 2011 im Durchschnitt monatlich 3 564 EUR. Das sind 3,4 % mehr als im Vorjahr, wobei sich auch die wöchentliche Arbeitszeit infolge des weiteren Rückgangs der Kurzarbeit um 0,3 % auf 39,0 Stunden erhöht hat. Je nach Qualifikation schwankten die Verdienste jedoch erheblich. Hierbei wird nach Arbeitnehmern in leitender Stellung, herausgehobenen Fachkräften, Fachkräften sowie angelernten und ungelernten Arbeitnehmern unterschieden. So erhielten vollzeitbeschäftigte Fachkräfte (42,8 % der Arbeitnehmer) mit monatlich 2 851 EUR merklich weniger als den Durchschnittsverdienst der Vollzeitbeschäftigten. Auch die Größe des Betriebes beeinflusst die Verdiensthöhe deutlich. In Betrieben bis 49 Arbeitnehmern verdienten vollzeitbeschäftigte Fachkräfte durchschnittlich 2 465 EUR. In Betrieben mit mehr als 1 000 Arbeitnehmern waren es dagegen 3 347 EUR.

Teilzeitbeschäftigte verdienten 2011 durchschnittlich 1 831 EUR brutto im Monat. Das sind 1,7 % mehr als im Vorjahr, die teilweise aus der Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit um 0,9 % auf 26,3 Stunden resultieren. Geringfügig Beschäftigte verdienten 2011 durchschnittlich 264 EUR monatlich. Das sind 2,7 % mehr als im Vorjahr. Die Anzahl der geringfügig Beschäftigten ging gegenüber 2010 um 6,4 % zurück.

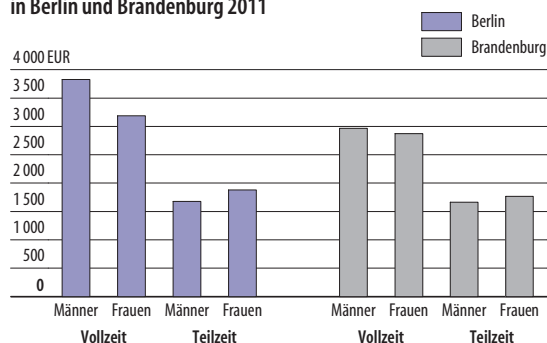
Bruttomonatsverdienste im Land Brandenburg um 2,6 % gestiegen

(...) Der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst einschließlich Sonderzahlungen im Land Brandenburg hat sich 2011 gegenüber 2010 um 2,6 % erhöht. Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt um 2,0 % und damit um 0,6 Prozentpunkte weniger als die Verdienste.

Für das 4. Quartal 2011 ergab sich im Vergleich zum Vorjahresquartal ein Verdienstzuwachs von +2,1 % (2 668 EUR). Damit hat sich in den letzten Monaten des Jahres 2011 der Anstieg der Bruttomonatsverdienste gegenüber dem Vorjahresquartal weiter abgeschwächt (1. Quartal: +2,7 %; 2. Quartal: +3,0 %; 3. Quartal: +2,7 %), während sich die Verbraucherpreise auch im 4. Quartal 2011 gegenüber dem 4. Quartal 2010 mit +2,5 % kontinuierlich weiter erhöhten und der Verdienstanstieg im letzten Quartal nahezu nur noch dafür ausreichte, den Preisanstieg auszugleichen.

Im Jahresdurchschnitt erhielten die Arbeitnehmer (Vollzeit, Teilzeit, geringfügig beschäftigt) im Land Brandenburg einschließlich Sonderzahlungen 2011 monatlich 2 467 EUR, wobei im Produzierenden Gewerbe (2 651 EUR; +2,8 %) deutlich mehr als im Dienstleistungsbereich (2 400 EUR; +2,4 %) verdient wurde. Ein Teil des Anstiegs resultiert aus dem Rückgang der Kurzarbeit. Die deutlich höhere Steigerungsrate im Produzierenden Gewerbe hat ihre Ursache darin, dass der Dienstleistungsbereich nicht so stark von Kurzarbeit betroffen war.

Bruttomonatsverdienste der Voll- und Teilzeitbeschäftigten in Berlin und Brandenburg 2011



Vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer erhielten 2011 im Schnitt monatlich 2 930 EUR. Das sind 2,8 % mehr als im Vorjahr. Je nach Qualifikation schwankten die Verdienste jedoch erheblich, wobei hier nach Arbeitnehmern in leitender Stellung, herausgehobenen Fachkräften, Fachkräften sowie angelernten und ungelernten Arbeitnehmern unterschieden wird. So lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst vollzeitbeschäftigter Fachkräfte (50,3 % der Arbeitnehmer) mit 2 483 EUR deutlich unter dem Durchschnittsverdienst aller Vollzeitbeschäftigten. Auch die Größe des Betriebes beeinflusst die Verdiensthöhe deutlich. In Betrieben bis 49 Arbeitnehmern verdienten vollzeitbeschäftigte Fachkräfte durchschnittlich 2 075 EUR. In Betrieben mit mehr als 1 000 Arbeitnehmern waren es dagegen 3 387 EUR.

Teilzeitbeschäftigte verdienten 2011 durchschnittlich 1 752 EUR brutto im Monat. Das sind 0,4 % weniger als im Vorjahr, wobei die wöchentliche Arbeitszeit um 0,2 % auf 28,7 Stunden sank.

Industrie März 2012

Umsatzrückgang der Berliner Industrie

Der Umsatz in den Berliner Industriebetrieben mit 50 und mehr Beschäftigten erreichte im März 2012 ein Volumen von 1,9 Mrd. EUR, 8,6 % unter dem Ergebnis vor Jahresfrist. (...) Es wurden mit 0,9 Mrd. EUR im Inland 23,1 % weniger umgesetzt. Der Auslandsumsatz nahm dagegen um 7,9 % auf 1,1 Mrd. EUR zu. Die Zahl der Beschäftigten lag mit 82 104 Personen um 2,7 % über der im gleichen Vorjahresmonat.

Die größten Umsatzzugänge, verglichen mit dem Vorjahresmonat, konnte der Maschinenbau mit 40,6 % verzeichnen. Getragen wurde dieses Ergebnis von einer Steigerung der Auslandsnachfrage um 51,4 %. Zweistellige Zuwachsraten von 19,2 % meldeten auch die Hersteller von elektrischen Ausrüstungen. Die Nahrungsmittelindustrie erwirtschaftete dagegen ein Umsatzminus von 3,9 %, sowohl im Inland als auch im Ausland.

Das im 1. Quartal des Jahres 2012 von den Berliner Industriebetrieben erbrachte Umsatzvolumen beläuft sich auf insgesamt 5,4 Mrd. EUR, was einem Rückgang um 2,1 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum entspricht. Während der Inlandsumsatz um 15,5 % abnahm, erhöhte sich zugleich der Auslandsumsatz um 12,4 %.

Mehr Aufträge für die Berliner Industrie

(...) Das preisbereinigte Auftragsvolumen des Verarbeitenden Gewerbes in Berlin nahm im März 2012 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 13,5 % zu. Während die Inlandsnachfrage um 28,1 % stieg, erhöhte sich das Volumen an Auslandsaufträgen nur um 4,0 %.

Die Auftragsvolumina der Hersteller elektronischer und optischer Erzeugnisse (-4,0 %), der pharmazeutischen Industrie (-1,7 %) und der Hersteller von elektrischen Ausrüstungen (-1,5 %) nahmen im Vergleich zum März 2011 ab. Dagegen konnten die Fahrzeugbauer ein Auftragsplus von 96,6 % verzeichnen. Hinter diesem positiven Ergebnis verbergen sich zwei Großaufträge aus dem Inland, die diese Steigerung um 289,1 % hervorrufen.

Betrachtet man das 1. Quartal 2012, so ergibt sich in Berlin ein Auftragsrückgang um 4,6 % im Vergleich zur Vorjahresperiode. Die Bestellungen aus dem Inland verringerten sich um 11,4 % und die Auslandsnachfrage stieg um 0,8 %.

Brandenburger Industrie steigert Auslandsumsätze

Die 446 Brandenburger Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erzielten im März 2012 einen Umsatz von insgesamt 2,0 Mrd. EUR. Das waren 2,2 % mehr als im gleichen Vorjahresmonat. (...) Der Umsatz im Inland ging um 4,3 % auf 1,3 Mrd. EUR zurück, während der Auslandsumsatz um 18,5 % auf 0,7 Mrd. EUR anstieg. Ende März arbeiteten 79 360 Beschäftigte in den Betrieben der Brandenburger Industrie, was einer Zunahme von 2,3 % entspricht.

Besonders kräftige Umsatzsteigerungen im Vergleich zum Vorjahr erreichte der sonstige Fahrzeugbau (55,5 %) durch das Realisieren von in- und ausländischen Großaufträgen aus dem Vorjahr. In den anderen umsatzstarken Branchen entwickelten sich die Veränderungsrate im Vergleich zu den Umsatzzahlen im März 2011 unterschiedlich. So meldeten die chemischen Industriebetriebe und die Nahrungsmittelhersteller Plusraten im Umsatz von 5,9 % und 2,0 %. Dagegen verzeichneten die Hersteller von Papier, Pappe und Waren daraus, die Produzenten von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren sowie die metall-erzeugenden und -bearbeitenden Betriebe Umsatzeinbußen von 3,4 %, 6,3 % und 6,9 %.

Im 1. Quartal dieses Jahres erwirtschaftete die Brandenburger Industrie gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum insgesamt einen Umsatzzuwachs von 2,8 %. Die Geschäfte im Inland gingen dabei um 1,4 % zurück, während die Auslandsumsätze um 12,8 % zunahmen.

Höheres Auftragsvolumen der Brandenburger Industrie durch ausländische Großaufträge

Nachdem die Brandenburger Industrie in den beiden Vormonaten dieses Jahres Auftragsrückgänge zu verzeichnen hatte, stieg das preisbereinigte Auftragsvolumen im März 2012 um insgesamt 59,3 % an. (...) Diese beachtliche Zunahme beruht hauptsächlich auf den Abschlüssen weniger stattlicher Großaufträge mit ausländischen Geschäftspartnern im Fahrzeugbau, wodurch die Veränderungsrate des Auftragseingangsindex für ausländische Order im Vergleich zum Vorjahresmonat auf 265,4 % kletterte. Dagegen sank die Inlandsnachfrage um 18,5 %.

Neben dem Fahrzeugbau meldeten auch die Hersteller von Metallerzeugnissen ein um 42,3 % höheres Auftragsvolumen als noch vor Jahresfrist. Ebenso im Maschinenbau und bei den Produzenten von Papier, Pappe und Waren daraus wurden Steigerungsraten von 19,9 % und 8,6 % erwirtschaftet. Die chemische Industrie konnte ihr Auftragsvolumen leicht um 1,3 % erhöhen. Demgegenüber mussten die Hersteller von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen zweistellige Einbußen von 26,1 % und 14,9 % hinnehmen. Bei den metallerzeugenden und -bearbeitenden Betrieben ging das Auftragsvolumen um 7,9 % zurück.

Im 1. Quartal des laufenden Jahres erhöhte sich das Auftragsvolumen der Brandenburger Industriebetriebe gegenüber dem Vergleichszeitraum 2011 um insgesamt 2,5 %. Dabei war die Inlandsnachfrage um 14,5 % rückläufig, während die Auslandsnachfrage um 28,0 % zunahm.

Auftragseingangsindex für das Verarbeitende Gewerbe in Berlin und in Brandenburg seit Januar 2012 (Basis 2005 = 100; Volumenindex)

Zeitraum	Auftragseingangsindex			Veränderung zum Vorjahr in %		
	insgesamt	Inland	Ausland	insgesamt	Inland	Ausland
Berlin						
Januar	109,0	100,5	115,4	3,3	- 12,4	16,9
Februar	109,6	101,9	115,5	- 25,7	- 38,5	- 14,0
März	142,1	149,0	136,9	13,5	28,1	4,0
1. Quartal	120,2	117,1	122,6	- 4,6	- 11,4	0,8
Brandenburg						
Januar	139,8	124,6	170,8	- 12,6	- 17,8	- 3,3
Februar	136,9	134,1	142,7	- 33,2	- 5,6	- 57,2
März	273,3	151,2	522,2	59,3	- 18,5	265,4
1. Quartal	183,3	136,6	278,6	2,5	- 14,5	28,0

Baugewerbe 1. Quartal 2012

■ Mehr Umsatz für Berliner Baubetriebe

Von Januar bis März 2012 stieg der baugewerbliche Umsatz in den Betrieben des Berliner Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 5,9 % auf 420,8 Mill. EUR (...). Auch die Auftragseingänge erhöhten sich im ersten Quartal des Jahres 2012 um fast ein Viertel (+23,3 %) gegenüber dem Vorjahresquartal, wobei die Zuwächse der verbuchten Januar-Auftragseingänge die rückläufige Entwicklung in den Monaten Februar und März überkompensierte. Die Zahl der Beschäftigten lag mit durchschnittlich 10 846 tätigen Personen pro Monat im betrachteten Zeitraum um 2,2 % über der des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Somit stieg der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten im betrachteten Zeitraum um 3,6 % auf insgesamt 38 801 EUR. Auf den Baustellen wurden 2,6 Mill. Arbeitsstunden geleistet, das waren arbeitstäglich bereinigt 4,6 % weniger als im ersten Quartal 2011.

Das Bauhauptgewerbe Berlins erwirtschaftete im März 2012 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 152,9 Mill. EUR, das sind 2,5 % mehr als im Vorjahresmonat. Wobei die Umsätze im Tiefbau insgesamt im März 2012 gegenüber 2011 leicht um 3,1 % sanken, hier entwickelte sich nur der Straßenbau positiv (+12,4 %). Dagegen wurden im Hochbau insgesamt um 6,8 % höhere Umsätze erzielt, hier wies nur der öffentliche Hochbau ein Umsatzminus auf (-10,2 %). Im März 2012 meldeten die auskunftspflichtigen Betriebe des Berliner Bauhauptgewerbes um knapp ein Fünftel weniger Auftragseingänge als noch im März 2011 (-19,9 %). Die Zahl der Beschäftigten stieg im betrachteten Monat um 3,0 % auf 10 885 tätige Personen. Die Entgelte blieben im März 2012 gegenüber März 2011 annähernd gleich (-0,2 %) und betrugen 27,3 Mill. EUR. Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden (1,0 Mill.) stieg im arbeitstäglich Vergleich um 1,7 %.

■ Weniger Umsätze und Auftragseingänge für Brandenburger Baubetriebe

(...) In den Betrieben des Bauhauptgewerbes mit 20 und mehr tätigen Personen sank von Januar bis März 2012 der baugewerbliche Umsatz um 4,8 % auf 334,1 Mill. EUR im Vergleich zum Vorjahresquartal. Auch die verbuchten Auftragseingänge fielen im ersten Quartal 2012 um 7,0 % auf 416,2 Mill. EUR. Die Beschäftigtenzahl entwickelte sich dennoch positiv und stieg um 3,3 % auf durchschnittlich 15 791 tätige Personen im Monat. Somit sank der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten im ersten Quartal 2012 um 7,8 % auf 21 156 EUR im Vergleich zum Vorjahresquartal. Die Entgelte (Löhne und Gehälter) stiegen im betrachteten Zeitraum um 8,4 % auf 100,9 Mill. EUR gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Auf den Baustellen wurden 3,8 Mill. Arbeitsstunden geleistet, das waren arbeitstäglich bereinigt 4,1 % weniger als im ersten Quartal 2011.

In den auskunftspflichtigen Betrieben des Brandenburger Bauhauptgewerbes sank im März 2012 der baugewerbliche Umsatz um 8,1 % auf 137,5 Mill. EUR im Vergleich zum Vorjahresmonat. Im Hochbau wurden insgesamt 13,3 % weniger Umsätze erzielt als noch im März 2011, auch die Umsätze im Tiefbau sanken im März 2012 insgesamt um 3,1 %. Hier erzielte nur der Straßenbau einen leichten Umsatzzuwachs um 3,1 %. Die Auftragseingänge als Indikator für zukünftig zu erwartende Umsätze stiegen um 8,2 % auf 209,7 Mill. EUR im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich im betrachteten Monat um 2,1 % gegenüber März 2011. Somit sank der baugewerbliche Umsatz je Beschäftigten um 10,0 % auf 8 619 EUR. Die Entgelte stiegen um 2,8 % auf 35,7 Mill. EUR. Die im Monat März 2012 geleisteten Arbeitsstunden erhöhten sich arbeitstäglich bereinigt um 2,6 % auf 1,7 Mill.

Bauhauptgewerbe in Berlin und Brandenburg seit Januar 2012

Zeitraum	Im Baugewerbe					
	tätige Personen	Um- satz	Im Auftrags- eingang	tätige Personen	Um- satz	Auftrags- eingang
	Anzahl	in Mill. EUR		Veränderung zum Vorjahr in %		
Berlin						
Februar	10 743	114,5	100,8	0,2	- 6,8	- 23,0
März	10 885	152,9	172,3	3,0	2,5	- 19,9
Januar bis März	10 846	420,8	537,3	2,2	5,9	23,0
Brandenburg						
Februar	15 622	83,7	109,4	3,8	- 22,2	- 7,8
März	15 958	137,5	209,7	2,1	- 8,1	8,2
Januar bis März	15 791	334,1	416,2	3,3	- 4,8	- 7,0

Handel 1. Quartal 2012**Umsatzsteigerungen in allen Branchen des Einzelhandels in Berlin**

(...) Der Berliner Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) erzielte nach vorläufigen Berechnungen im 1. Quartal 2012 einen Umsatzzuwachs nominal von 4,5 % gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum. Unter Ausschaltung der Preisentwicklung, d. h. real, lag der Umsatz um 2,6 % über dem Vorjahresergebnis.

Dem Einzelhandel standen im 1. Quartal 2012 mit 78 Verkaufstagen zwei Verkaufstage mehr zur Verfügung als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. In allen Branchen war eine positive Umsatzentwicklung zu verzeichnen. Die höchste Umsatzsteigerung von Januar bis März 2012 erreichte der Einzelhandel außerhalb von Verkaufsräumen (nominal 10,4 %).

Den Monat März 2012 schlossen die Berliner Einzelhändler ebenfalls mit einem Umsatzplus ab (nominal 5,7 %, real 4,0 %). Dabei lagen im aktuellen Monat die Umsätze in allen Branchen über dem Vorjahresniveau.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel des Landes Berlin stieg im 1. Quartal 2012 um 1,5 % gegenüber dem Vorjahreswert. Dabei sank die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 0,4 %. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten nahm in den ersten drei Monaten um 2,8 % zu.

Umsatz- und Beschäftigtenentwicklung des Einzelhandels in Brandenburg positiv

Im 1. Quartal 2012 verzeichnete der Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im Land Brandenburg nach vorläufigen Berechnungen (...) ein Umsatzplus gegenüber dem Vorjahresquartal von nominal 5,1 % und real, d. h. unter Ausschaltung der Preisentwicklung, von 4,5 %.

Dabei standen dem Einzelhandel mit insgesamt 78 Verkaufstagen zwei Verkaufstage mehr als im 1. Quartal 2011 zur Verfügung.

Für den Monat März 2012 konnte der Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel) im Land Brandenburg bei gleicher Anzahl von Verkaufstagen wie im Vorjahresmonat (27 Verkaufstage) Mehreinnahmen von nominal 8,4 % (real 7,7 %) erreichen. Umsatzsteigerungen im aktuellen Monat wurden besonders in den zwei Branchen realisiert, die auch im Quartal die höchsten Zuwachsraten erzielten – der Einzelhandel mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen sowie der Einzelhandel mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf.

Die Zahl der Beschäftigten im Einzelhandel des Landes Brandenburg stieg im 1. Quartal 2012 um 1,4 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Dabei wurde für die Zahl der Vollzeitbeschäftigten eine Erhöhung um 1,2 % registriert. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten nahm um 1,6 % zu.

Umsatz und Beschäftigte des Berliner und Brandenburger Einzelhandels im März 2012 – vorläufige Ergebnisse –

Wirtschaftszweig	März 2012			Januar bis März 2012		
	Umsatz		Beschäftigte	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real		nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %					
Berlin						
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	5,7	4,0	2,8	4,5	2,6	1,5
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	5,6	2,7	0,1	4,6	1,9	-0,9
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	6,6	3,2	7,1	6,5	3,1	7,5
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf.....	6,9	7,5	5,7	1,2	1,8	2,6
mit Verlagsprodukten, Sport- ausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	5,1	3,3	3,0	5,1	3,3	1,9
außerhalb von Verkaufsräumen¹.....	6,0	6,3	21,4	10,4	8,8	20,0
Brandenburg						
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	8,4	7,7	2,0	5,1	4,5	1,4
in Verkaufsräumen						
mit Waren verschiedener Art und an Tankstellen	12,9	9,6	1,6	7,2	4,2	1,7
mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	-12,5	-14,8	0,2	-11,4	-13,5	-0,9
mit IK-Technik, Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf.....	7,4	12,6	3,4	4,8	10,2	1,7
mit Verlagsprodukten, Sport- ausrüstungen und Spielwaren sowie mit sonstigen Gütern	4,3	2,5	2,1	3,1	1,5	1,1
außerhalb von Verkaufsräumen¹.....	-8,2	-12,2	0,1	0,8	-6,0	1,5

¹ an Verkaufsständen und auf Märkten, Versand- und Internethandel, Auktionen über das Internet, Direktverkauf vom Lager von Brennstoffen und sonstigen Gütern, Haustür-, Automatenverkauf, Auktionen außerhalb von Verkaufsräumen

Gastgewerbe 1. Quartal 2012

Positive Bilanz für das Berliner Gastgewerbe

(...) Das Berliner Gastgewerbe konnte das 1. Quartal 2012 mit einem Umsatzzuwachs von 3,5 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum abschließen. Der reale Umsatz, der unter Ausschaltung der Preisentwicklung berechnet wird, lag 1,4 % über dem Vorjahresniveau.

In dem in Berlin stark vertretenen Bereich der Beherbergung stiegen die Umsätze um 1,6 % in den ersten drei Monaten.

Die Gastronomie konnte ein Umsatzplus von 5,1 % bilanzieren. Die Zahl der Beschäftigten im Berliner Gastgewerbe insgesamt nahm im ersten Quartal 2012 um 3,1 % zu. Während die Zahl der Vollzeitbeschäftigten eher geringfügig höher ausfiel (+0,5 %), stieg die der Teilzeitbeschäftigten wesentlich stärker an (+6,6 %).

Umsatzzuwachs im Brandenburger Gastgewerbe

Das Gastgewerbe im Land Brandenburg erzielte im 1. Quartal 2012 Mehrumsätze von 1,5 % gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. (...) Der reale Umsatz, d. h. unter Ausschaltung der Preisentwicklung, überstieg leicht das Vorjahresniveau (+0,1 %).

In dem deutlich umsatzbestimmenden Bereich Gastronomie innerhalb des gesamten Gastgewerbes im Land Brandenburg stiegen die nominalen Umsätze in den ersten drei Monaten 2012 um durchschnittlich 2,6 %. Dieses Ergebnis wurde positiv von den Mehrumsätzen der Caterer und sonstigen Verpflegungsdienstleister (+5,6 %) beeinflusst.

Im Beherbergungsbereich konnte ein Umsatzplus von 1,4 % erreicht werden.

Die Beschäftigungssituation im Gastgewerbe des Landes Brandenburg sah deutlich günstiger aus als noch ein Jahr zuvor (+5,9 %). Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten nahm in den ersten drei Monaten zu (+3,8 %), und in weit stärkerem Maße die der Teilzeitbeschäftigten (+8,5 %). Dabei erreichte das Beherbergungsgewerbe sogar einen um fast ein Viertel höheren Beschäftigungsgrad in der Teilzeitbeschäftigung im Vergleich zum 1. Quartal 2011.

Umsatz und Beschäftigte des Berliner und Brandenburger Gastgewerbes im 1. Quartal 2012 – vorläufige Ergebnisse –

Wirtschaftszweig	Januar bis März 2012		
	Umsatz		Beschäftigte
	nominal	real	
	Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %		
Berlin			
Beherbergungsgewerbe	1,6	-0,4	-1,6
Gastronomie	5,1	2,9	5,3
darunter			
Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben u.ä.....	4,0	1,9	3,9
Caterer, sonstige Verpflegungs- dienstleistungen.....	8,4	6,0	10,6
Gastgewerbe insgesamt	3,5	1,4	3,1
Brandenburg			
Beherbergungsgewerbe	1,4	-0,7	6,1
Gastronomie.....	2,6	0,4	5,8
darunter			
Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben u.ä.....	0,9	-1,1	7,7
Caterer, sonstige Verpflegungs- dienstleistungen.....	5,6	3,2	2,4
Gastgewerbe insgesamt	2,2	0,1	5,9

Preise Mai 2012

Verbraucherpreise in Berlin gegenüber Mai 2011 um 2,3 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex in Berlin ist von April 2012 bis Mai 2012 um 0,1 % auf einen Indexstand von 112,8 (Basis 2005 \pm 100) gesunken. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Mai 2011 betrug +2,3 %.

Im Vergleich zum April 2012 sind die Verbraucherpreise im Schnitt nahezu unverändert geblieben (–0,1 %). Vor allem die Preisrückgänge für Kraftstoffe (–3,1 %) und Heizöl (–2,7 %) sowie Pauschalreisen (–2,7 %) trugen dazu bei. Auch die Preise für Bekleidung (–1,1 %) und Schuhe (–0,5 %) sind im Monatsvergleich gesunken. Die Nahrungsmittelpreise sind dagegen wieder gestiegen (+0,3 %). Dies beruhte vordergründig auf Preiserhöhungen für Obst (+3,0 %) und Gemüse (+0,6 %). Andererseits gab es aber auch Preissenkungen wie beispielsweise für Speisefette und -öle (–1,8 %) sowie Molkereiprodukte und Eier (–0,9 %). Wesentlich teurer als im April 2012 waren Beherbergungsdienstleistungen, die sich vermutlich durch die Anhäufung von Feiertagen im Mai 2012 um 5,5 % erhöhten.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat lag die durchschnittliche Entwicklung der Verbraucherpreise im Mai 2012 bei +2,3 %. Damit ging das Niveau der jährlichen Teuerung weiter zurück (April 2012: +2,5 %; März 2012: +2,8 %). Bestimmt wurde diese Entwicklung durch die Energiepreise (+5,9 %; Teuerung ohne Energie: +1,8 %), deren Anstieg sich den dritten Monat in Folge abgeschwächt hat (April 2012: +6,7 %; März 2012: +7,4 %; Februar 2012: +9,2 %). Dies ist insbesondere auf den Rückgang des Niveaus der jährlichen Teuerung für Kraftstoffe (+1,6 %) und Heizöl (+11,0 %) seit März 2012 zurückzuführen, wobei sich der Anstieg der Heizölpreise gegenüber Mai 2011 wieder verstärkt hat. Die Nahrungsmittelpreise erhöhten sich im Jahresvergleich um 3,2 %. Spürbar teurer als im Vorjahr waren vor allem Fleisch und Fleischwaren (+7,8 %), Brot und Getreideerzeugnisse (+6,0 %), Süßwaren (+4,7 %; darunter Zucker: +25,2 %) sowie Fisch und Fischwaren (+4,5 %). Speisefette und -öle wurden dagegen um 3,1 % günstiger angeboten (darunter Butter: –16,4 %). Deutlich mehr als im Vorjahr kosteten Pauschalreisen (+9,0 %), Beherbergungsdienstleistungen (+7,2 %), Verkehrsdienstleistungen (+3,2 %) und alkoholfreie Getränke (+3,0 %). Verbraucherfreundlich entwickelten sich im Jahresvergleich nach wie vor die Preise für Informationsverarbeitungsgeräte (–5,0 %) und Unterhaltungselektronik (–4,9 %).

Verbraucherpreise im Land Brandenburg gegenüber Mai 2011 um 2,0 % gestiegen

(...) Der Verbraucherpreisindex im Land Brandenburg ist von April 2012 bis Mai 2012 um 0,2 % auf einen Indexstand von 112,0 (Basis 2005 \pm 100) gesunken. Die Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat Mai 2011 lag bei +2,0 %.

Im Vergleich zum April 2012 sanken die Verbraucherpreise um durchschnittlich 0,2 %. Vor allem die Preisentwicklung für Kraftstoffe (–2,4 %) und Heizöl (–2,2 %) sowie Pauschalreisen (–2,7 %) trugen dazu bei. Auch die Preise für Bekleidung (–1,0 %), Schuhe (–0,7 %) und Nahrungsmittel (–0,3 %) gingen zurück. Der Rückgang der Nahrungsmittelpreise beruhte dabei vordergründig auf Preissenkungen für Speisefette und -öle (–3,9 %), Molkereiprodukte und Eier (–1,7 %) sowie Gemüse (–1,1 %). Für Obst mussten die Verbraucher allerdings mehr ausgeben als im April 2012 (+2,4 %). Auch die Inanspruchnahme von Beherbergungsdienstleistungen war – vermutlich durch die Anhäufung von Feiertagen im Mai 2012 – um 2,7 % teurer als im Vormonat.

Im Vergleich zum Vorjahresmonat lag die durchschnittliche Entwicklung der Verbraucherpreise im Mai 2012 bei +2,0 %. Damit ging das Niveau der Veränderungsrates zurück (Februar 2012: +2,5 %; März und April 2012: jeweils +2,1 %). Bestimmt wurde diese Entwicklung durch die Energiepreise (+4,3 %; Teuerung ohne Energie: +1,7 %), deren Anstieg sich den dritten Monat in Folge abgeschwächt hat (Februar 2012: +9,0 %; März 2012: +6,0 %; April 2012: +5,2 %). Dies ist insbesondere auf den Rückgang des Niveaus der jährlichen Teuerung für Heizöl (Februar 2012: +19,2 %; März 2012: +10,2 %; April 2012: +6,4 %; Mai 2012: +9,5 %) und Kraftstoffe (Februar 2012: +9,0 %; März 2012: +5,5 %; April 2012: +5,0 %; Mai 2012: +2,6 %) zurückzuführen.

Die Nahrungsmittelpreise erhöhten sich im Jahresvergleich um +2,6 %. Wesentlich teurer als im Vorjahr blieben Süßwaren (+6,7 %; darunter Zucker: +25,3 %), Fleisch und Fleischwaren, Fisch und Fischwaren (jeweils +6,4 %) sowie Brot und Getreideerzeugnisse (+3,1 %). Speisefette und -öle wurden dagegen deutlich günstiger (–5,6 %; darunter Butter: –20,4 %) angeboten. Ebenfalls deutlich mehr als im Mai 2011 kosteten Pauschalreisen (+9,0 %), alkoholfreie Getränke (+4,6 %), Beherbergungs- (+4,4 %) und Verkehrsdienstleistungen (+3,5 %), der Besuch von Kantinen (+3,4 %) und Gaststätten (+3,2 %) sowie Bekleidung (+2,9 %). Verbraucherfreundlich entwickelten sich im Jahresvergleich nach wie vor die Preise für Unterhaltungselektronik (–6,0 %) und Informationsverarbeitungsgeräte (–4,8 %).

Verbraucherpreisindex von Berlin und Brandenburg im Mai 2012 (Basis 2005 = 100)

Bezeichnung	Wägungs- anteil am Gesamt- index	Berlin			Brandenburg		
		Index- stand	Veränderung gegenüber		Index- stand	Veränderung gegenüber	
			Vorjahres- monat	Vormonat		Vorjahres- monat	Vormonat
	%	2005 = 100	in %		2005 = 100	in %	
Preisindex insgesamt	1 000	112,8	2,3	- 0,1	112,0	2,0	- 0,2
ohne saisonabhängige Nahrungsmittel.....	983,09	112,7	2,4	- 0,2	111,9	2,1	- 0,2
ohne Heizöl und Kraftstoffe.....	955,42	111,4	2,1	-	110,5	1,8	- 0,1
ohne Nettomieten und Nebenkosten.....	763,66	113,6	2,4	- 0,2	114,6	2,4	- 0,3
ohne administrierte Preise.....	792,42	113,4	2,3	- 0,2	112,1	2,2	- 0,4
Waren.....	493,00	117,0	2,8	- 0,3	116,8	2,5	- 0,3
Andere Verbrauchsgüter.....	305,11	126,1	3,9	- 0,4	124,7	3,2	- 0,5
Dienstleistungen.....	507,00	108,7	1,7	-	107,3	1,4	- 0,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke....	103,55	121,5	3,2	0,2	120,0	2,9	-
Nahrungsmittel zusammen.....	89,99	121,5	3,2	0,3	119,6	2,6	- 0,3
saisonabhängige Nahrungsmittel ¹	16,91	119,8	- 2,3	1,7	119,7	- 1,5	0,7
Alkoholische Getränke und Tabakwaren.....	38,99	117,7	3,8	0,3	118,7	3,8	- 0,1
alkoholische Getränke (ohne Verzehr in Gaststätten).....	16,56	109,8	1,8	0,7	112,1	1,7	- 0,4
Bekleidung und Schuhe.....	48,88	106,6	1,1	- 0,9	112,3	2,4	- 0,9
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe.....	308,00	118,2	3,3	- 0,1	111,8	1,8	- 0,1
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)....	236,34	110,2	1,6	-	103,6	0,6	-
Nettokaltmieten.....	203,30	110,6	1,8	-	103,3	0,7	-
Wohnungsnebenkosten.....	33,04	108,0	-	-	105,1	-	0,1
Haushaltsenergie.....	59,82	145,1	8,4	- 0,4	142,0	5,3	- 0,4
Elektrizität.....	24,61	143,2	7,2	-	138,7	0,7	-
Gas.....	12,85	142,6	8,4	-	130,3	8,0	-
Heizöl.....	9,21	160,0	11,0	- 2,7	167,5	9,5	- 2,2
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses.....	55,87	105,0	1,4	0,7	108,4	1,8	0,4
Gesundheitspflege.....	40,27	107,0	1,2	-	108,3	2,4	0,3
Verkehr.....	131,90	118,8	1,2	- 1,0	119,1	2,2	- 0,8
Kraftstoffe.....	35,37	136,8	1,6	- 3,1	137,1	2,6	- 2,4
Nachrichtenübermittlung.....	31,00	84,5	- 1,5	- 0,2	84,6	- 1,5	- 0,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur.....	115,68	101,9	2,0	- 0,5	105,2	2,6	- 0,5
Pauschalreisen.....	25,93	110,2	9,0	- 2,7	110,2	9,0	- 2,7
Bildungswesen.....	7,40	78,1	2,0	0,3	119,8	- 0,3	-
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen.....	43,99	109,9	3,4	1,6	114,3	3,5	1,0
Verpflegungsdienstleistungen.....	32,12	110,1	2,1	0,3	115,5	3,2	0,3
Beherbergungsdienstleistungen (ohne Pauschalreisen).....	11,87	109,5	7,2	5,5	110,8	4,4	2,7
Miete für Ferienwohnungen.....	4,44	107,5	8,6	3,8	107,5	8,6	3,8
Andere Waren und Dienstleistungen.....	74,47	112,0	- 0,2	- 0,4	110,0	- 1,0	- 0,6

¹ Kartoffeln, Frischgemüse, Frischobst und Frischfisch

Kurz gefasst **aus Deutschland****Verarbeitendes Gewerbe** April 2012

■ **Umsatz saisonbereinigt 1,3 % niedriger als im Vormonat**

Der preisbereinigte Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe war nach vorläufigen Angaben (...) im April 2012 saison- und arbeitstäglich bereinigt um 1,3 % niedriger als im März 2012 (nach +0,4 % im März 2012 gegenüber Februar 2012). Dabei verringerte sich der Inlandsumsatz im April 2012 um 0,8 %, die Umsätze mit ausländischen Abnehmern gingen um 1,9 % zurück. Bezogen auf die Absatzrichtung des Auslandsgeschäfts erhöhte sich der Umsatz mit der Eurozone um 1,6 %, der Umsatz mit dem restlichen Ausland nahm dagegen um 4,2 % ab.

Innerhalb der umsatzstärksten Wirtschaftszweige war der Rückgang im Maschinenbau im April 2012 saison- und arbeitstäglich bereinigt mit –5,3 % am höchsten. Dabei erhöhte sich zwar der Inlandsumsatz (+1,5 %), der Auslandsumsatz fiel hingegen deutlich (–9,1 %). Die höchste Zunahme gegenüber dem Vormonat gab es in der Metallerzeugung und -bearbeitung mit +1,7 % (Inland +1,7 %, Ausland +1,9 %).

Im Vergleich zum April 2011 lag der arbeitstäglich bereinigte Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes im April 2012 um 0,7 % niedriger. Das Geschäft mit inländischen Abnehmern ging in diesem Zeitraum um 1,4 % und der Auslandsumsatz um 0,1 % zurück. Der Absatz in die Eurozone verringerte sich um 2,9 %, der Umsatz im Geschäft mit dem restlichen Ausland stieg hingegen um 2,1 %.

Kumuliert von Januar bis April 2012 lag das arbeitstäglich bereinigte Umsatzvolumen im Verarbeitenden Gewerbe real um 0,8 % über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Das Inlandsgeschäft nahm dabei um 1,2 % und der Auslandsumsatz um 0,3 % zu.

Die Veränderungsdaten basieren auf dem Umsatz-Volumenindex für das Verarbeitende Gewerbe (fachliche Betriebsteile; 2005 = 100). Die saison- und arbeitstägliche Bereinigung erfolgt mit dem Verfahren Census X-12-ARIMA.

Veränderung im Umsatz-Volumenindex des Verarbeitenden Gewerbes
Februar bis April 2012 2005 = 100

Nr.	Wirtschaftszweig	Absatzrichtung	Veränderungen zum Vormonat		
			in %		
			Februar	März	April
C	Verarbeitendes Gewerbe	Insgesamt	1,2	0,4	– 1,3
		Inland.....	– 0,8	0,4	– 0,8
		Ausland insgesamt	3,4	0,4	– 1,9
		Eurozone.....	– 0,8	– 1,6	1,6
		übriges Ausland..	6,6	1,8	– 4,2
10	darunter Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln	Insgesamt	2,6	– 1,1	– 1,2
		Inland.....	2,3	– 1,6	– 1,6
		Ausland insgesamt	3,7	0,7	0,4
		Eurozone.....	4,3	1,8	0,2
		übriges Ausland..	1,9	– 2,2	1,2
20	Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Insgesamt	0,4	2,8	0,5
		Inland.....	– 1,0	– 0,1	2,4
		Ausland insgesamt	1,5	5,2	– 0,9
		Eurozone.....	3,4	4,2	– 1,5
		übriges Ausland..	± 0	6,1	– 0,6
22	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	Insgesamt	– 0,8	1,6	– 0,9
		Inland.....	– 0,8	1,6	– 1,4
		Ausland insgesamt	– 0,9	1,7	– 0,1
		Eurozone.....	– 1,6	1,2	0,2
		übriges Ausland..	± 0	2,2	– 0,3
24	Metallerzeugung und -bearbeitung	Insgesamt	– 2,5	0,6	1,7
		Inland.....	– 4,8	0,2	1,7
		Ausland insgesamt	2,0	1,2	1,9
		Eurozone.....	– 0,4	1,7	2,0
		übriges Ausland..	5,1	0,6	1,8
25	Herstellung von Metallerzeugnissen	Insgesamt	– 0,7	0,9	0,4
		Inland.....	– 0,1	0,3	0,3
		Ausland insgesamt	– 2,0	2,3	0,8
		Eurozone.....	– 0,8	2,0	– 0,2
		übriges Ausland..	– 3,6	2,7	2,2
26	Herstellung von Daten- verarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen	Insgesamt	4,7	– 3,4	1,5
		Inland.....	0,4	2,6	– 1,8
		Ausland insgesamt	9,2	– 9,0	4,9
		Eurozone.....	7,8	– 20,9	12,6
		übriges Ausland..	10,0	– 1,5	1,0
27	Herstellung von elektrischen Ausrüstungen	Insgesamt	– 1,4	– 1,9	0,3
		Inland.....	– 3,3	– 2,2	0,4
		Ausland insgesamt	0,7	– 1,5	0,1
		Eurozone.....	0,6	– 1,7	– 0,6
		übriges Ausland..	0,7	– 1,3	0,7
28	Maschinenbau	Insgesamt	– 0,9	6,9	– 5,3
		Inland.....	– 2,2	– 1,1	1,5
		Ausland insgesamt	± 0	12,0	– 9,1
		Eurozone.....	– 2,6	1,7	1,4
		übriges Ausland..	1,3	16,7	– 13,3
29	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Insgesamt	3,8	– 1,6	– 3,0
		Inland.....	4,3	– 1,2	– 5,6
		Ausland insgesamt	3,7	– 1,9	– 1,4
		Eurozone.....	– 2,1	– 9,6	5,1
		übriges Ausland..	6,5	1,7	– 4,0

Quelle: DESTATIS

Saison- und arbeitstäglich bereinigt nach Census X-12-ARIMA

Preise Mai 2012

■ Niedrigste Inflationsrate seit Dezember 2010

(...) Die Verbraucherpreise in Deutschland lagen im Mai 2012 um 1,9 % höher als im Mai 2011. Damit blieb die Inflationsrate – gemessen am Verbraucherpreisindex – im Mai 2012 erstmals in diesem Jahr unter 2,0 %. Ein noch niedrigerer Wert wurde zuletzt im Dezember 2010 mit +1,7 % ermittelt. Im Vergleich zum Vormonat April 2012 sank der Verbraucherpreisindex im Mai 2012 um 0,2 %. (...)

Im Mai 2012 wurde die Inflationsrate erneut deutlich durch die Preisentwicklung bei Energie bestimmt (+4,9 % gegenüber Mai 2011). So lagen im Mai 2012 weiterhin sowohl die Preise für Haushaltsenergie (+5,8 %; darunter Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme: +10,0 %; leichtes Heizöl: +9,1 %; Gas: +6,5 %) als auch für Kraftstoffe (+3,4 %) über dem Vorjahresniveau. Der Einfluss der Energie auf die Gesamtteuerung hat sich jedoch im Mai 2012 etwas abgeschwächt. Ohne Berücksichtigung der Preisentwicklung bei Energie hätte die Inflationsrate im Mai 2012 bei +1,5 % gelegen.

Die Preise für Nahrungsmittel erhöhten sich im Mai 2012 um 2,4 % gegenüber Mai 2011. Teurer binnen Jahresfrist wurden vor allem Fleisch und Fleischwaren (+5,7 %; darunter Fleischwurst: +6,9 %; Schweinebraten: +5,5 %). Auch für Süßwaren (+4,7 %; darunter Zucker: +22,5 %), Brot und Getreideerzeugnisse (+4,7 %; darunter Mehl: +30,1 %; Brötchen: +6,6 %) sowie für Fisch und Fischwaren (+4,3 %) mussten die Konsumenten deutlich mehr zahlen. Günstiger war im Vergleich zum Vorjahresmonat dagegen Gemüse (–3,1 %; darunter Kartoffeln: –17,3 %). Die Preise für Speisefette und -öle sanken insgesamt um 3,8 %, auffällig war aber die gegensätzliche Preisentwicklung der einzelnen Güter (Butter: –18,1 %, aber Margarine: +17,2 %).

Die Preise für Waren erhöhten sich im Vergleich zum Mai 2011 überdurchschnittlich um 2,7 %. Am stärksten stiegen die Preise für Verbrauchsgüter mit +3,4 %. Neben Energieprodukten und Nahrungsmitteln verteuerten sich hier auch alkoholfreie Getränke (+3,1 %; darunter Kaffee: +3,7 %) und Tabakwaren (+5,1 %), letztere auch infolge der Tabaksteuererhöhungen zum Mai 2011 und zum Januar 2012. Die Preise für Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer lagen um 1,9 % über dem Vorjahresniveau (zum Beispiel Bekleidungsartikel: +2,8 %). Die Preise für langlebige Gebrauchsgüter blieben im gleichen Zeitraum fast unverändert (+0,2 %).

Dienstleistungen verteuerten sich binnen Jahresfrist mit +1,2 % unterdurchschnittlich. Die Preisentwicklung bei den darin enthaltenen Nettomieten blieb weiterhin moderat (+1,1 %). Daneben gab es aber auch deutliche Preiserhöhungen (zum Beispiel Flugtickets: +9,9 %; Pauschalreisen: +9,0 %). Verbraucherfreundlich blieb die Preisentwicklung bei der Nachrichtenübermittlung (–1,5 %). Im Mai 2012 wurden auch deutliche Preisrückgänge im Bildungswesen (–15,8 %) und bei den Finanzdienstleistungen (–16,3 %) beobachtet. Letzteres ist vor allem auf den zunehmenden Wegfall von Bearbeitungsgebühren für Privatkredite zurückzuführen. (...)

Im Vergleich zum April 2012 sank der Verbraucherpreisindex im Mai 2012 um 0,2 %, in erster Linie infolge des Preisrückganges bei Energie (–1,5 %) und hier insbesondere bei den Mineralölprodukten (–3,2 %): Erstmals

im Jahr 2012 verbilligten sich die Kraftstoffe gegenüber dem Vormonat (–3,3 %), die Preise für leichtes Heizöl waren den dritten Monat infolge günstiger (–2,8 % gegenüber April 2012). Auch saisonbedingt gab es Preisrückgänge, beispielsweise bei Pauschalreisen (–2,7 %), Flugreisen (–1,9 %) und Gemüse (–1,6 %; darunter Kopf- und Eisbergsalat: –24,3 %; Tomaten: –11,0 %).

Allerdings wurden im Mai 2012 auch Preisanstiege gegenüber April 2012 beobachtet. So erhöhten sich beispielsweise die Preise für Obst (+2,6 %; darunter Orangen: +8,5 %; Weintrauben: +2,4 %; Äpfel: +1,9 %).

Der für europäische Zwecke berechnete Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland lag im Mai 2012 um 2,2 % über dem Stand von Mai 2011. Im Vergleich zum Vormonat April 2012 sank der Index um 0,2 %. (...)

Quelle: DESTATIS

Verbraucherpreisindex für Deutschland Mai 2011

Gesamtindex / Gütergruppen — Gesamtindex / Teilindex	Gewichtung in %	Index 2005 = 100	Veränderung gegenüber dem	
			Vorjahreszeitraum	Vormonat
			in %	
Gesamtindex	1 000	112,6	1,9	–0,2
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke.....	103,55	119,1	2,5	0,0
Nahrungsmittel.....	89,99	119,1	2,4	0,0
Fleisch und Fleischwaren.....	21,54	117,4	5,7	0,2
Obst.....	9,23	122,8	1,0	2,6
Gemüse.....	10,60	119,8	–3,1	–1,6
Alkoholische Getränke und Tabakwaren.....	38,99	118,1	3,6	0,2
Bekleidung und Schuhe.....	48,88	109,0	2,4	–0,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.s.w.	308,00	115,8	2,3	0,0
Nettokaltniete.....	203,30	108,2	1,1	0,1
Haushaltsenergie.....	59,82	143,3	5,8	–0,3
Strom.....	24,61	143,3	2,3	0,1
Gas.....	12,85	130,7	6,5	0,1
Leichtes Heizöl.....	9,21	161,4	9,1	–2,8
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte u.Ä.....	55,87	106,3	1,0	0,4
Gesundheitspflege.....	40,27	107,8	2,2	0,1
Verkehr.....	131,90	120,3	2,6	–1,0
Kraftstoffe.....	35,37	136,4	3,4	–3,3
Superbenzin.....	19,29	134,9	3,0	–3,4
Dieselmotorkraftstoff.....	8,15	138,6	4,8	–3,1
Nachrichtenübermittlung.....	31,00	84,6	–1,5	–0,2
Freizeit, Unterhaltung u.Ä.....	115,68	102,8	2,7	–0,4
Pauschalreisen.....	25,93	110,2	9,0	–2,7
Bildungswesen.....	7,40	112,4	–15,8	0,2
Beherbergungs- und Gaststättenleistungen.....	43,99	112,9	2,6	0,7
Andere Waren und Dienstleistungen	74,47	110,0	–0,5	–0,4
Gesamtindex				
ohne Heizöl und Kraftstoffe.....	955,42	111,2	1,7	0,0
ohne Haushaltsenergie.....	940,18	110,6	1,6	–0,2
ohne Energie (Haushaltsenergie und Kraftstoffe).....	904,81	109,6	1,5	0,0
Waren insgesamt.....	493,00	116,1	2,7	–0,3
Verbrauchsgüter.....	305,11	124,5	3,4	–0,4
Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer.....	95,24	107,4	1,9	–0,2
Langlebige Gebrauchsgüter.....	92,65	97,3	0,2	0,0
Dienstleistungen.....	507,00	109,2	1,2	0,0

Kurz gefasst **aus Europa****Arbeitsmarkt** April 2012

▮ **Arbeitslosenquote des Euroraums bei 11,0 %, Quote der EU27 bei 10,3 %**

Im Euroraum (ER17)¹ lag die saisonbereinigte Arbeitslosenquote² im April 2012 bei 11,0 %, unverändert gegenüber März. Im April 2011 hatte sie 9,9 % betragen. In der EU27¹ lag die Arbeitslosenquote im April 2012 bei 10,3 % gegenüber 10,2 % im März. Im April 2011 hatte sie 9,5 % betragen.

Eurostat schätzt, dass im April 2012 in der EU27 insgesamt 24,667 Mill. Männer und Frauen arbeitslos waren, davon 17,405 Mill. im Euroraum. Gegenüber März 2012 ist die Zahl der arbeitslosen Personen in der EU27 um 102 000 und im Euroraum um 110 000 gestiegen. Gegenüber April 2011 nahm die Zahl der Arbeitslosen in der EU27 um 1,932 Mill. und im Euroraum um 1,797 Mill. zu. (...)

Von den Mitgliedstaaten verzeichneten Österreich (3,9 %), Luxemburg und die Niederlande (je 5,2 %) sowie Deutschland (5,4 %) die niedrigsten Arbeitslosenquoten. Die höchsten Quoten meldeten Spanien (24,3 %), Griechenland (21,7 % im Januar 2012), Lettland (15,2 % im ersten Quartal 2012) und Portugal (15,2 %).

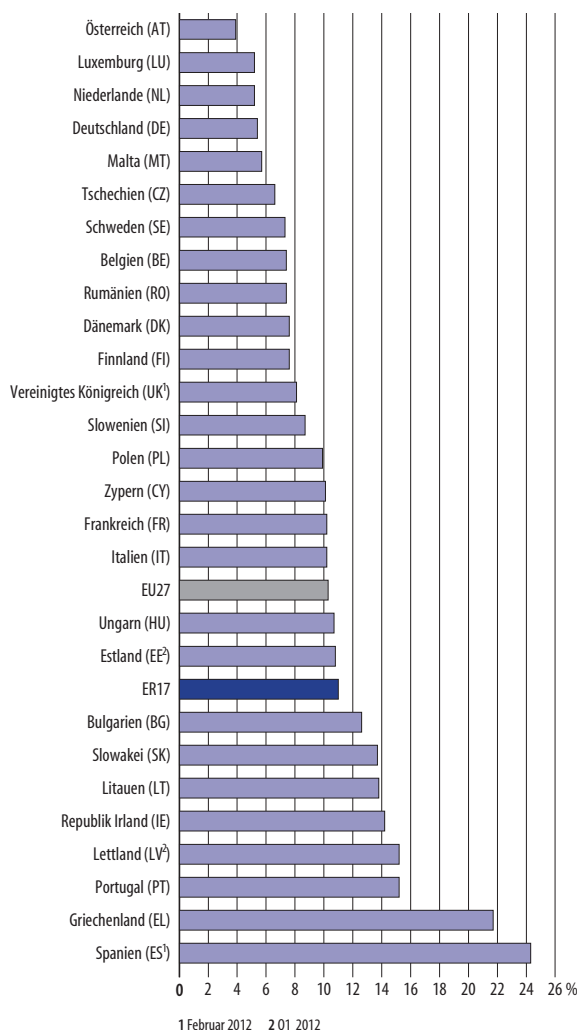
Elf Mitgliedstaaten verzeichneten über ein Jahr betrachtet einen Rückgang der Arbeitslosenquote und fünfzehn einen Anstieg. Die Quote blieb in Irland stabil. Die höchsten Rückgänge wurden in Estland (von 13,6 % auf 10,8 % zwischen dem ersten Quartal 2011 und 2012), Litauen (von 16,0 % auf 13,8 %) und Lettland (von 16,8 % auf 15,2 % zwischen dem ersten Quartal 2011 und 2012) beobachtet. Die höchsten Anstiege verzeichneten Griechenland (von 15,2 % auf 21,7 % zwischen Februar 2011 und Februar 2012), Spanien (von 20,7 % auf 24,3 %) und Zypern (von 7,1 % auf 10,1 %).

Vergleicht man April 2012 mit April 2011, so stieg die Arbeitslosenquote der Männer im Euroraum von 9,7 % auf 10,9 % und in der EU27 von 9,4 % auf 10,2 %. Die Arbeitslosenquote der Frauen nahm im Euroraum von 10,2 % auf 11,2 % und in der EU27 von 9,6 % auf 10,3 % zu.

Im April 2012 waren in der EU27 5,462 Mill. Personen im Alter unter 25 Jahren arbeitslos, davon 3,358 Mill. im Euroraum. Gegenüber April 2011 stieg deren Zahl in der EU27 um 268 000 und im Euroraum um 214 000. Die Jugendarbeitslosenquote lag im April 2012 in der EU27 bei 22,4 % und im Euroraum bei 22,2 %. Im April 2011 hatte sie 20,9 % bzw. 20,4 % betragen. Die niedrigsten Quoten verzeichneten Deutschland (7,9 %), Österreich (8,9 %) und die Niederlande (9,4 %) und die höchsten Quoten Griechenland (52,7 % im Februar 2012) und Spanien (51,5 %).

Im April 2012 lag die Arbeitslosenquote in den USA bei 8,1 % und in Japan bei 4,6 %.

Arbeitslosenquoten Europas im April 2012, saisonbereinigt



1 Zum Euroraum (ER17) gehören: Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland. Zur EU27 gehören: Belgien (BE), Bulgarien (BG), die Tschechische Republik (CZ), Dänemark (DK), Deutschland (DE), Estland (EE), Irland (IE),

Griechenland (EL), Spanien (ES), Frankreich (FR), Italien (IT), Zypern (CY), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Ungarn (HU), Malta (MT), die Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Portugal (PT), Rumänien (RO), Slowenien (SI), die Slowakei (SK), Finnland (FI), Schweden (SE) und das Vereinigte Königreich (UK).

2 Basierend auf der Definition der ILO

Industrie April 2012

▮ Produktion im Euroraum um 2,3 % und in der EU27 um 1,7 % gefallen

Die saisonbereinigte Industrieproduktion fiel im April 2012 gegenüber März 2012 im Euroraum (ER17)¹ um 0,8 % und in der EU27¹ um 0,4 %. Im März nahm die Produktion um 0,1 % bzw. 0,2 % ab. Im April 2012 fiel die Industrieproduktion im Euroraum um 2,3 % und in der EU27 um 1,7 % gegenüber April 2011. (...).

Gegenüber März 2012 fiel die Produktion von Investitionsgütern im April 2012 im Euroraum um 2,6 % und in der EU27 um 1,8 %. Die Produktion von Verbrauchsgütern nahm um 1,6 % bzw. 1,5 % ab. Die Produktion von Vorleistungsgütern fiel im Euroraum um 1,2 % und in der EU27 um 0,9 %. Die Produktion von Gebrauchsgütern nahm im Euroraum um 0,9 % ab, stieg aber in der EU27 um 0,6 % an. Die Produktion im Energiesektor nahm um 6,9 % bzw. 5,7 % zu. Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, verzeichneten sechs eine rückläufige und sechzehn eine ansteigende Industrieproduktion. Die Produktion blieb im Vereinigten Königreich stabil. Die größten Rückgänge gab es in Portugal (–6,5 %), Deutschland (–2,0 %) und Italien (–1,9 %) und die höchsten Anstiege in den Niederlanden (+2,9 %), Polen (+2,3 %) und Malta (+1,9 %). (...)

Gegenüber April 2011 fiel die Produktion von Verbrauchsgütern im April 2012 im Euroraum um 6,2 % und in der EU27 um 4,5 %. Die Produktion von Vorleistungsgütern nahm um 4,5 % bzw. 3,5 % ab. Die Produktion von Verbrauchsgütern wies in beiden Gebieten einen Rückgang um 3,4 % auf. Die Produktion von Investitionsgütern fiel im Euroraum um 0,3 %, stieg aber in der EU27 um 0,4 %. Die Produktion im Energiesektor stieg um 3,3 % bzw. 1,3 %.

Von den Mitgliedstaaten, für die Daten vorliegen, verzeichneten elf eine rückläufige und zwölf eine ansteigende Industrieproduktion. Die höchsten Rückgänge gab es in Italien (–9,2 %), Spanien (–8,3 %) und Portugal (–7,6 %) und die größten Anstiege in der Slowakei (+10,9 %), Litauen (+6,9 %) und den Niederlanden (+4,7 %).

Quelle: EUROSTAT

¹ Zum Euroraum (ER17) gehören: Belgien, Deutschland, Estland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Zypern, Luxemburg, Malta, die Niederlande, Österreich, Portugal, Slowenien, die Slowakei und Finnland.

Zur EU27 gehören: Belgien (BE), Bulgarien (BG), die Tschechische Republik (CZ), Dänemark (DK), Deutsch-

land (DE), Estland (EE), Irland (IE), Griechenland (EL), Spanien (ES), Frankreich (FR), Italien (IT), Zypern (CY), Lettland (LV), Litauen (LT), Luxemburg (LU), Ungarn (HU), Malta (MT), die Niederlande (NL), Österreich (AT), Polen (PL), Portugal (PT), Rumänien (RO), Slowenien (SI), die Slowakei (SK), Finnland (FI), Schweden (SE) und das Vereinigte Königreich (UK).

Wirtschaft im Überblick **Dezember 2011****Berlin**

Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Dezember 2011 zum Dezember 2010 um 2,6 %, genau 5 666 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 12,3 %, das ergab zum Vorjahresmonat eine Veränderung um –0,5 Prozentpunkte. Im Einzelnen waren folgende Trends (Veränderung der Trend-Konjunktur-Komponente des Dezember 2011 zum Dezember 2010) bei den einzelnen Merkmalen zu beobachten: Innerhalb des letzten Jahres fiel im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden der Trend des Auftrags-eingangsindezes; der des Gesamtumsatzes und der Beschäftigten-Zahl stieg leicht an. Im Bauhauptgewerbe nahmen die gleichen Kennziffern des Auftragseinganges, der Baugenehmigungen und des baugewerblichen Umsatzes eine stark steigende Entwicklung, während der Trend der Beschäftigtenzahl „nur“ leicht stieg. Beim Berliner Einzelhandel ist die Trend-Ent-

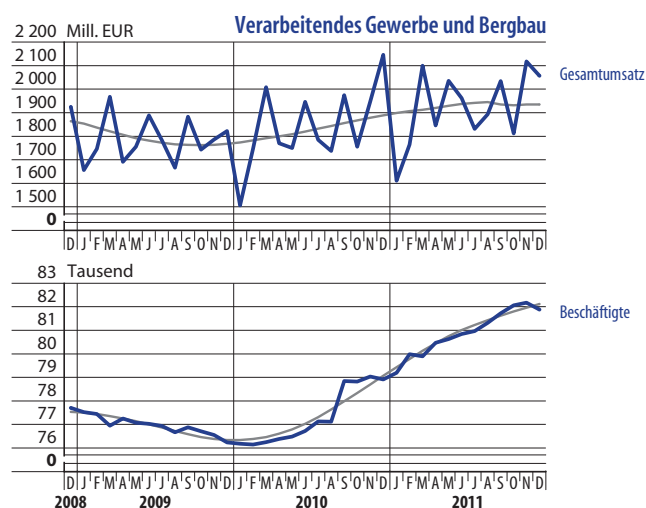
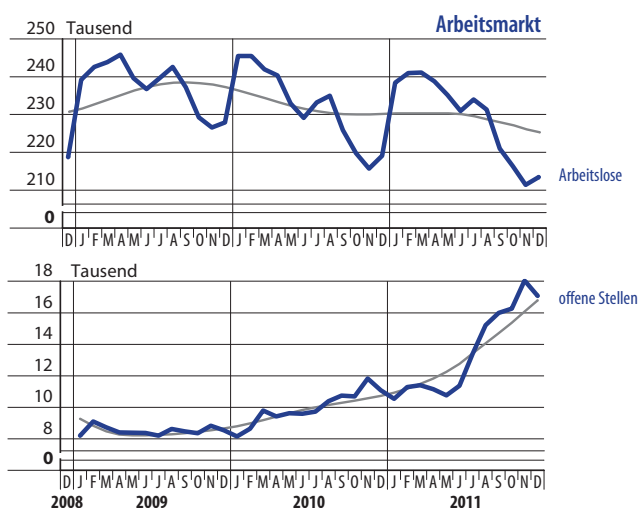
wicklung der Messzahl des realen Umsatzes leicht fallend, während die des nominalen Umsatzes und der Beschäftigtenzahl gleich blieb. Beim Großhandel stieg der Trend der nominalen und der realen Umsatz-Messzahl leicht, der der Beschäftigten blieb konstant. Im Gastgewerbe fiel der Trend der nominalen und der realen Umsatz-Messzahl sowie der Beschäftigten-Messzahl. Bei der Zahl der Gästeankünfte und der -übernachtungen stieg der Trend des letzten Jahres stark an. Der Berliner Außenhandel verzeichnete beim gesamten Export und Import einen leicht steigenden Trend und beim Export in die EU eine stark steigende Tendenz. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen und die der Betriebsgründungen und -aufgaben sank leicht. Der Trend bei der Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen blieb gleich, während die der Unternehmensinsolvenzen leicht fiel. Im Dezember 2011 lag die Inflationsrate bei +2,2 % – der jährliche Trend war wieder stärker steigend.

14,4 % und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 12,3 %. Das ergab gegenüber dem Vorjahresmonat bei beiden Kennziffern eine Veränderung um jeweils –0,5 Prozentpunkte. Die Berliner Arbeitslosenquote auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen lag damit 7,0 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,7 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 2,6 bzw. 1,7 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Gegenüber Brandenburg sind es dann +3,1 bzw. +2,1 Prozentpunkte. Die Veränderung der Berliner Arbeitslosen-zahl innerhalb der letzten 12 Monate (Januar 2011 bis Dezember 2011) im Vergleich zum Vorjahr (Januar 2010 bis Dezember 2010) lag bei –4,0 %. Die seit Mitte des Jahres 2005 fallende Trend-Konjunktur-Komponente der Zahl der Arbeitslosen stieg seit dem Herbst 2008 wieder an, ohne jedoch das ehemalige sehr hohe Niveau auch nur näherungsweise zu erreichen. Zurzeit scheint die Zahl der Arbeitslosen um den Wert von 230 Tsd. – bei leicht fallender Tendenz – zu pendeln. Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden ab dem 1. Januar 2009 die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten

Auf dem Berliner **Arbeitsmarkt** wurden Ende Dezember des Jahres 2011 mit 212 903 Arbeitslosen 1,0 % mehr als im November 2011 registriert, das entsprach einem Plus von 2 050 Personen. Im Vergleich zum Dezember des Jahres 2010 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 2,6 % ab, das ent-

sprach einem Minus von 5 666 Personen. Diese Anzahl stimmt fast genau mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Städte Uebigau-Wahrenbrück oder Biesenthal, am 31. Dezember 2010, überein. Die Berliner Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen

Tabelle Seite 24



Arbeitsvermittlung dargestellt, das entspricht etwa 21 400 Personen weniger als zuvor. Ein Vergleich mit vorherigen Veröffentlichungen ist deshalb nicht möglich. Im Dezember 2011 waren 17 076 offene Stellen gemeldet. Das sind +54,0 % zum Dezember 2010 und +35,8 % im Vergleich der beiden letzten 12 Monatszeiträume. Seit Mitte des Jahres 2009 steigt die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen an, in letzter Zeit wieder recht stark. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 12,5. Der lineare Trend dieses Quotienten ist stark fallend – bei einer seit dem Jahr 2005 deutlich verringerten Schwankungsbreite.

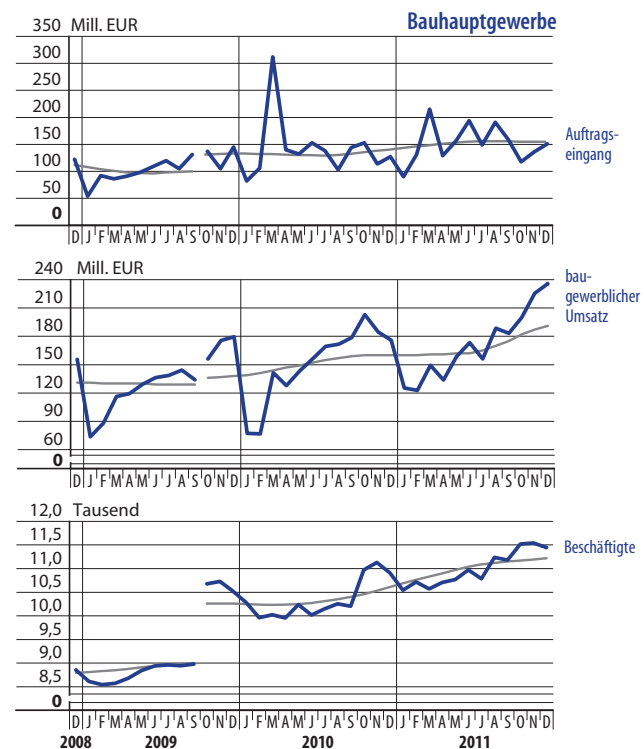
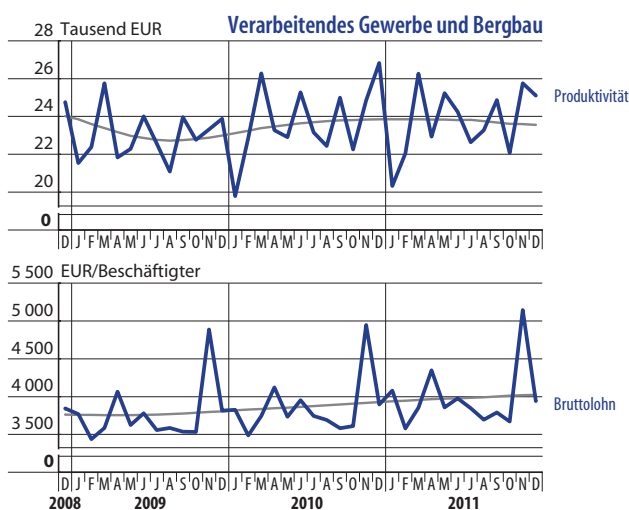
Im Berliner **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftrags-eingangindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im Dezember-Vergleich mit –2,1 % eine leicht negative Veränderung; im Vergleich der letzten 12 Monatszeiträume waren es jedoch +9,2 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente fiel seit dem Frühjahr des Jahres 2008, stieg aber ab Mitte des Jahres 2009 kontinuierlich an, um seit Mitte 2011 wieder leicht abzufallen. Die im Monat Dezember dieses Jahres 334 berichtspflichtigen Betriebe – das sind neun Betriebe mehr als im Dezember 2010 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 2 056,7 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 88,9 Mill. EUR oder –4,1 % unterschritten. In den letzten 12 Monaten – vom Januar 2011 bis Dezember 2011 – konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 23,1 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies eine Steigerung des Gesamtumsatzes um 4,5 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente

dieser Kennziffer des wichtigen Berliner Wirtschaftsabschnitts war seit der Mitte des Jahres 2008 fallend, seit dem Herbst des Jahres 2009 dann jedoch wieder leicht steigend und hatte zum Jahreswechsel 2010/11 das vor der Krise erreichte Niveau überschritten. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz des Wirtschaftsabschnitts erreichte im Dezember 2011 ein Niveau von 902,1 Mill. EUR. Der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 43,9 %. Im Zeitraum der letzten 12 Monate wurden Waren im Wert von 10,8 Mrd. EUR aus diesem Berliner Wirtschaftsabschnitt exportiert. Bei der Beschäftigtenzahl war die Trend-Konjunktur-Komponente seit dem Anfang des Jahres 2010 steigend. Im Dezember des Jahres 2011 waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 81 937 Personen tätig. Gegenüber dem Dezember 2010 gab es mit +3,8 % eine positive Veränderung. Im Vergleich der letzten 12 Monate mit den vorletzten 12 Monaten war mit +4,6 % ebenfalls eine Verbesserung sichtbar. Im Dezember 2011 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 25 101 EUR, das waren –6,5 % gegenüber dem Dezember 2010. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme je Beschäftigten lag aktuell bei 3 941 EUR, sie nahm somit leicht zu und lag um +1,2 % oder um 45,53 EUR höher als im Dezember 2010.

In der konjunkturellen Entwicklung des Berliner **Bauhauptgewerbes** ergab sich

im Oktober 2009 eine Veränderung in der Stichprobe, die zu einer Sprungstelle in den Zeitreihen führte. Das wertmäßige Volumen der Auftrags-eingänge – als Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im Dezember 2011 ein Niveau von 150,9 Mill. EUR. Die Entwicklung dieser Kennziffer zeigte mit +18,6 % zum Vorjahresmonat einen sehr starken Anstieg. Im 12-monatigen Vergleichszeitraum ergab sich eine Veränderung von +6,7 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente steigt seit dem Herbst des Jahres 2010 wieder an. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist der Trend stark steigend. Die Entwicklung bei der Anzahl der Baugenehmigungen zeigte bei den längerfristigen Betrachtungszeiträumen eine stark steigende Tendenz. Im Dezember 2011 wurden 166 Baugenehmigungen erteilt, das sind +31,7 % zum Dezember 2010; im Vergleich des aktuellen Ein-Jahres-Zeitraumes mit dem des Jahres 2010 waren es beachtliche +19,6 %. Der Trend war demzufolge auch stark steigend. Der baugewerbliche Umsatz erreichte im Dezember 2011 einen Wert von 235,7 Mill. EUR (Bauhauptgewerbe: 236,8 Mill. EUR) bei +33,9 % gegenüber dem Vorjahresmonat. Dieselbe Kennziffer war in dem längerfristigen Betrachtungszeitraum der zurückliegenden 12 Monate mit +13,7 % ebenfalls sehr positiv. Der jährliche Trend lag damit ebenfalls stark im Plus. Die Trend-Konjunktur-Komponente stieg seit dem Ende des Jahres 2009 zuerst leicht und dann ab Mitte 2011 zunehmend stärker an. Mit 11 446 Beschäftigten wurde im Dezember 2011 zum Dezember 2010 ein

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Veränderung Januar 2009, Oktober oder Januar 2010 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Zuwachs von 4,9 % erreicht. Im Zeitraum der letzten 12 Monate war ebenfalls ein Zuwachs aufgetreten: von +6,4 %. Der Trend der Beschäftigtenzahl beim Vergleich zum Vorjahresmonat war leicht steigend.

Im Berliner **Einzelhandel** erfolgte Mitte der Jahre 2009 und 2010 eine inhaltliche Veränderung – es wurde ein Drittel der Unternehmen in der Stichprobe ausgetauscht. Eine Rückrechnung ist bis zum Januar 2010 erfolgt. Dadurch sind zwei „Sprungstellen“ in den entsprechenden Abbildungen enthalten – von Dezember 2008 zum Januar 2009 und vom Dezember 2009 zum Januar 2010. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich der beiden letzten 12-Monats-Zeiträume ergab ein Plus von 3,0 %. Beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +1,9 %. Die Beschäftigtenzahl im Berliner Einzelhandel lag von Januar bis Dezember 2011 um 0,5 % über dem Vorjahresdurchschnitt. Die Zahl der Vollzeitbeschäftigten verringerte sich dabei um 1,1%, während +1,6 % Beschäftigte in Teilzeit tätig waren. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Messzahl des nominalen Umsatzes und der Beschäftigten war gleichbleibend, die des realen Umsatzes fiel leicht.

Im **Großhandel** des Landes Berlin, wo die gleiche inhaltliche Veränderung wie beim Einzelhandel erfolgte, war die Entwicklung bei allen beiden Umsatz-Kennziffern leicht steigend. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich der beiden letzten 12-Monats-Zeiträume ergab ein Plus von 6,3 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +1,1 %. Die Beschäftigten-Kennziffer stieg um +1,8 %. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Beschäftigten-Messzahl blieb etwa gleich.

Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche inhaltliche Veränderung vorgenommen. In diesem, wie

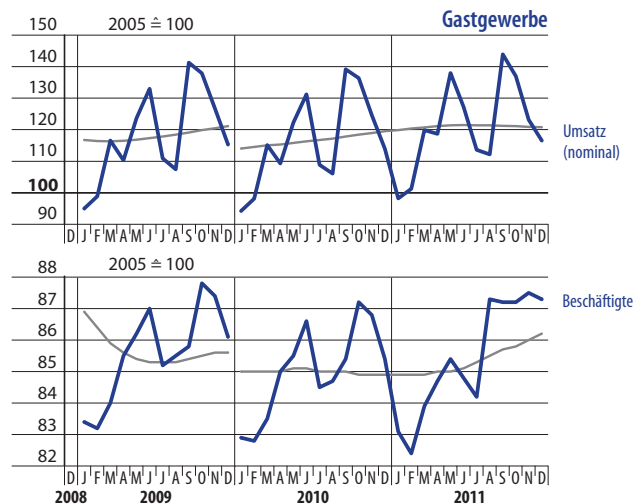
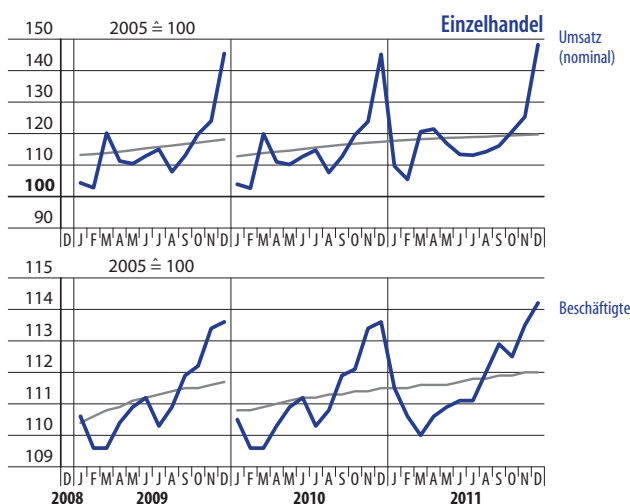
im Einzelhandel, saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig traten beim Vergleich der beiden letzten 12 Monate im nominalen Umsatz Veränderungsraten von +3,6 % und im realen Umsatz von +2,1 % auf. Bei der Beschäftigten-Messzahl waren es im gleichen Zeitraum +0,5 %, wobei die Vollzeitbeschäftigung mit +0,7 % stärker anstieg als die Teilzeitbeschäftigung mit +0,2 %. Die Trend-Konjunktur-Komponenten für alle drei Messzahlen fielen dagegen leicht.

Im Dezember 2011 erreichte im **Berlin-Tourismus** die Zahl der Gästeankünfte 749,4 Tsd; gegenüber dem Dezember 2010 waren es 101,4 Tsd. Personen oder 15,6 % mehr. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von 9,0 %. Die Zahl der Übernachtungen stieg im Monatsvergleich (Dezember 2011 zu Dezember 2010) um 16,5 % an, von 1 387,2 Tsd. auf 1 616,5 Tsd. Übernachtungen. Im 12-Monats-Vergleich setzte sich bei den Übernachtungen mit +7,5 % die positive Entwicklung fort. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Gästeübernachtungen steigt seit dem Jahr 2003 annähernd linear an. Im Durchschnitt entfielen im Dezember 2011 auf jeden Gast 2,2 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,3 Übernachtungen pro Gast – bei langfristig gleich bleibender Tendenz.

Auch im Berliner **Außenhandel** sind die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise endgültig überwunden. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Berliner Wirtschaft betrug im Dezember 1 053,3 Mill. EUR und lag damit um 9,2 % über dem Ergebnis des Dezember 2010. Beim Vergleich der letzten 12 Monate waren es +3,2 %. Im Zeitraum eines Jahres – von Januar 2011 bis Dezember 2011 – wurden Waren im Wert von 12,7 Mrd. EUR exportiert, davon in die Staaten der Europäischen Union 46,1 % der gesamten Ausfuhr. Gegenüber dem Monat Dezember

2010 wurden 28,4 % mehr in die EU exportiert. Die Trend-Konjunktur-Komponente des gesamten Exports hatte Mitte 2010 das Vorkrisen-Niveau erreicht und sich seitdem etwas seitlich bewegt, sie steigt seit Mitte 2011 aber wieder an. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 864,5 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate von +0,4 % zum Dezember 2010 führte. Im Ein-Jahres-Zeitraum (Januar 2011 bis Dezember 2011) wurden Waren im Wert von 10,1 Mrd. EUR – das sind +4,2 % zu den vorherigen 12 Monaten – nach Berlin importiert. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Importes fiel seit Mitte 2008 und steigt aber seit Mitte 2009 wieder sehr stark an, wobei bereits Anfang 2010 der Vorkrisenstand überschritten wurde. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Berlin bestimmt sind.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Auffallend ist, dass bei den monatlichen Einzelwerten – besonders jedoch zum Jahresende – regelmäßig sehr starke Einbrüche auftreten. Im Dezember 2011 wurden 453 Gewerbe mehr an- als abgemeldet. Gegenüber dem Dezember 2010, mit 115 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen, war es fast das Dreifache, im langfristigeren 12-Monats-Vergleich ergaben sich dann allerdings –4,8 %. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Dezember 2011 auf 48 mehr Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen und damit auf –48,9 % gegenüber dem Dezember 2010, der ein Saldo von 94 Anmeldungen gegenüber den Abmeldungen auswies. Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich



bei den Betrieben +5,0 %. Die langfristige Trend-Konjunktur-Komponente kann bei den Gewerbemeldungen und den Betrieben als in letzter Zeit wieder leicht fallend – bei einem insgesamt schwankenden Verlauf – eingeschätzt werden.

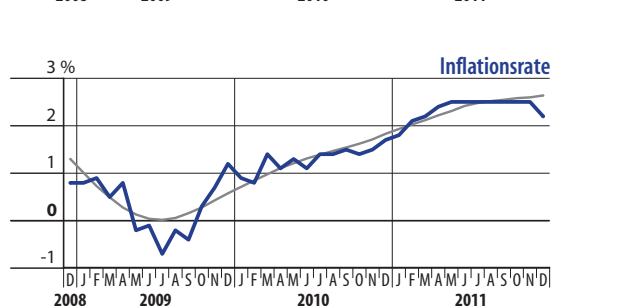
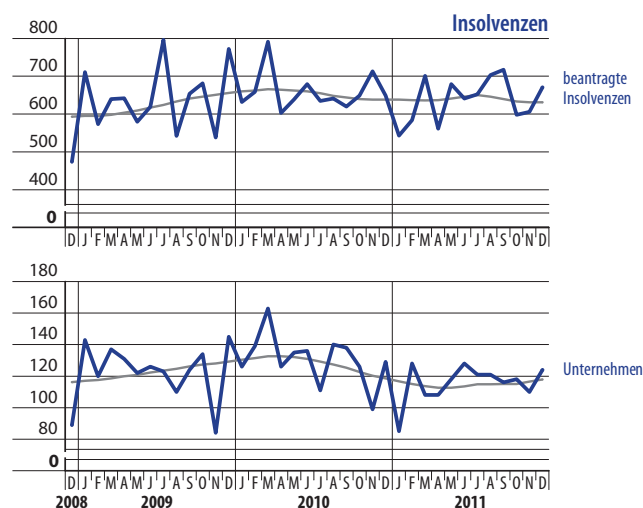
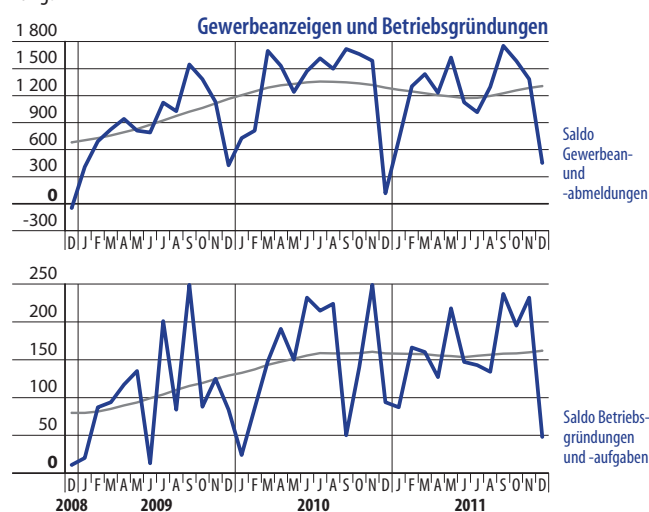
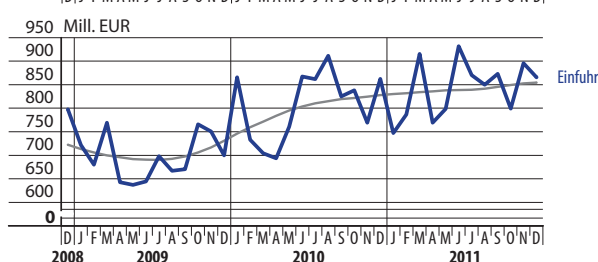
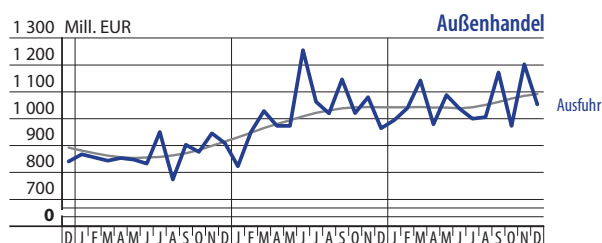
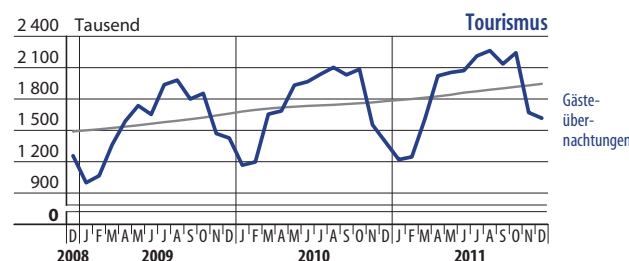
Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen in den betrachteten Ein-Jahres-Zeiträumen durchgängig negative Veränderungsrate – also eine langfristig-positive Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenzverfahren waren insgesamt 671 Verfahren für den Monat Dezember 2011 genannt, das sind gegenüber dem Dezember des Vorjahres 3,4 % mehr. Im Vergleich der letzten 12 Monate beträgt die Veränderung –3,2 %. Langfristig wurden im Durchschnitt monatlich etwa 630 Insolvenzverfahren beantragt. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren dabei durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen lagen langfristig und stabil seit Mitte 2006 bei 130 bis 120 Insolvenzen pro Monat, die Trend-Konjunktur-Komponente war zwar seit Mitte 2008 steigend, fällt seit dem Frühjahr des Jahres 2010 jedoch wieder. Im aktuellen Monat gab es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 124 Fälle, das entspricht –3,9 % zum Dezember 2010. Beim Vergleich der beiden letzten 12-Monats-Zeiträume ergaben

sich –11,7 % bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen. Die Tendenz innerhalb eines Jahres war bei den gesamten Insolvenzen gleichbleibend und bei denen der Unternehmen leicht fallend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Dezember 2011 bei 111,8 (2005 = 100). Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Dezember 2011 und dem Dezember 2010, ergab sich damit ein Wert von +2,2 %, im November 2011 waren es +2,5 %. Während sich die Preise für Energie (Kraftstoffe, Heizöl, Strom, Gas, Fernwärme und Zentralheizung), Nahrungs-

mittel (Bohnenkaffee, Speisefette und -öle, Fleisch- und Fleischwaren, Molkereiprodukte und Eier, Fisch- und Fischwaren sowie Brot und Getreideerzeugnisse), aber auch bei Bekleidung, Pauschalreisen nebst Beherbergungsdienstleistungen, überdurchschnittlich verteuerten, ergaben sich bei Obst und Gemüse Preisrückgänge. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate fiel seit dem März 2008 sehr stark, erreichte Mitte 2009 den Tiefpunkt und verläuft seit Mitte des Jahres 2010 leicht steigend. Zurzeit ist sie etwa bei +2,6 % angelangt. Gegenüber dem Dezember 2010 ist der Trend nun ebenfalls stärker steigend. Für das gesamte Jahr 2011 wurde eine durchschnittliche Jahresteuerrate von 2,4 % ermittelt, im Jahr 2010 waren es +1,3 % und 2009 als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise +0,3 %.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Veränderung Januar 2009, Januar 2010 oder Oktober 2009
(siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick **Dezember 2011****Brandenburg**

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Dezember 2011 zum Dezember 2010 um 3,9 %, das waren – 5 499 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 10,2 %, das sind – 0,4 Prozentpunkte zum Vorjahresmonat. Im Einzelnen zeigten die Werte der ausgewählten Trend-Konjunktur-Komponenten des Monats Dezember 2011 zum Dezember 2010 folgendes Bild: Der Trend bei der Zahl der Arbeitslosen und der genannten Arbeitslosenquote war fallend sowie der der offenen Stellen stark steigend. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden waren der Gesamtumsatz und der Auftragseingang stark steigend, während der realer Umsatz und der Beschäftigten stark steigend. Im Gastgewerbe blieb der Trend des nominalen Umsatzes gleich, der der Beschäftigtenmesszahl stieg leicht an und der reale Umsatz fiel. Im Tourismusgewerbe stieg sowohl die Zahl der Gäste als auch die der Übernachtungen an. Die Brandenburger Einfuhren stiegen stark an, während die Ausfuhren nur leicht anstiegen – die Ausfuhren in die EU fielen hingegen. Der jährliche Trend der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen fiel stark ab, während die Differenz aus Betriebsgründungen und -aufgaben stark anstieg. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen fiel leicht und die der Unternehmensinsolvenzen stärker. Im Dezember 2011 betrug die Inflationsrate +2,1 %; der jährliche Trend ist zurzeit streng-linear steigend.

der Auftragseingang leicht fiel. Beim Brandenburger Einzelhandel stiegen der reale und der nominale Umsatz leicht, während die Beschäftigtenkennziffer fast konstant blieb. Beim Großhandel war der Trend des nominalen Umsatzes stark steigend und der des realen Umsatzes und der Beschäftigten steigend. Im Gastgewerbe blieb der Trend des nominalen Umsatzes gleich, der der Beschäftigtenmesszahl stieg leicht an und der reale Umsatz fiel. Im Tourismusgewerbe stieg sowohl die Zahl der Gäste als auch die der Übernachtungen an. Die Brandenburger Einfuhren stiegen stark an, während die Ausfuhren nur leicht anstiegen – die Ausfuhren in die EU fielen hingegen. Der jährliche Trend der Differenz aus den Gewerbean- und -abmeldungen fiel stark ab, während die Differenz aus Betriebsgründungen und -aufgaben stark anstieg. Die Anzahl der insgesamt beantragten Insolvenzen fiel leicht und die der Unternehmensinsolvenzen stärker. Im Dezember 2011 betrug die Inflationsrate +2,1 %; der jährliche Trend ist zurzeit streng-linear steigend.

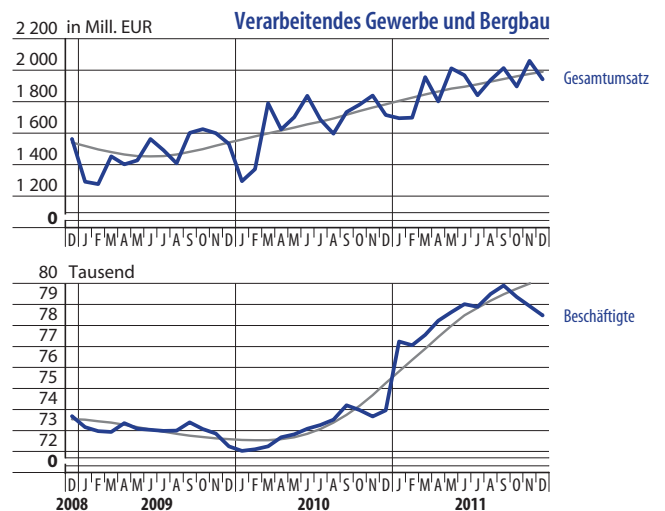
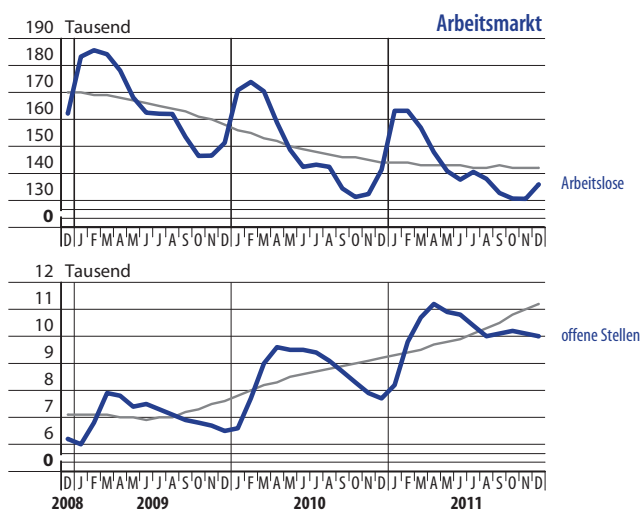
Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 11,3 % und auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 10,2 %. Es ergaben sich somit gegenüber dem Vorjahresmonat jeweils 0,4 Prozentpunkte weniger. Damit lagen die Brandenburger Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 3,9 Prozentpunkte bzw. auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 3,6 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 0,5 bzw. 0,4 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Beim Vergleich mit Berlin waren es dann 4,2 bzw. 3,0 Prozentpunkte weniger. Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2004 fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten, ab dem Herbst 2010 schwächte sie sich jedoch ab.

Bei den offenen Stellen erfolgte ein methodischer Wechsel: Es werden jetzt die gemeldeten, ungeforderten Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung dargestellt. Eine Rückrechnung der gesamten Zeitreihe ist für das Land Brandenburg bis zum Jahr 2000 erfolgt – ein Vergleich mit den vorherigen Veröffentlichungen ist deshalb nicht möglich. Die gemeldeten 10 021 offenen Stellen hatten sich seit dem Dezember des

Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wurde Ende Dezember des Jahres 2011 mit 135 896 Arbeitslosen ein Plus von 4,1 % gegenüber dem Vormonat – dem November 2011 – registriert, das waren 5 343 Personen mehr. Im Vergleich zum Dezember des Jahres

2010 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 3,9 % ab, das entspricht einem Minus von 5 499 Personen. Diese Zahl stimmt etwa mit der Einwohnerzahl der Brandenburger Städte Seelow oder Dahme/Mark zum Ende des Jahres 2010 überein. Die Brandenburger

Tabelle Seite 25



vorigen Jahres um beachtliche 2 289 Stellen oder um 29,6 % erhöht. Seit Mitte des Jahres 2009 steigt die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen linear und stark an. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 13,6 – die langfristige lineare Tendenz ist nach wie vor fallend, bei einer seit Mitte des Jahres 2006 deutlich verminderten saisonalen Schwankung. Im Dezember dieses Jahres waren insgesamt 5 599 Personen in der beruflichen Weiterbildung und 3 Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen – insgesamt also 5 602 Personen – erfasst; im Vergleich zum Dezember 2009 ergab das ein Minus von 2 758 Personen oder –33,0 %.

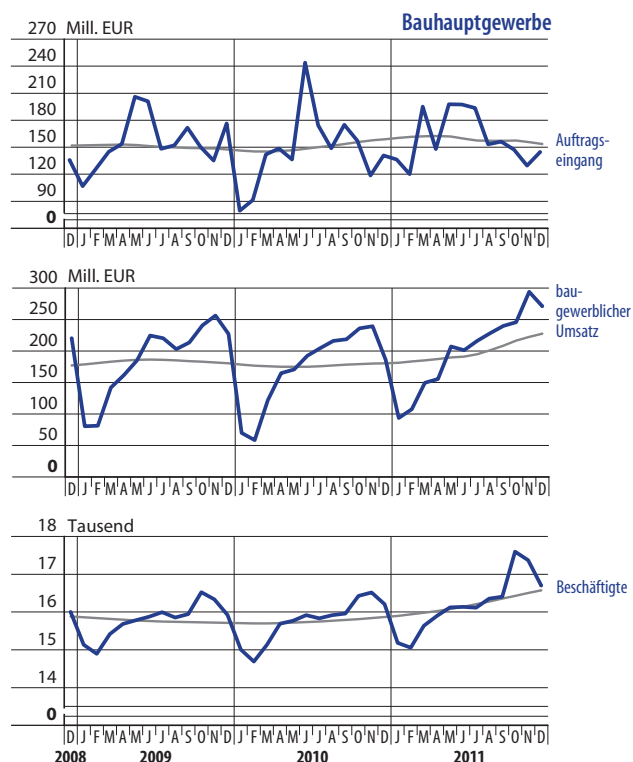
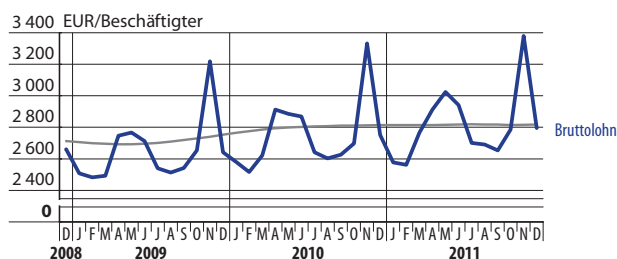
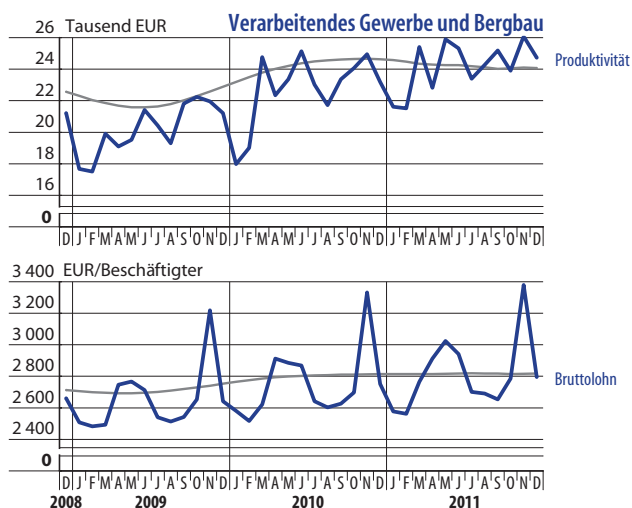
Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** zeigte der Auftragseingangindex (für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex – ausgewählte Wirtschaftszweige) im Dezember-Vergleich mit +42,7 % eine starke positive Veränderung, bei jedoch deutlichen Schwankungen der Monateinzelwerte. Im Vergleich des gesamten Jahres (2011 zu 2010) waren es +22,4 %. Die starken monatlichen Schwankungen des Auftrags-einganges haben ihre Ursache besonders in einzelnen Großaufträgen für elektrische Ausrüstungen und des Fahrzeugbaus sowie der Auslandsnachfrage. Die Trend-Konjunktur-Komponente ist seit dem Frühjahr 2010 wieder stärker steigend. Die im Monat Dezember dieses Jahres berichtspflichtigen 434 Betriebe – das sind 21 Betriebe mehr als im Dezember 2010 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 941,4 Mill. EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 226,4 Mill. EUR oder 13,2 % überboten. Im gesamten Jahr 2011 konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von

insgesamt 22,8 Mrd. EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahr ging damit eine Erhöhung des Gesamtumsatzes um 14,3 % einher. Die langfristige Trend-Konjunktur-Komponente dieser Kennziffer des wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte und deren „regelmäßigen Einbrüchen“ zu den Jahreswechseln – seit Mitte des Jahres 2009 wieder sehr stark steigend, ab dem Jahreswechsel 2010/2011 jedoch fast gleichbleibend. Im Frühjahr 2010 wurde das vor der Konjunktur- und Finanzkrise erreichte Niveau wieder überschritten. Der monatlich im Ausland erzielte Umsatz dieses Wirtschaftsabschnitts erreichte im Dezember ein Niveau von 559,1 Mill. EUR – der Exportanteil am Gesamtumsatz betrug somit 28,8 %. Bei der Beschäftigtenzahl war seit dem Herbst 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, die dann ab Herbst 2008 leicht fiel – ohne jedoch in die Nähe der vergangenen Tiefstände zu gelangen – und die nun seit Anfang 2010 wieder ansteigt. Im Dezember des Jahres 2011 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben an 50 Beschäftigten 78 480 Personen tätig, gegenüber dem Vorjahresmonat (Dezember 2010) mit +6,1 % eine Zunahme um 4 519 Personen. Im gesamten 12-Monats-Vergleich ergeben sich +7,5 %; die Tendenz war steigend. Im Dezember 2011 erreichte die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) 24 737,4 EUR, das waren –0,6 % gegenüber dem Dezember 2010. Die Bruttolohn- und Gehaltssumme

je Beschäftigten fiel etwas weniger ab: Sie lag im gleichen Zeitraum um 0,4 % oder 9,83 EUR je Beschäftigten niedriger als im Dezember 2010 – insgesamt bei 2 795,1 EUR.

Das wertmäßige Volumen der Auftrags-eingänge des Brandenburger **Bauhauptgewerbes** – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte im Dezember 2011 ein Niveau von 143,4 Mill. EUR. Er zeigte mit +2,7 % zum Vorjahresmonat eine positive Entwicklung. Im Vergleich der beiden letzten Jahre ergab sich eine Veränderung von +9,3 %. Der Trend war leicht fallend. Die Anzahl der Baugenehmigungen entwickelte sich sehr positiv, +24,6 % im Vergleich zum Vorjahresmonat und beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume +16,4 %. Der Trend stellte sich infolgedessen bei den Baugenehmigungen stark steigend dar. Beim baugewerblichen Umsatz scheint die seit dem Jahr 1995 – dem Beginn der Aufzeichnungen – fallende Tendenz beendet. Die Trend-Konjunktur-Komponente pendelt seit 2006 um die 180-Mill.-EUR-Marke. Sie hatte zuletzt einen stark steigenden Trend und erreichte wieder die Werte des Jahres 2001. Die im Dezember 2011 berichtspflichtigen 344 Betriebe – 18 Betriebe mehr gegenüber dem Dezember 2010 – erreichten einen Gesamtumsatz von 273,7 Mill. EUR (baugewerblicher Umsatz: 271,0 Mill. EUR). Dabei lag der baugewerbliche Umsatz mit +45,7 % über dem Wert vom Dezember 2010. Beim Vergleich des gesamten Jahres 2011 mit dem Jahr 2010 ergibt sich eine Veränderung von +15,9 %. Bei den Beschäftigten setzte sich

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



der seit fast zehn Jahren anhaltende und nur zeitweilig kurz unterbrochene Abwärtstrend vorerst nicht weiter fort, er pendelt seit 2008 um die 16 000 Beschäftigte, stieg aber seit dem Jahresbeginn 2010 wieder leicht an. Im Dezember 2011 gab es im Wirtschaftszweig aktuell 16 699 Beschäftigte, 3,1 % mehr als im Dezember 2010 – der Trend des letzten Jahres war leicht steigend. Im Zeitraum eines ganzen Jahres (2011 zu 2010) betrug der Beschäftigten-Zuwachs 2,9 %.

Im Brandenburger **Einzelhandel** erfolgte im Dezember des Jahres 2010 – wie alljährlich – eine Veränderung: Es wurde ein Drittel der Unternehmen in der Stichprobe ausgetauscht. Eine Rückrechnung erfolgt immer bis zum Januar des Vorjahres. Dadurch werden zwei „Sprungstellen“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes (laufendes Jahr) ergab ein Plus von 3,4 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen Zeitraum +2,7 %. Die Beschäftigungsentwicklung zeigte mit +0,3 % in dem genannten Zeitraum einen fast gleichbleibenden Trend. Im Dezember stieg die vorläufige Zahl der Beschäftigten im Brandenburger Einzelhandel im Durchschnitt um 1,0 % gegenüber dem Vorjahresmonat, wobei die Vollbeschäftigung stärker zunahm als die Teilbeschäftigung. Im Jahresdurchschnitt 2011 nahm die Zahl der in Teilzeit tätigen demgegenüber etwas stärker zu als die der Vollzeitbeschäftigten. Innerhalb der letzten 12 Monate stieg der Trend des nominalen und des realen Umsatzes leicht an, der der Beschäftigten blieb konstant.

Im **Großhandel** des Landes Brandenburg erfolgte die gleiche Veränderung wie beim Einzelhandel. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes ergab ein Plus von 18,7 %, beim realen Umsatz waren es im gleichen

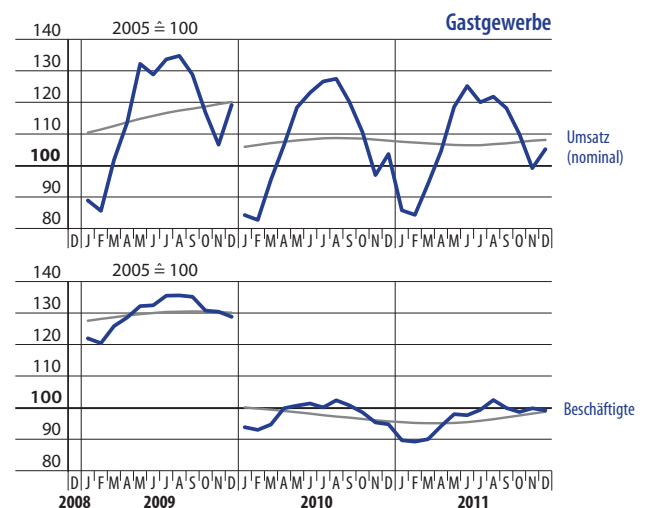
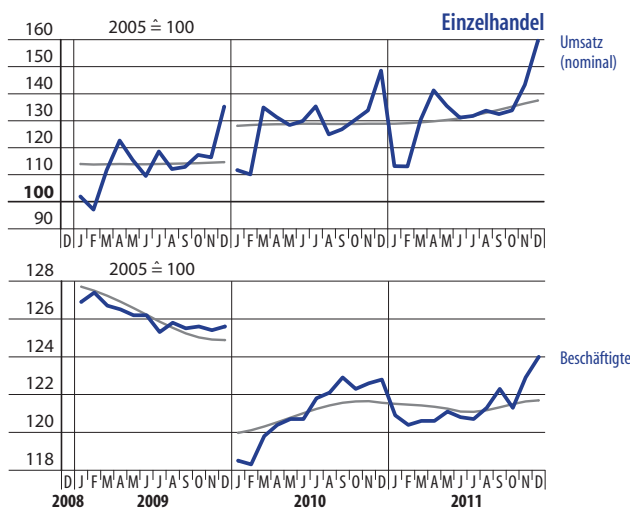
Zeitraum +9,2 % und die Beschäftigten-Kennziffer stieg um 2,4 %. Im Zeitraum des letzten Jahres war der Trend des realen Umsatzes und der Beschäftigtenzahl steigend sowie der Trend des nominalen Umsatzes stark steigend.

Im **Gastgewerbe** wurde, ebenso wie beim Einzel- und Großhandel, die gleiche Veränderung vorgenommen. Im Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume nahm die Messzahl des nominalen Umsatzes um 0,7 %, die des realen Umsatzes um 2,2 % und die der Beschäftigten um 1,5 % ab. Von dem Beschäftigungsabbau waren im gesamten Jahr 2011 vor allem Arbeitsstellen in Teilzeit mit –3,2 % betroffen, geringfügiger hingegen die in Vollzeit mit –0,2 %. Der Trend der drei Merkmale im Zeitraum des letzten Jahres: nominaler Umsatz – gleich bleibend, realer Umsatz – leicht fallend und Beschäftigte – steigend.

Im Dezember 2011 erreichte beim Brandenburg-Tourismus die Zahl der Gästeübernachtungen 558,2 Tsd., gegenüber dem Dezember 2010 waren es 29,4 Tsd. Übernachtungen oder 5,6 % mehr. Beim Vergleich der 12-monatigen Zeiträume ergab sich ein Plus von 3,4 %. Die Zahl der Gästeankünfte stieg im aktuellen Monat zum Vorjahresmonat um 3,9 %. Im Ein-Jahres-Vergleich (gesamtes Jahr 2011 zu 2010) setzte sich bei den Gästeankünften mit +4,4 % die positive Entwicklung ebenfalls fort. Im Durchschnitt entfielen im Dezember 2011 auf jeden Gast 2,6 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,7 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt war bei den Gästeankünften und bei den -übernachtungen ein steigender Trend vorhanden. Die Dauer der Übernachtungen fällt langfristig leicht.

Im Brandenburger **Außenhandel** trat im Zeitraum von Mitte des Jahres 2008 bis zur Mitte des Jahres 2009 eine stark negative Entwicklung auf, die beide Merkmale etwa auf das Niveau von 2006/2007 zurückwarf. Seit

Mitte des Jahres 2009 stiegen die Import- und Export-Trend-Konjunktur-Komponenten wieder stark an, die des Exportes etwas geringer. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im Dezember 1146,7 Mill. EUR und lag damit um 7,2 % über dem Ergebnis des Dezember 2010. Beim Vergleich der letzten beiden Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus von 10,2 %. In die Staaten der Europäischen Union wurden 61,4 % der gesamten Ausfuhr des Dezember 2011 exportiert, mit 703,5 Mill. EUR allerdings 4,8 % weniger als im Dezember 2010; im letzten Ein-Jahres-Zeitraum ergab sich jedoch ein Plus von 7,4 %. Insgesamt wurden im Zeitraum des laufenden Jahres – von Januar bis Dezember 2011 – Waren im Wert von ca. 9,1 Mrd. EUR weltweit exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 1 657,0 Mill. EUR, was zu einer Veränderungsrate um +33,1 % gegenüber dem Dezember 2010 führte. Im gesamten Jahr wurden Waren im Wert von 18,5 Mrd. EUR nach Brandenburg importiert, das waren gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres +27,3 %. Der Trend der letzten 12 Monate ist bei der Einfuhr sehr stark steigend – beim Export verläuft die Trend-Konjunktur-Komponente leicht steigend, bei der Ausfuhr nach der EU ist sie leicht fallend. Die sehr positiven Entwicklungen werden zu einem Teil durch den „statistischen Basiseffekt“ der Konjunktur- und Finanzkrise überzeichnet. Beim Import und Export wurde das Vor-Krisen-Niveau seit etwa Mitte 2010 wieder überschritten. Betont sei auch, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist und dass bei den Einfuhren nicht alle Waren für den Verbrauch in Brandenburg bestimmt sind.



Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Zu beachten ist, dass eine stark-saisonale Abhängigkeit mit einer Häufung von Gewerbeabmeldungen und Betriebsaufgaben im letzten Monat jedes Jahres eintritt. Im Dezember 2011 wurden 687 Gewerbe mehr ab- als angemeldet. Gegenüber dem Dezember 2010 (409 mehr Ab- als Abmeldungen) sind es, bei einer Differenz vom -278 Anmeldungen gegenüber den Anmeldungen, genau +68,0 % und im gesamten Jahres-Vergleich dann -54,3 %. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben kam der Dezember 2011 auf 134 Abmeldungen mehr gegenüber den Abmeldungen und damit zu einem Plus von 83,6 % zum Dezember 2010 (73 Abmeldungen mehr als Anmeldungen). Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich bei den Betrieben -20,4 %. Der Trend innerhalb des letzten Jahres muss bei den Gewerbemeldungen als sehr stark fallend eingeschätzt werden, bei den Betriebsgründungen ist ein stark steigender Trend erkennbar.

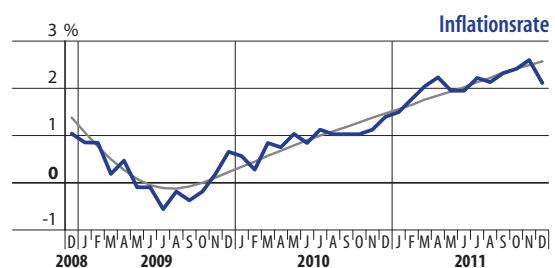
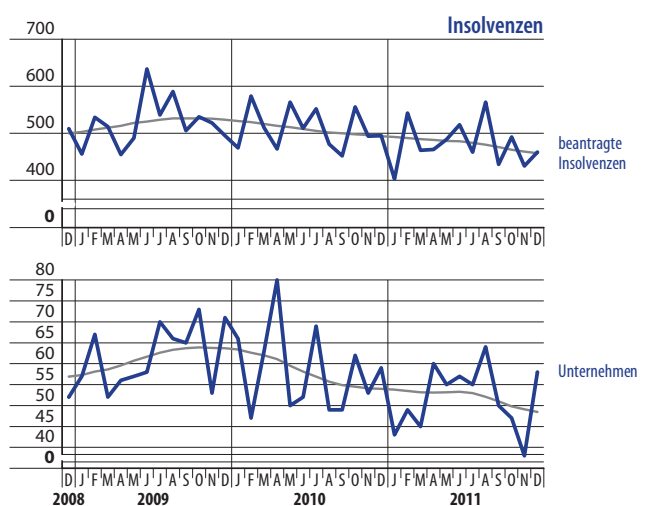
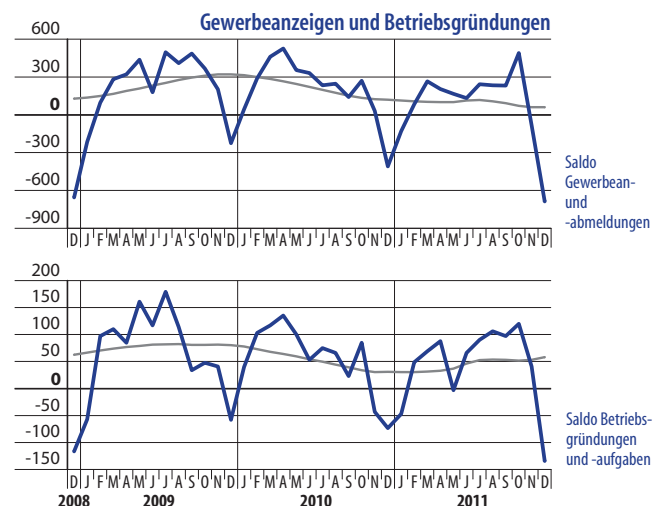
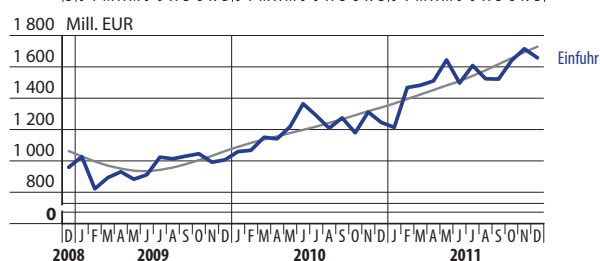
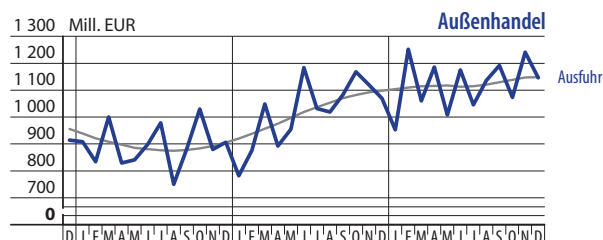
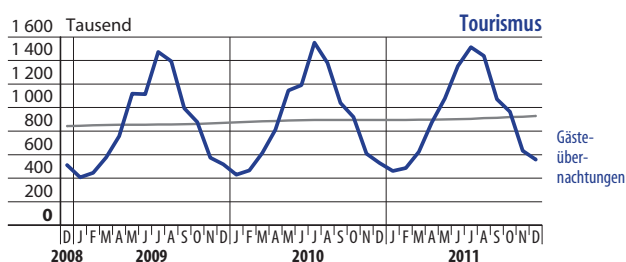
Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren – bei insgesamt stark schwankenden monatlichen Werten – eine fallende, also positive, Entwicklung. Bei den beantragten Insolvenz-

verfahren wurden insgesamt 460 Verfahren genannt, das ist gegenüber dem Dezember des Vorjahres eine Veränderung von -7,1 %. Längerfristig wurden im Durchschnitt – allerdings bei einer, wie bereits betont, großen Streuung – monatlich unter 500 Verfahren beantragt. Im Jahres-Zeitraum (2011 zu 2012) waren es dann -6,6 %. Eindeutig werden die beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen dominiert. Die Regelinsolvenzen der Unternehmen waren im Mittel bei etwas über 50 Insolvenzen pro Monat, von ehemals über 120 (im Jahr 2000 bis 2003), angelangt. Der Trend war nach einem kleinen „Zwischenhoch“ um den Herbst 2009 dann fallend. Im aktuellen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 51 Fälle, das entspricht -18,6 % zum Dezember 2010. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume der Regelinsolvenzen der Unternehmen ergaben

sich -7,0 %. Der Trend im letzten Jahr war bei den gesamten Insolvenzen leicht fallend, bei den Unternehmen stark fallend.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft wurden, erfasst, lag im Monat Dezember 2011 bei 111,3. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Dezember 2010 und dem Dezember 2011, ergab sich damit ein Wert von +2,1 %, im November 2011 lag er bei 2,6 %. Während die Preise für Energie und Nahrungsmittel, Pauschalreisen und Bekleidung überdurchschnittlich stiegen, verringerten sie sich bei Gemüse und Obst stark bzw. wenig stark. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate stieg seit Mitte des Jahres 2009 streng linear an.

— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes
Veränderung Januar 2009, Januar 2010 (siehe Abbrüche innerhalb der Grafiken)



Wirtschaft im Überblick **Dezember 2011****Berlin**

(Basis: Originalwerte, Stand vom 22. Mai 2012)

Merkmal	Einheit	Dezember 2011		Januar bis Dezember 2011		Dezember 2011
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
			%		%	
Frühe Indikatoren ↗						
Verbraucherpreisindex						
Gesamtindex.....	2005 ± 100	111,8	2,2	110,5	2,4	↑
Auftragseingang						
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1, 2}	2005 ± 100	104,2	-2,1	119,2	9,2	↘
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	150,9	18,6	151,6	6,7	↑
Baugenehmigungen.....	Anzahl	166	31,7	179,8	19,6	↑
Gegenwärtige Indikatoren ↘						
Umsatz						
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	2 056,7	-4,1	1 922,1	4,5	↗
Stromerzeugung (Brutto).....	GWh	957,0	-14,2	682,9	-6,0	↘
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	235,7	33,9	171,0	13,7	↑
Einzelhandel - Umsatz nominal ^{4, 5}	2005 ± 100	148,2	2,1	118,8	3,0	↗
Einzelhandel - Umsatz real ^{4, 5}	2005 ± 100	145,2	1,6	115,6	1,9	↘
Großhandel - Umsatz nominal ⁵	2005 ± 100	140,2	7,1	127,0	6,3	↗
Großhandel - Umsatz real ⁵	2005 ± 100	128,4	5,2	115,3	1,1	↗
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁵	2005 ± 100	116,6	2,4	120,8	3,6	↓
Gastgewerbe - Umsatz real ⁵	2005 ± 100	104,2	0,6	108,4	2,1	↘
Gästekünfte.....	1 000	749,4	15,6	822,2	9,0	↑
Gästeübernachtungen.....	1 000	1 616,5	16,5	1 863,3	7,5	↑
Außenhandel						
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1 053,3	9,2	1 057,5	3,2	↗
davon nach EU.....	Mill. EUR	548,9	28,4	487,0	3,4	↑
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	864,5	0,4	840,8	4,2	↗
Produktion						
(Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹						
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten).....	EUR	25 101	-6,5	23 727,2	-0,1	↘
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	3 941	1,2	3 982,0	3,1	↗
Späte Indikatoren ↑						
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen						
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen	Anzahl	453	293,9	1 243,3	-4,8	↗
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	48	-48,9	157,8	5,0	↘
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	671	3,4	638,0	-3,2	↘
davon Unternehmen.....	Anzahl	124	-3,9	115,4	-11,7	↘
Beschäftigte						
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	1 000	81,9	3,8	81,0	4,6	↗
Bauhauptgewerbe ³	1 000	11,4	4,9	11,0	6,4	↗
Einzelhandel ^{4, 5}	2005 ± 100	114,2	0,5	111,7	0,5	→
Großhandel ⁵	2005 ± 100	113,9	0,4	113,3	1,8	→
Gastgewerbe ⁵	2005 ± 100	87,3	2,2	85,4	0,5	↘
Arbeitsmarkt						
Arbeitslose.....	Anzahl	212 903	-2,6	228 862	-1,1	↘
Arbeitslosenquote (aller zivilen Erwerbspersonen).....	%	12,3	-3,9	13,3	-2,4	↘
offene Stellen.....	Anzahl	17 076	54,0	13 539,3	35,8	↑

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 einschl. Tankstellen aber ohne KFZ

5 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p

1 % ≤ p < 10 %

-1 % < p < 1 %

-10 % < p ≤ -1 %

p ≤ -10 %

↑

↗

→

↘

↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p

1 % ≤ p < 2 %

-1 % < p < 1 %

-2 % < p ≤ -1 %

p ≤ -2 %

↑

↗

→

↘

↓

Brandenburg

(Basis: Originalwerte, Stand vom 8. Mai 2012)

Merkmal	Einheit	Dezember 2011		Januar bis Dezember 2011		Dezember 2011
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Trend-Konjunktur- Komponente Veränderung zum Vorjahresmonat
			%		%	
Frühe Indikatoren						
Verbraucherpreisindex						↑
Gesamtindex.....	2005 ± 100	111,3	2,1	110,0	2,1	↑
Auftragseingang						
Auftragseingangsindex Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ^{1, 2}	2005 ± 100	243,1	42,7	180,8	20,4	↑
Bauhauptgewerbe ³	Mill. EUR	143,4	2,7	158,7	9,3	↘
Baugenehmigungen.....	Anzahl	617	24,6	679,7	16,4	↑
Gegenwärtige Indikatoren						
Umsatz						↗
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe (Gesamtumsatz) ¹	Mill. EUR	1 941,4	13,2	1 901,3	14,3	↑
Stromerzeugung (Brutto).....	GWh	3 016,3	– 11,0	3 136,3	3,3	↗
Bauhauptgewerbe (Baugewerblicher Umsatz) ³	Mill. EUR	271,0	45,7	200,8	15,9	↑
Einzelhandel - Umsatz nominal ^{4, 5}	2005 ± 100	159,6	7,5	133,3	3,4	↗
Einzelhandel - Umsatz real ^{4, 5}	2005 ± 100	162,5	13,7	128,4	2,7	↗
Großhandel - Umsatz nominal ⁵	2005 ± 100	149,9	12,7	151,6	18,7	↑
Großhandel - Umsatz real ⁵	2005 ± 100	122,8	9,6	121,8	9,2	↗
Gastgewerbe - Umsatz nominal ⁵	2005 ± 100	105,3	1,4	107,4	– 0,7	→
Gastgewerbe - Umsatz real ⁵	2005 ± 100	94,3	– 0,4	96,7	– 2,2	↘
Gästeankünfte.....	1 000	213,9	3,9	337,8	4,4	↗
Gästeübernachtungen.....	1 000	558,2	5,6	921,4	3,4	↗
Außenhandel						
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	1 146,7	7,2	1 122,6	10,2	↗
davon nach EU.....	Mill. EUR	703,5	– 4,8	757,5	7,4	↘
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	1 657,0	33,1	1 539,9	27,3	↑
Produktion (Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe) ¹						
Produktivität (Umsatz je Beschäftigten).....	EUR	24 737	6,7	24 191,5	6,4	↘
Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer.....	EUR	2 795	– 0,4	2 814,0	0,3	→
Späte Indikatoren						
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen						↑
Saldo Gewerbean- und -abmeldungen	Anzahl	– 687	68,0	95,8	– 54,3	↓
darunter Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben.....	Anzahl	– 134	83,6	45,2	– 20,4	↑
Insolvenzen gesamt.....	Anzahl	460	– 7,1	477,0	– 6,6	↘
davon Unternehmen.....	Anzahl	51	18,6	52,4	– 7,0	↓
Beschäftigte						
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ¹	1 000	78,5	6,1	78,6	7,4	↗
Bauhauptgewerbe ³	1 000	16,7	3,1	16,2	2,9	↗
Einzelhandel ^{4, 5}	2005 ± 100	124,0	1,0	121,4	0,3	→
Großhandel ⁵	2005 ± 100	114,6	2,8	113,3	2,4	↗
Gastgewerbe ⁵	2005 ± 100	99,3	4,6	96,6	– 1,5	↗
Arbeitsmarkt						
Arbeitslose.....	Anzahl	135 896	– 3,9	143 180	– 4,0	↘
Arbeitslosenquote (aller zivilen Erwerbspersonen).....	%	10,2	– 3,8	10,7	– 4,0	↘
offene Stellen.....	Anzahl	10 021	29,6	10 202,8	18,8	↑

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex
(ausgewählte Wirtschaftszweige)3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20
und mehr Beschäftigten; Monatsberichtsreis

4 einschl. Tankstellen aber ohne KFZ

5 vorläufig

Legende

Alle Merkmale (außer Verbraucherpreisindex)

10 % ≤ p ↑
 1 % ≤ p < 10 % ↗
 -1 % < p < 1 % →
 -10 % < p ≤ -1 % ↘
 p ≤ -10 % ↓

Verbraucherpreisindex

2 % ≤ p ↑
 1 % ≤ p < 2 % ↗
 -1 % < p < 1 % →
 -2 % < p ≤ -1 % ↘
 p ≤ -2 % ↓

Die Zensus-Erhebungsstelle Berlin beendet ihre Arbeit

Aufbau, Datenschutz und Abschottung

Für die Durchführung des Zensus 2011 konnten die Bundesländer gemäß § 10 Zensusgesetz 2011 (ZensG 2011)¹ örtliche Erhebungsstellen eingerichtet. In Berlin wurde mit dem Aufbau eines neuen Standortes in Alt-Moabit im April und mit der Einrichtung der Erhebungsstelle als neue Organisationseinheit im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) im September 2010 begonnen. Die gesetzliche Grundlage hierfür war § 1 des Zensusausführungsgesetzes Berlin (Zensus AGBln)², wonach das Amt für Statistik als Landesamt für die Vorbereitung und Durchführung des Zensus zuständig und gleichzeitig die Erhebungsstelle für Berlin war. Im Vergleich zu den Brandenburger Erhebungsstellen gestaltete sich die Einhaltung der gesetzlich geforderten personellen, räumlichen und sachlichen Trennung von anderen Verwaltungsstellen in Berlin wesentlich

Am 31. Mai 2012 hat die Zensus-Erhebungsstelle Berlin ihre Arbeit beendet. Einundzwanzig Monate intensiver und abwechslungsreicher Arbeit liegen hinter den bis zu 97 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dieser Organisationseinheit des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg. Die Haushaltebefragung und die Befragung an Sonderanschriften wurden für den Zensus 2011 in Berlin von hier organisiert und durchgeführt.

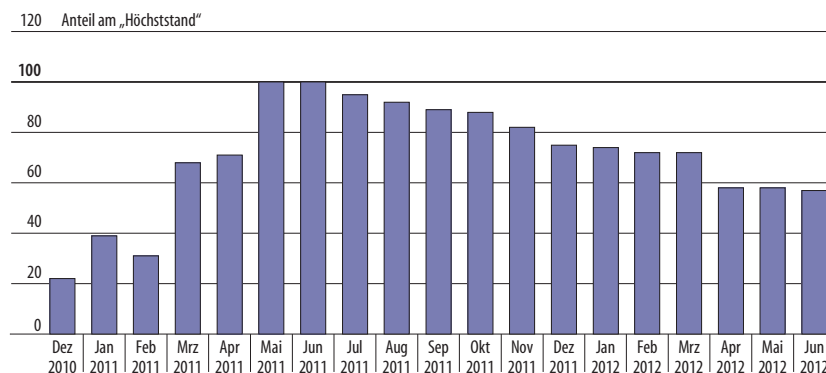
einfacher, da sich in Alt-Moabit keine anderen Behörden im selben Gebäude befanden und es die baulichen Voraussetzungen des Hauses im Spreebogen allein durch organisatorische Regelungen und den Tausch von Türschlössern ermöglichten, den unbefugten Zutritt zu sensiblen Bereichen des Zensusstandortes zu unterbinden. Es wurde ein funktionales Datenschutzkonzept für die Erhebungsstelle Berlin entwickelt. Die Prüfung der datenschutzrechtlichen Regelungen und Maßnahmen seitens der Datenschutzbeauftragten der Länder Berlin und Brandenburg blieb ohne Beanstandung.

In mehreren Einstellungswellen, die sich bis Ende März 2011 erstreckten, erfolgte ab Herbst 2010 die personelle Ausstattung der Erhebungsstelle Berlin (siehe Abbildung 1). Einher ging zunächst die Schulung der neuen Kolleginnen und Kollegen in Fragen des Datenschutzes und der Verhaltensregeln am Zensusstandort des AfS Berlin-Brandenburg. Die Schulung und Einarbeitung in die fachlichen, organisatorischen und technischen Zusammenhänge der von der Erhebungsstelle Berlin zu betreuenden primärstatistischen Erhebungen der Haushaltebefragung, der Befragung in Sonderbereichen, der Wiederholungsbefragung sowie in die speziell hierfür entwickelten Softwaremodule waren weitere Grundbedingungen für den erfolgreichen Arbeitseinsatz.

Erhebungsbeauftragte – das Bindeglied zur Bevölkerung

Für die Befragung der Haushalte und der Bewohner an Anschriften mit Sonderbereichen wurde vom Gesetzgeber in § 11 ZensG 2011 der Einsatz von Erhebungsbeauftragten vorgesehen, eine zur ordnungsgemäßen Durchführung von statistischen Erhebungen seit Jahrzehnten bewährte Praxis in der amtlichen Statistik. Insgesamt wurden für die Zensusdurchführung in Berlin 1885 Erhebungsbeauftragte angeworben, rund 400 wurden hiervon durch die Behördenverpflichtung entsandt. Letztendlich belief sich die Zahl der tatsächlich eingesetzten Erhebungsbeauftragten auf 1625, die Zahl der wirklich durch ihre jeweiligen Dienstbehörden verpflichteten Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes reduzierte sich auf 26.

Abb. 1 Personal der Erhebungsstellen Berlin
Index Mai 2011^Δ=100



¹ Gesetz über den registergestützten Zensus im Jahre 2011 (Zensusgesetz 2011 – ZensG 2011) vom 8. Juli 2009 (BGBl. I S. 1781).

² Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011 im Land Berlin (Zensusausführungsgesetz Berlin – ZensusAGBln) vom 1. Dezember 2010 (GVBl. S. 536).

Tab. 1 **Briefversandfälle der Erhebungsstelle Berlin für die Haushaltebefragungen im Rahmen des Zensus 2011**

Versandart	Haushaltsstichprobe	Wiederholungsbefragung	Befragung an Sonderanschriften	Insgesamt
Erstversand.....	13 027	258	2 460	15 745
Erinnerung.....	13 595	129	1 495	15 219
Heranziehung.....	18 363	1 618	1 821	21 802
Festsetzung.....	2 736	–	–	2 736
Zwangsgeldverfahren	950	–	–	950
Insgesamt	48 671	2 005	5 776	56 452

Für den Großteil der Interessierten fanden im Februar und März 2011 vorab insgesamt 27 Informationsveranstaltungen statt. Diese hatten zum einen das Ziel, die Bedingungen und das Ausmaß der Aufgabe transparent zu machen, um die Zahl der Absagen in der Hochphase des Erhebungsgeschäftes möglichst gering zu halten. Zum anderen wurde über die persönliche Vorstellung hinaus mit einem Test die Eignung der Bewerberinnen und Bewerber geprüft.

Ab April 2011 fanden dann insgesamt 40 Schulungsveranstaltungen für die Erhebungsbeauftragten statt. In diesem Rahmen erfolgten auch die Verpflichtung und Übergabe der Erhebungsunterlagen. Diese umfassten jeweils Fragebogen, Informationsmaterial und Hilfsmittel zur Befragung von etwa 100 Personen. Die Unterlagen waren in einem versiegelten Pappkoffer verpackt. Einige Schulungsteilnehmerinnen und Teilnehmer verließen den Zensusstandort bei Schulungsende auch mit zwei Pappkoffern und damit rund 16 kg „Handgepäck“. Dies entsprach allerdings nicht dem Normalfall, sondern war Folge des Wunsches seitens des Erhebungsbeauftragten, möglichst viele und große Arbeitsbezirke zu bearbeiten, um entsprechend hohe Aufwandserstattungen zu erhalten.

Früher als erwartet, nämlich bereits sieben Tage nach dem Stichtag, brachten die ersten Erhebungsbeauftragten die Unterlagen von abgeschlossenen Erhebungsbezirken zurück. Die Rückgabe der letzten Unterlagen der Haushaltsstichprobe dauerte nach dem fulminanten Start allerdings länger als erwartet. Rund 95 % der Erhebungsbezirke waren Mitte Juli 2011 von den Interviewerinnen und Interviewern bearbeitet, aber der hundertprozentige Rücklauf konnte erst im Januar 2012 vermeldet werden. Dies war Folge von erst spät im Rahmen der Stichprobennachziehung begangenen Anschriften, Erhebungsproblemen vor Ort oder auch individuellen Verzögerungen durch Erhebungsbeauftragte.

Primärstatistisches Erhebungsgeschäft

Insgesamt waren für die Haushaltstichprobe an 7 886 Anschriften sowie an 1 862 Anschriften mit Sonderbereichen Befragungen durchzuführen, hin-

zu kamen noch die Wiederholungsbefragungen an 390 Anschriften. Dort lebten zum Stichtag laut Melderegister 199 801 Personen. Trotz der bei fast 70 % liegenden Interviewquote mussten für die Existenzfeststellung im Rahmen des Zieles 1 des Zensus 2011 – Ermittlung der amtlichen Einwohnerzahl – und die Durchsetzung der Auskunftspflicht noch mehrere Versandwellen, Erinnerungsschreiben, Heranziehungs-, Festsetzungsbescheide und Vollstreckungsverfahren vollzogen werden (siehe Tabelle 1).

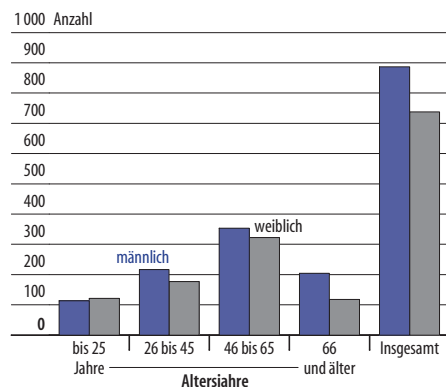
Zum Abschluss der Feldarbeit Ende April 2012 konnte im Rahmen der Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis in Berlin bei rund 500 Personen die Auskunftspflicht nicht durchgesetzt werden. Die Existenz dieser Auskunftspflichtigen wurde aber zweifelsfrei festgestellt, so dass sie in das Hochrechnungsverfahren des Zensus 2011 zur Ermittlung der neuen Bevölkerungszahl Berlins eingehen.

Kommunikation mit Auskunftspflichtigen

Vor dem Beginn der Feldphase ab dem 9. Mai 2011 stellte sich die Erhebungsstelle auf eine große Menge von Nachfragen und Beschwerden ein, die das Haus per Telefon, Post oder E-Mail erreichen würden. Auf den Einsatz eines Callcenters – wie in der Gebäude- und Wohnungszählung bewährt – wurde aufgrund des Einsatzes der Erhebungsbeauftragten, die ja auch als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Befragten fungierten, verzichtet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Erhebungsstelle Berlin bekamen aber eine spezielle Unterweisung in der Kommunikation am Telefon, um den angemessenen Umgang mit schwierigen Anrufern zu erlernen. Die Mehrzahl der Nachfragen von Auskunftspflichtigen erfolgte dann auch tatsächlich telefonisch. Die Zahl der postalisch vorgebrachten Einwände und Informationswünsche belief sich bei der Haushaltebefragung auf rund 250 und bei der Befragung an Sonderanschriften auf 50 Fälle.

Für die Beantwortung von E-Mails wurde ein Ticketsystem (Open Ticket Request System = OTRS) eingerichtet. Die Vorteile sind hier, dass der Auskunftssuchende sofort eine automatisch generierte Eingangsbestätigung erhält, die einzelnen Anfragen besser an die Erhebungsstellenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zur Bearbeitung übergeben werden können sowie Arbeitsstände der einzelnen Vorgän-

Abb. 2 **Eingesetzte Erhebungsbeauftragte beim Zensus 2011 in Berlin nach Altersgruppen und Geschlecht**



Tab. 2 **Fragebogenrücklauf im Eingangsverarbeitungszentrum am Zensusstandort Berlin**

Bundesland	Gebäude- und Wohnungszählung	Haushaltbefragung	Befragung an Sonderanschriften	Wiederholungsbefragung	Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten ¹	Insgesamt
Berlin.....	219 200	154 300	43 150	4 000	x	420 650
Brandenburg	449 750	272 700	32 200	11 550	35 050	801 250
Insgesamt	668 950	427 000	75 350	15 550	35 050	1 221 900

¹ Die Befragung zur Klärung von Unstimmigkeiten wurde nur in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern durchgeführt und entfiel daher in Berlin.

Diese Belege wurden mit Kurierdienst von den Brandenburger Erhebungsstellen angeliefert und mussten im EVZ nicht die Brieföffnung und Sortierung durchlaufen.

ge automatisch erzeugt werden. Gleichzeitig wurde durch das OTRS die Möglichkeit unterbunden, den Mailserver des AfS von außen mit Spam-Mails außer Betrieb zu setzen. Für die Bearbeitung der erwarteten E-Mailanfragen bereitete die Erhebungsstelle Berlin Textbausteine rund um das Thema Zensus 2011 vor, um Anfragen möglichst schnell abzuschließen. Tatsächlich lag die Zahl der Auskunftersuchen über das OTRS jedoch nur bei knapp über 1 300.

Eingangsverarbeitungszentrum

Für den Zensus 2011 wurde am Standort Alt-Moabit für alle Papierfragebogen der primärstatistischen Erhebungsteile der Länder Berlin und Brandenburg ein Eingangsverarbeitungszentrum (EVZ) aufgebaut. Organisatorisch war das EVZ Bestandteil der Erhebungsstelle Berlin. Hier wurden die am Zensusstandort eingehende Post geöffnet, die Belege sortiert, ggf. den Fachbereichen zur Registrierung und Prüfung übersandt, die Fragebogenheftungen für die Belegung abgeschnitten, das Einscannen vollzogen und die Fragebogen abschließend im Archiv so eingelagert, dass auch ein nachträglich notwendiges Auffinden des einzelnen Beleges jederzeit möglich war. Die Belege der Haushaltebefragung Brandenburgs und der Befragung an Sonderanschriften Brandenburgs wurden per Kurierdienst von den dortigen 30 Erhebungsstellen ebenfalls ins EVZ überstellt, dort aber nur noch geschnitten, beleggelesen und archiviert.

In der Spitzenzeit von Mai bis August 2011 waren im EVZ 35 Kolleginnen und Kollegen tätig. Das bewältigte Arbeitsvolumen kann der Tabelle 2 entnommen werden.

Fragebogenvernichtung und Datenaufbereitung folgen

Mit dem 31. Mai 2012 endete die Tätigkeit der Erhebungsstelle Berlin zwei Monate nach dem ursprünglich geplanten Termin. Die Erhebungsarbeiten für den Zensus 2011 sind damit erfolgreich abgeschlossen.

Die datenschutzgerechte Fragebogenvernichtung, die Aktenarchivierung und die noch ausstehenden Arbeiten für die Aufbereitung der erhobenen Daten wie z. B. Berufecodierung und Plausibilisierung werden von Kolleginnen und Kollegen des Teilprojekts Haushaltebefragung und Befragung an Sonderanschriften am Zensusstandort und – falls notwendig – nach dem 30. November 2012 an den Stammhäusern des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg vollzogen.

Autor: Olaf Burkhardt

Erhebungsstellen des Zensus 2011 im Land Brandenburg

Ein kurzer Rückblick

Aufbau, Datenschutz und Abschottung

Um die im Zensusgesetz 2011 (ZensG 2011)¹ und Brandenburgischen Zensusausführungsgesetz (Zensus-AGBbg)² beschriebenen Aufgaben zu erfüllen, wurden

Nach über einem Jahr aktiver und sehr erfolgreicher Erhebungstätigkeit wurden die Erhebungsstellen des Zensus 2011 im Land Brandenburg zum 31. Mai 2012 geschlossen. Im Gegensatz zu den Berliner Erhebungsstellen waren die Brandenburger dezentral und in Verantwortung der kreisfreien Städte und Landkreise organisiert.

zum 1. Oktober 2010 durch die kreisfreien Städte und Landkreise im Land Brandenburg insgesamt 30 Erhebungsstellen eingerichtet. Zur größtmöglichen Flächenabdeckung wurde pro kreisfreier Stadt bzw. Landkreis mindestens eine Erhebungsstelle gebildet. Die Betriebsdauer war zunächst bis zum 31. März 2012 befristet. Aufgrund von Zeitverzögerungen im Zensusprojekt wurde die Tätigkeit der Erhebungsstellen bis zum 31. Mai 2012

verlängert. Dabei wurde in einigen Kreisen die Anzahl der Standorte durch Zusammenlegungen von Erhebungsstellen verringert.

Die Erhebungsstellen waren als eigene Verwaltungseinheiten aufgestellt und somit räumlich, personell und organisatorisch vom übrigen Verwaltungsvollzug der Gebietskörperschaften abgeschiedet. Auf diese Weise wurden zum einen die hohen Datenschutzanforderungen umgesetzt, zum anderen wurde das gesetzlich geforderte Rückspielverbot von Daten an die liefernden Verwaltungsregister konsequent eingehalten.

Fachlich wurden die 30 Erhebungsstellen vom Teilprojekt „Betreuung Erhebungsstellen Brandenburg“ im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg angeleitet und unterstützt.

In den regelmäßigen Beratungen mit den Leitungen der Erhebungsstellen wurden zusammen mit den Vertretern des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg, der Landesbeauftragten für Datenschutz und das Recht auf Akteneinsicht und den kommunalen Spitzenverbänden die wesentlichen Grundlagen der Arbeit der Erhebungsstellen

abgestimmt. Als Beispiele sind hier Personalanforderungen, zentrale IT-Ausstattung durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, sowie die zu erlassende Dienstweisung nebst integriertem Maßnahmenkatalog zum Sicherheitskonzept zu nennen.

Primärstatistisches Erhebungsgeschäft

Die Hauptaufgaben der Erhebungsstellen waren die Durchführung der „Haushaltebefragung auf Stichprobenbasis“, der „Erhebungen an Anschriften mit Sonderbereichen“ und der „Begehungen bei Antwortausfällen im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung“. Im Rahmen der „Befragung zu Klärung von Unstimmigkeiten“ wurden primärstatistische Rückfragen, die sich aus den zuvor genannten Erhebungsteilen ergaben, geklärt.

Die praktische Erhebungstätigkeit geschah durch ehrenamtliche Erhebungsbeauftragte, welche von den Erhebungsstellen akquiriert, geschult und während ihrer Tätigkeiten betreut wurden.

Im Land Brandenburg waren insgesamt 4 400 Erhebungsbeauftragte im Einsatz. Die Hauptphasen der Erhebung erstreckten sich von Mai bis Oktober 2011 sowie von März bis Mai 2012. Die Erhebungsbeauftragten haben so erfolgreiche Arbeit geleistet, dass die Erhebungsstellen weit weniger schriftliche Mahnungen zur Durchsetzung der Auskunftspflicht einleiten mussten als zunächst angenommen. Die Erhebungsbeauftragten haben 75 % der insgesamt über 350 000 Auskunftspflichtigen an rund 97 000 Anschriften in persönlichen Interviews befragt. Etwa 20 000 Auskunftspflichtige nutzten die Möglichkeit, ihre Fragebogen online auszufüllen. Bei nur 462 Auskunftspflichtigen wurde ein Zwangsgeld verhängt, um die Auskunftspflicht durchzusetzen.

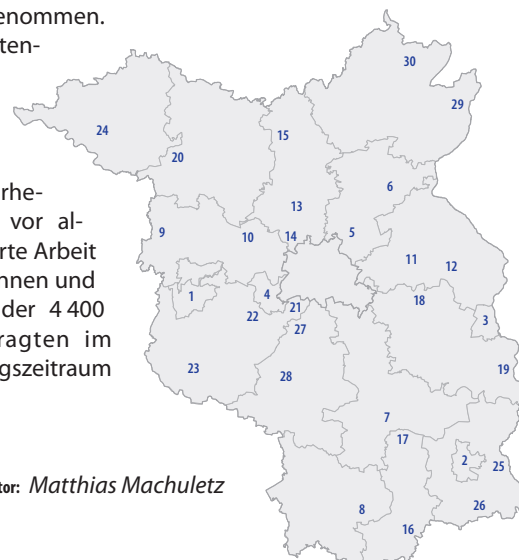
Innerhalb von nur 4 Wochen wurden 25 000 Anschriften im Rahmen der Begehungen bei Antwortausfällen in der Gebäude- und Wohnungszählung in Augenschein genommen.

Somit wird die Datenqualität des Gebäudebestandes verbessert.

Die erfolgreiche Tätigkeit der Erhebungsstellen geht vor allem auf die motivierte Arbeit der 137 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der 4 400 Erhebungsbeauftragten im gesamten Erhebungszeitraum zurück.

Erhebungsstellen in Brandenburg

- 1 Brandenburg a. d. Havel
- 2 Cottbus
- 3 Frankfurt (Oder)
- 4 Potsdam
- 5 Bernau bei Berlin
- 6 Eberswalde
- 7 Lübben (Spreewald)
- 8 Finsterwalde
- 9 Rathenow
- 10 Nauen
- 11 Strausberg
- 12 Seelow
- 13 Oranienburg
- 14 Hennigsdorf
- 15 Gransee
- 16 Senftenberg
- 17 Lübbenau (Spreewald)
- 18 Fürstenwalde (Spree)
- 19 Eisenhüttenstadt
- 20 Kyritz
- 21 Teltow
- 22 Werder (Havel)
- 23 Bad Belzig
- 24 Perleberg
- 25 Forst (Lausitz)
- 26 Sellesen
- 27 Ludwigsfelde
- 28 Luckenwalde
- 29 Schwedt (Oder)
- 30 Prenzlau



Autor: Matthias Machuletz

1 Gesetz über den registriergestützten Zensus im Jahre 2011 (Zensusgesetz 2011 – ZensG 2011) vom 8. Juli 2009 (BGBl. I S. 1781).

2 Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011 im Land Brandenburg (Brandenburgisches Zensusausführungsgesetz – ZensusAGBbg) vom 22. September 2010 (GVBl. I/10, [Nr. 29]).

Die Bedeutung und Auswirkungen der Fehlerrechnung auf Ergebnisse des Mikrozensus bei kleinräumigen Verwaltungseinheiten am Beispiel des Landes Brandenburg

Diese Arbeit hat zum Ziel, den Fehler der Stichprobenerhebung des Mikrozensus zu erfassen und zu analysieren. Eine Fehlerrechnung für Deutschland wurde schon durchgeführt. Der Beitrag zielt dabei auf die Möglichkeiten der geografischen Regionalisierbarkeit der Daten und der Entwicklung des Fehlers für regionalisierte Ergebnisse. Dabei wird geklärt, welche Schätzer und welche Methodik dem Mikrozensus zugrunde liegen. Um also dem Thema der Arbeit gerecht zu werden, müssen einige Fragen beantwortet werden: Sind Hochrechnungen für tief gegliederte Daten auch bei regionaler Gliederung fehlerbehaftet? Wie wirkt sich eine Gliederung in regionaler und fachlicher Richtung gleichzeitig aus? Ist das Hochrechnungsfahren und die damit verbundene Fehlerrechnung in untergliederten regionalen Einheiten, gerade in Brandenburg, noch nutzbar? Welche Unterteilungen der Bevölkerung gilt es zu berücksichtigen und wie ist deren Einfluss auf die Fehlerrechnung?

Viele Regierungsentscheidungen in Deutschland, vor allem in Bezug auf Finanzen, Förderprogramme, städtebauliche Maßnahmen u.a., werden bestimmt durch die Anzahl von Menschen in einer Region oder der Anzahl von Personen mit einer gewissen Eigenschaft. Da aber, vor allem aufgrund des Datenschutzes, nicht alle Bevölkerungszahlen bekannt und jährliche Erhebungen wegen des finanziellen Aufwandes nicht durchführbar sind, wurde der deutsche Mikrozensus ins Leben gerufen. Der Mikrozensus ist eine gesetzlich geregelte Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte.

Die statistische Erhebung des Mikrozensus hat das Ziel, in regelmäßigen Abständen Eck- und Strukturdaten über verschiedene Bevölkerungsaspekte zu veröffentlichen. Es werden Informationen über die

- wirtschaftliche und soziale Lage,
- schulische und berufliche Qualifikation,
- Erwerbsbeteiligung,
- Gesundheit,
- Wohnsituation sowie
- Haushalts- und Familienstruktur der Bevölkerung bereitgestellt.

Vor allem die Regierung, die Wissenschaft, aber auch die Öffentlichkeit, hat einen hohen Nutzen

an den Mikrozensusergebnissen. Wie man weiß, werden immer wieder Statistiken zur Arbeitskräfteverteilung in den einzelnen Wirtschaftszweigen sowie auch zum Bildungsniveau in verschiedenen Altersklassen erfragt. Jedoch gibt es neben dieser fachlichen Gliederungstiefe auch sehr viele regional spezifizierte Anfragen. Tief regionalisierte Daten werden zur Erstellung von Vorhersagen und für die Finanzzuweisung benötigt. Außerdem sind sie notwendig, um regionale Besonderheiten (vor allem) zu Entscheidungen der Infrastruktur zu berücksichtigen und verschiedenste Prognosen zu erstellen. In der

Statistik ist es, um repräsentative Aussagen zu treffen, notwendig, einen gewissen Stichprobenumfang sowie auch eine möglichst zufällige Auswahl der Befragten sicherzustellen. Mit zunehmender fachlicher Gliederungstiefe nimmt aber das Regionalisierungspotenzial der Daten ab, da die Stichproben in beiden Fällen künstlich verkleinert werden und somit der Stichprobenfehler steigt.

Werden Daten für ganz Brandenburg erfragt, so sind diese Anfragen recht schnell zu bearbeiten und es ergeben sich hier selten Probleme. Auch spezifizierte Anfragen werden mit Hinweisen zur Genauigkeit in fachlicher Tiefe veröffentlicht. Für einzelne Regionen von Brandenburg werden von der amtlichen Statistik Informationen zur sozialen Lage, der Wohnsituation und der Familienstruktur herausgegeben. Wird allerdings eine gewisse Bevölkerungszahl unterschritten, so hat man stets dem Unsicherheitsfaktor nachgegeben und die Anfragen abgelehnt. Es gab bislang keine vorgegebene Grenze für dieses Vorgehen, es wurde nur von der einfachen Prämisse ausgegangen, dass unter 5000 Fällen nicht veröffentlicht wird. Ein solches Vorgehen ist jedoch nur unzureichend wissenschaftlich und mathematisch untermauert.

Diese Arbeit hat zum Ziel, den Fehler der Stichprobenerhebung des Mikrozensus zu erfassen und zu analysieren. Eine Fehlerrechnung für Deutschland wurde schon durchgeführt. Der Beitrag zielt dabei auf die Möglichkeiten der geografischen Regionalisierbarkeit der Daten und der Entwicklung des Fehlers für regionalisierte Ergebnisse. Dabei wird geklärt, welche Schätzer und welche Methodik dem Mikrozensus zugrunde liegen. Um also dem Thema der Arbeit gerecht zu werden, müssen einige Fragen beantwortet werden:

- Sind Hochrechnungen für tief gegliederte Daten auch bei regionaler Gliederung fehlerbehaftet?
- Wie wirkt sich eine Gliederung in regionaler und fachlicher Richtung gleichzeitig aus?
- Ist das Hochrechnungsfahren und die damit verbundene Fehlerrechnung in untergliederten regionalen Einheiten, gerade in Brandenburg, noch nutzbar?
- Welche Unterteilungen der Bevölkerung gilt es zu berücksichtigen und wie ist deren Einfluss auf die Fehlerrechnung?

Werden Statistiken wie der Mikrozensus angefertigt, so haben sie als Ziel, aufschlussreiche Informationen über die erhobenen Bereiche zu liefern. Um das zu bewerkstelligen, werden die erhobenen Personen

oder Vorgänge in der Stichprobe als eine Einheit aufgefasst, welche mehrere Personen oder Vorgänge mit den gleichen Eigenschaften repräsentieren. Die Hochrechnung soll genau das erreichen. In einer Stichprobe, welche 10 % der Personen in der Grundgesamtheit N erfasst, steht jede Person für 10 Personen mit der gleichen Eigenschaft in der Grundgesamtheit. Wird genau 1 % erfasst, so repräsentiert die erhobene Person 100 Menschen mit diesen Eigenschaften. Normale Erhebungen von Umfrage- und Erhebungsinstituten erfassen meist einen sehr viel kleineren Anteil, wenn man die gesamte deutsche Bevölkerung als Grundgesamtheit voraussetzt. Jedoch werden meist nur gezielt die Personen rausgesucht, welche von vornherein ein gewisses Eigenschaftsmuster erfüllen, beispielsweise Käufer eines bestimmten Produktes im Supermarkt oder Wähler in einem bestimmten Wahlkreis. Damit ist es eigentlich nicht möglich, eine genaue Hochrechnung für die gesamte Bevölkerung Deutschlands aufzustellen. Der Mikrozensus erfasst Personen unabhängig von Eigenschaften zufällig mit gewissen Restriktionen an die Auswahlmethodik. Damit hat der Mikrozensus drei Eigenschaften, welche ihn wesentlich genauer machen, als Erhebungen privater Erhebungsinstitute:

- Es wird die gesamte Bevölkerung als 1%-Stichprobe erfasst, es werden keine einzelnen regional oder fachlich getrennten Gruppen erfasst.
- Es liegt Antwortpflicht vor, eine Freiwilligkeit würde beeinflussbar sein durch die jeweilige soziale Schicht und es gäbe sogar die Möglichkeit der Manipulierbarkeit.
- Der Mikrozensus wird staatlich geregelt und betreut und unterliegt europäisch einheitlichen Standards.

Wird eine Stichprobe an die Grundgesamtheit hochgerechnet, so können verschiedene Verfahren angewendet werden, um zum einen die Hochrechnung trotz teilweise geringem Auswahlatz recht genau zu machen und zum anderen gewisse Antwortausfälle auszugleichen. Eine Hochrechnung basiert auf Schätzfunktionen, welche anhand des Auswahlatzes und weiterer Eigenschaften ein möglichst repräsentatives Abbild der Gesamtheit aus der Stichprobe erschaffen. Das Ergebnis der Hochrechnung ist der nach den Merkmalswerten gegliederte Totalwert. Dieser kann als Gesamtpopulation einer gewissen Bevölkerungsgruppe oder einer fachlich oder regional abgegrenzten Personengruppe aufgefasst werden. Allerdings gibt es immer eine gewisse Wahrscheinlichkeit, in der Hochrechnung einen Fehler zu machen. Hier wird der Zufallsfehler und der systematische Fehler unterschieden. Zufallsfehler sind Abweichungen vom Mittelwert, welche aber berechenbar sind. Nimmt man als Beispiel die Stadt Frankfurt (Oder), und nimmt man an, man erfasst in einer 1%-Stichprobe einen Goldschmied, dann würde die Hochrechnung ein Vorkommen von 100 Goldschmieden in Frankfurt (Oder) ermitteln. Und da sicherlich keine 100 Goldschmiede in einer Stadt mit weniger als 100 000 Einwohnern existieren könnten, muss hier ein Fehler vorliegen. Deshalb gibt es zur Hochrechnung auch immer eine Fehlerrechnung. Die Fehlerrechnung gibt den Fehler an, welcher bei

einer Hochrechnung zu erwarten ist. Da allerdings der Fehler auch nicht genau bekannt ist, wird auch dieser mit einer Schätzfunktion geschätzt.

Der systematische Fehler entsteht durch Antwortausfälle oder durch Fehler der Erhebungsbeauftragten (Interviewer). Antwortausfälle werden hervorgerufen durch Verzögerungen bei der Teilnahme oder durch Verhinderungen der befragten Person. Fehler durch Erhebungsbeauftragte können viele Gründe haben. Im Mikrozensus kann die Befragung per Interview, per Telefongespräch oder aber schriftlich stattfinden. Werden nun beispielsweise bei der schriftlichen Teilnahme Daten des Antwortbogens falsch verstanden oder gelesen, so kommen diese Daten auch falsch in die Statistik. Da solche systematischen Fehler jedoch sehr selten vorkommen und kaum berechenbar sind, werden diese für die Hochrechnung vernachlässigt.

Im Mikrozensus wird der Standardfehler als Maß für den Zufallsfehler geschätzt und dieser genutzt, um ein Intervall zu finden, in dem mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit der gesuchte Totalwert der Grundgesamtheit X liegt. So befindet sich besagter Wert mit 95 % Wahrscheinlichkeit im Bereich des zweifachen Standardfehlers, dem sogenannten Konfidenzintervall, um den hochgerechneten Wert. Hat man also aus einer Bevölkerungsstichprobe einen gewissen Wert als Totalwert für ein bestimmtes Merkmal errechnet, so ist dieser nicht als festes Ergebnis der gesamten Bevölkerung anzusehen, sondern als eine Näherung. Nimmt man nun noch die vorhandenen Abweichungen der Werte vom Totalwert hinzu, kann man ein Intervall bestimmen, welches dann mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit den wahren Totalwert der gesamten Bevölkerung enthält.

In einer einfachen Zufallsstichprobe, in der beispielsweise von 1 000 Menschen 10 Personen völlig zufällig gezogen werden, ist dieses Intervall relativ leicht zu ermitteln. Eine solche Stichprobe ist aber für die Bevölkerungszahl von Deutschland zu kostenintensiv und muss durch verschiedene Verfahren verbessert werden [1; S. 1040].

Ein Verfahren ist die Unterteilung der Stichprobe in Auswahlbezirke, sogenannte Klumpen, welche als Stichprobe aufgefasst werden, und wenn ein Bezirk in die Stichprobe kommt, ist jedes Element des Auswahlbezirks in der Stichprobe. Die Klumpen werden dann nach ihrer Größe geschichtet.

Die „Designelemente“ Schichtung und Anordnung der Auswahlbezirke sowie Klumpung der Erhebungseinheiten in den Auswahlbezirken bilden zusammen den sogenannten Designeffekt. Mit Hilfe des Designeffekt-Faktors wird der Einfluss dieser Faktoren auf die Präzision von Erhebungsergebnissen gemessen. Er gibt das Verhältnis des Standardfehlers für ein Tabellenfeld unter Berücksichtigung von Schichtung und Klumpung zu einem Standardfehler an, wie er sich ergeben würde, wenn eine einfache Zufallsauswahl vorläge. Eine Schichtung der Stichprobe verringert meist den Stichprobenfehler und eine Klumpung erhöht diesen. Der mathematisch ermittelte Wert des Designeffekts hat Einfluss auf das Konfidenzintervall. Im Allgemeinen liegt der Designeffekt zwischen 1 und 2 und wird als Multiplikator an den Standardfehler im Konfidenzintervall gehängt.

Somit kann bei nicht vorhandenem Designeffekt das Konfidenzintervall im Vergleich zur Zufallsauswahl ohne Klumpung und Schichtung gleich bleiben, jedoch ein starker Designeffekt das Intervall verdoppeln.

Hochrechnung im deutschen Mikrozensus

Im deutschen Mikrozensus wird eine Kombination aus Schichtung und Klumpung für das Stichprobendesign verwendet. Um die 1%-Stichprobe zu erhalten, wurde ab 1990 als Auswahlgrundlage die Volkszählung 1987 in den alten Bundesländern und das Bevölkerungsregister Statistik in den neuen Bundesländern genutzt. Da gesetzlich vorgegeben nur die Zahl der Wohnungen und Personen, gegliedert nach Gemeinde, Straße und Hausnummer, verwendet werden konnten, wurden Haushalte in verschiedene Gebäudegrößenklassen unterteilt. Häuser mit bis zu vier Wohnungen wurden in sogenannten Auswahlbezirken mit zwölf Haushalten zusammengefasst, Häuser mit fünf bis zehn Wohnungen wurden zu eigenen Auswahlbezirken und Häuser mit mehr als zehn Wohnungen wurden in Auswahlbezirke aus jeweils sechs Wohnungen etagenweise unterteilt. Diese Auswahlbezirke bildeten somit jeweils einzelne Klumpen, welche nach ihrer Größe geschichtet wurden. Die drei Schichten stellen Gebäudegrößenklassen mit der oben genannten Unterteilung dar. Zusätzlich wurde eine Sonderschicht gebildet, bestehend aus vermuteten Gemeinschaftsunterkünften für die Fälle, dass ein bewohntes Gebäude keine Wohnung enthielt oder die Anzahl der in dem Gebäude wohnenden Personen mindestens $4(k+4)$ ($k \geq 1$: Zahl der Wohnungen des Gebäudes) betrug. Die Bevölkerung in der Sonderschicht wurde über die Anfangsbuchstaben der Familiennamen in Auswahlseinheiten mit der Richtgröße 15 Personen eingeteilt. Die höhere Klumpengröße in der ersten Schicht war notwendig, um Interviewerkosten zu sparen. Die Gebäude in dieser Schicht sind nämlich überwiegend in ländlichen Gebieten mit großem Wegaufwand für Interviewer vertreten. Die negative Auswirkung der höheren Klumpengröße auf die Nachweisgenauigkeit der Ergebnisse wird dadurch gemildert, dass die Streuung der Klumpengröße in dieser Schicht relativ kleiner ist als in anderen Schichten. Da die Klumpen der anderen Schichten vorwiegend in Städten mit dichterem Bebauung und kurzen Wegen vorkommen, machen sie sich bezüglich des Kostenaufwandes weniger bemerkbar.

Eine jährliche Aktualisierung der Auswahl erfolgt bisher über die Meldung der Bautätigkeitsstatistik in Deutschland. Mit einer gewissen Modifikation werden Gebäude nach den obigen Größenklassen in Auswahlbezirke unterteilt. Die Modifikation bewirkt, dass die Auswahlbezirke aus allen Gebäudegrößenklassen annähernd gleich groß sind. Sie werden dann in einer weiteren Schicht, der Neubauschicht, zusammengefasst. Die systematische Auswahl mit Zufallsstart erfolgte kontinuierlich über die Jahre hinweg, wobei die Auswahlbezirke primär nach Aktualisierungsjahr und sekundär nach regionalen Gesichtspunkten sortiert wurden. Der Zufallsstart wurde also nur einmal, im ersten Aktualisierungsjahr 1990, festgelegt. Neubaubezirke der Folgejahre wurden

einfach an die Kette der Neubaubezirke der Vorjahre angehängt. Rotationsviertel wurden ebenfalls systematisch mit Zufallsstart ermittelt.

Eine regionale Schichtung erfolgt anhand der NUTS-Regionen (Nomenclature des unités territoriales statistiques, Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik) der Europäischen Union und anhand der Bundesländer.

Die Hochrechnung für den Mikrozensus erfolgt seit 2005 quartalsweise, um schneller präzisere Ergebnisse zu liefern. Möglich ist die quartalsweise Hochrechnung durch die unterjährige Erhebungsform des aktuellen Mikrozensus. Durchgeführt wird die Hochrechnung in den jeweiligen Statistischen Landesämtern. Das genutzte Hochrechnungsverfahren ist gebunden an sogenannte Eckdaten der Bevölkerungsfortschreibung in Deutschland.

Die Methodik der Hochrechnung ist in [1] genau ausgeführt.

Die gebundene Hochrechnung passt sich an die Daten der laufenden Bevölkerungsfortschreibung an, von denen angenommen wird, dass sie korrekt sind. Die regionale Schichtung, die Einteilung in Gebäudegrößenklassen sowie deren Schichtung werden in der Fehlerrechnung berücksichtigt. Es ist bekannt, dass diese geschichtete Klumpung den Fehler der Hochrechnung erhöht. Doch gibt es einen Weg, die Designeffektelemente Schichtung und Klumpung schon in der Hochrechnung zu beachten? Aktuell gibt es dafür kein hinreichend untersuchtes Verfahren. Eine Möglichkeit wäre, ähnlich wie die Zusammenfassung der Personenhochrechnungsfaktoren zu Haushaltshochrechnungsfaktoren, jeden Auswahlbezirk einzeln hochzurechnen. Diese werden dann an die Eckdaten der einzelnen Schichten hochgerechnet und die jeweils gebundenen Hochrechnungen der einzelnen Schichten werden für jedes Bundesland zusammengefasst. Die Kompensation erfolgt auf zwei Ebenen, einmal zur Berücksichtigung der Antwortausfälle, zum anderen zur Sicherung der Repräsentativität der einzelnen Auswahlbezirke. Somit könnte schon bei der Hochrechnung beispielsweise die Untererfassung der Ausländer in einigen Regionen abgefangen werden. Die Durchführung einer solchen Hochrechnung hat jedoch einige Hindernisse. So ist es mit dem aktuellen Auswahlplan nicht möglich, Eckdaten der einzelnen Schichten genau zu erfassen. Diese müssten extern bezogen werden, jedoch wird die Schichtbildung intern für den Mikrozensus durchgeführt. Damit würde nur eine Vollerhebung ansatzweise Daten für diese Eckwerte liefern. Jede zeitliche Veränderung führt zu einer Änderung der gewünschten Daten und macht die gebundene Hochrechnung damit unmöglich. Ein weiteres Problem ist die Fehlerrechnung zu diesem Hochrechnungsverfahren. Die Hochrechnung wird unterteilt in mehrere Schritte und somit müsste auch die Fehlerrechnung einzeln für jeden dieser Schritte durchgeführt werden. Eine Fehlerrechnung würde dann nur auf den Auswahlbezirken innerhalb der Schichten basieren, was wiederum eine wesentlich kleinere Stichprobengröße simulieren würde. Die Haushalte innerhalb der Auswahlbezirke werden dabei vernachlässigt. Aus diesen Gründen ist genanntes Verfahren nicht durchführbar.

Die Fehlerrechnung für den deutschen Mikrozensus

Ein Stichprobenumfang von 1 % der Haushalte soll dem Mikrozensus eine differenzierte Analyse auch von kleinen Bevölkerungsgruppen ermöglichen. Die Abnehmer der Erhebung in Politik und Wirtschaft verlassen sich auf Mikrozensusergebnisse wegen des hohen Auswahlgesetzes sowie des geringen Unit-Non-response. Die Fehlerrechnung einer Erhebung wie dem Mikrozensus unterscheidet Stichprobenfehler und systematische Fehler ("non sampling error"). Der Stichprobenfehler wird umso größer, je kleiner der Auswahlgesetz bzw. Stichprobenumfang ist. Der systematische Fehler steigt mit zunehmendem Stichprobenumfang sowie mit zunehmender Komplexität des Fragenprogramms (vgl. [6], S. 174). Systematische Fehler können beispielsweise durch Befragungsausfälle, Erinnerungsfehler, Untererfassung und Codierfehler entstehen. Hier soll jedoch nur der Stichprobenfehler berücksichtigt werden (siehe oben).

Populationsschätzungen werden nach regionalen und fachlichen Faktoren gegliedert. Eine fachliche Gliederung erhält nach der allgemeinen Fehlerrechnung durch das Statistische Bundesamt eine untere Grenze der Besetzungszahlen für die Bundesländer von 5 000 Personen. Das heißt, wenn eine fachlich spezifizierte Anfrage 50 Fälle in der Stichprobe unterschreitet, werden die Zahlen wegen eines zu großen Fehlerisikos nicht herausgegeben. Tabellenfelder mit Werten zwischen 5 000 und 10 000 werden wegen ihrer eingeschränkten Aussagekraft geklammert. Jedoch gibt es neben dieser fachlichen Gliederungstiefe auch sehr viele regional spezifizierte Anfragen. Werden nun allerdings Daten benötigt, die hinsichtlich beider Eigenschaften stark spezifiziert sind, ergeben sich große Risiken. So nimmt mit zunehmender fachlicher Gliederungstiefe das Regionalisierungspotenzial der Daten ab, da die Stichproben in beiden Fällen künstlich verkleinert werden und somit der Stichprobenfehler steigt.

Der aktuelle Mikrozensus basiert nicht mehr auf einer festgelegten Berichtswoche im Jahr. Die Stichprobe wird seit 2005 auf alle Wochen des Jahres verteilt. Die Vorteile sind saisonale Unabhängigkeit der Einkommens- und Erwerbssituation und der geringere Personalaufwand gegenüber einer Kompletterhebung in einer einzelnen Woche im Jahr. Ein weiterer Vorteil ist die unterjährige Verfügbarkeit der Daten. Aktuell werden die Ergebnisse des Mikrozensus, quartalsweise gebunden an bestimmte Fristen, von den Statistischen Landesämtern an das Statistische Bundesamt übermittelt und dieses veröffentlicht die anonymisierten Daten dann spätestens 90 Tage nach Ende des interessierenden Quartals. Das hat jedoch Nachteile in Bezug auf die Fehleranfälligkeit zur Folge. So wird die Hochrechnung auf Basis von nur einem Viertel der gesamten Daten durchgeführt und damit sinkt die Ziehungswahrscheinlichkeit einer Person auf 0,25 %. Auch die Fehlerrechnung berücksichtigt die Unterjährigkeit.

Im Mikrozensus wird neben einer gebundenen Hochrechnung und der dazugehörigen Fehlerrechnung grundsätzlich auch eine Fehlerrechnung zur freien Hochrechnung ohne Eckdaten durchgeführt. Das hat die Bewandnis, dass Schichtgrenzen nicht

bekannt sind und auch nicht direkt ermittelt werden können. So ist speziell die Schicht 4 der Heimbewohner einer stetigen Änderung unterworfen, welche nicht erfasst werden kann. Die freie Hochrechnung gibt nun Anhaltspunkte, wie stark die unerfasste Änderung der Struktur der Schicht ist, das heißt, wie stark die Hochrechnungsfaktoren durch die meistens vorkommende Untererfassung ansteigen. Es werden beispielsweise Seniorenheime gebaut, von der Neubaustatistik aber nur als normale Neubauten erfasst. Auch ein Abgleich der Daten mit Versicherungen ist aufgrund der privaten Einrichtungen dieser Art wenig hilfreich. Bei der freien Hochrechnung geht man von einem Zufallsexperiment ohne Zurücklegen aus. Die freie Hochrechnung nutzt im Gegensatz zur gebundenen Hochrechnung keine externen Informationen oder Eckwerte. Es wird nur das Stichprobendesign mit den Designelementen Schichtung und Klumpung verarbeitet.

Die eigentliche gebundene Fehlerrechnung unter Berücksichtigung der Designelemente ist nachzulesen bei [2].

Da die Fehlerrechnung für jeden einzelnen Merkmalswert nach obigem Verfahren recht aufwändig und nicht für jede der Tabellen geeignet ist, wird durch Regressionsanalyse untersucht, ob der Zufallsfehler mit dem Wert des hochgerechneten Tabellenfeldes zusammenhängt. Der Zufallsfehler wird dabei in Abhängigkeit von dem hochgerechneten Tabellenfeld gesetzt. Lässt sich ein ausreichend guter Zusammenhang finden, kann der Zufallsfehler für Ergebnisse, für die keine eigene Fehlerrechnung durchgeführt wurde, nach dem Verfahren der Generalisierten Varianzfunktionen abgeschätzt werden. Nach den Überlegungen von Bihler im Statistischen Bundesamt entstand das Modell:

$$V_g = \beta \sqrt{\frac{1}{\hat{n}_g} - \frac{1}{bev}}$$

V_g = Standardfehler für Tabellenfeld g,

\hat{n}_g = geschätzte Besetzungszahl des Tabellenfeldes g;

bev = Bevölkerung des betrachteten regionalen Gebietes

Mittels Regression wurde das β für deutsche auf 11,62531 und für nichtdeutsche auf 13,92822 geschätzt.

Bei der Hochrechnung der Erhebung des Mikrozensus spielen die Programme SAS und Bascula eine große Rolle. SAS wird zum einen für einige Hochrechnungsschritte zur einfachen und schnellen Verarbeitung und zum anderen für die Fehlerrechnung der Ergebnisse verwendet. Die Datensätze werden geschichtet in den einzelnen Landesämtern gesammelt und danach an das Statistische Bundesamt gesendet. Eine Hochrechnung auf Landesebene erfolgt nun in den Landesämtern und eine Hochrechnung auf Bundesebene im Statistischen Bundesamt. Dazu werden die Hochrechnungs- und Kompensationsfaktoren mit Hilfe der genannten Programme ermittelt und an die Datensätze angehängt und dann erfolgt die Hochrechnung für erfragte Tabellenfelder aus den Datensätzen. Zur Kontrolle werden die Ergebnisse des Bundes und der Länder miteinander abgeglichen. Die Fehlerrechnung erfolgt mittels eines Softwaremoduls für SAS von Statistics Schweden.

Tab. 1 **Ergebnis der Regressionen der relativen Standardabweichungen für jeweils 30 Tabellenfelder bezogen auf Brandenburg anhand der Daten des Mikrozensus von 2008**

Gebietsart — Gebiet	Bevölkerung insgesamt	$\hat{\beta}$	Relativer Fehler der Regression	Bevölkerungs- anteil ¹
			%	
Land				
Brandenburg.....	2 516 811	13,2867	2,79	0,86
NUTS-II				
Nord-Ost ²	1 138 058	13,3053	2,44	0,87
Süd-West ²	1 378 753	13,0001	3,60	0,86
Anpassungsschicht				
Prignitz-Oberhavel.....	390 466	12,0422	2,38	0,91
Uckermark-Barnim.....	309 353	13,2742	3,26	0,84
Oderland-Spree.....	438 239	13,4363	2,34	0,84
Havelland-Fläming.....	745 754	12,7566	4,75	0,88
Lausitz-Spreewald.....	633 000	12,2452	3,74	0,84
Kreisfreie Stadt				
Brandenburg a. d. Havel	72 322	12,7047	3,92	0,83
Cottbus.....	101 484	11,6032	3,32	0,84
Frankfurt (Oder).....	63 302	13,7129	4,37	0,88
Potsdam.....	152 670	14,5257	7,37	0,90
Kreis				
Barnim.....	176 850	13,4146	3,85	0,86
Dahme-Spreewald.....	161 178	10,7202	4,39	0,81
Elbe-Elster.....	115 206	10,7718	3,88	0,92
Havelland.....	154 889	11,5148	3,75	0,85
Märkisch-Oderland.....	191 079	12,5111	2,45	0,86
Oberhavel.....	201 885	12,0191	3,64	0,94
Oberspreewald-Lausitz...	124 897	10,8818	5,63	0,85
Oder-Spree.....	186 058	12,9145	3,71	0,82
Ostprignitz-Rupin.....	104 528	13,0667	1,86	0,91
Potsdam-Mittelmark.....	204 000	12,0127	3,02	0,92
Prignitz.....	84 053	10,7449	4,62	0,82
Spree-Neiße.....	130 235	12,7256	6,16	0,79
Teltow-Fläming.....	161 872	11,9940	4,31	0,86
Uckermark.....	132 503	10,7594	3,97	0,83

¹ Gemeint ist hier der reale Auswahlsatz, d. h. der jeweilige Anteil der Stichprobe an der Gesamtbevölkerung.

² nach den europäischen NUTS-II-Regionen

Das Programm Bascula wird primär zur Ermittlung von Dämpfungsfaktoren des Regressionsschätzers in der Hochrechnung verwendet. Dabei wird ein sogenannter Bounding-Algorithmus nach [14] mit Bascula implementiert.

Praktische Untersuchung des Standardfehlers der Mikrozensus-Daten in Brandenburg

Unterschiedliche Bundesländer haben aufgrund verschiedener Einflüsse unterschiedliche Eigenschaften, welche nicht vernachlässigt werden können. Aus diesem Grund wird die Fehlerrechnung für Deutschland mit den Daten der einzelnen Bundesländer für jedes Bundesland separat durchgeführt. Die Hochrechnung an Eckdaten der Bundesländer, geschichtet nach Nationalität, Geschlecht, Altersgruppe und Erwerbstyp, wird genau wie die Fehlerrechnung für das gleiche Tabellenfeld letztendlich zusammengeführt und ausgegeben. Anhand dieser Rechnung können Daten für einzelne Länder auch gesondert abgerufen werden. Die Eckdaten werden jeweils einzeln aus verschiedenen Quellen, vor allem aus der laufenden

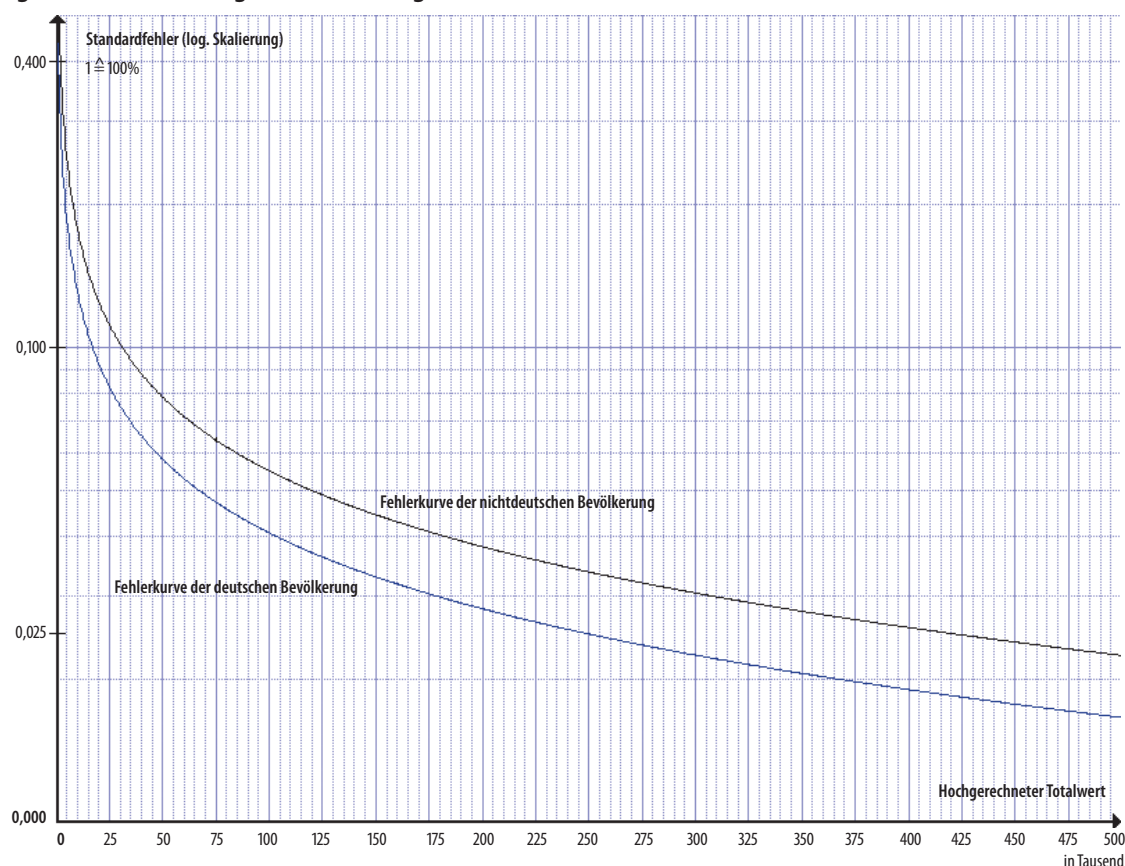
Bevölkerungsfortschreibung, errechnet. Diese Berechnungen basieren teilweise auf Schätzungen, da die Aktualität des Mikrozensus vor allem auf Quartalsebene dazu führt, dass man nicht immer Zugriff auf die neuesten Daten der Bevölkerungsfortschreibung hat. Die Berechnung der Eckdaten unterliegt im Statistischen Bundesamt einer anderen Abteilung und wird mit Fristen an die Bearbeiter der Hoch- und Fehlerrechnung weitergereicht. Bei der Bearbeitung dieser Untersuchung konnte aufgrund der zeitlichen und ressourcenbezogenen Grenzen im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg Standort Cottbus nicht auf diese Schritte zurückgegriffen werden und daher wurde die Fehlerrechnung anhand der vorliegenden Methodenbeschreibungen selbst in SAS eingearbeitet. Aus diesem Grund, und weil eine Hoch- und Fehlerrechnung auf Ebene der Anpassungsschichten und Kreise, wie sie hier durchgeführt wurde, zu geringe Besetzungszahlen in den einzelnen Tabellenfeldern hervorruft, konnte eine Untergliederung in weitere Schichten, wie es in der gesamtdeutschen Fehlerrechnung gemacht wurde, nicht durchgeführt werden.

Um die eigentlichen Auswirkungen der Regionalisierung auf die Fehlerrechnung zu verstehen, ist es notwendig, eine Unterteilung der Bundesergebnisse vorzunehmen. Die Bundesergebnisse sind regional schon auf Ebene der Länder geschichtet, mit dem Hauptgrund der Unterteilung der Datenerfassung und Aufbereitung auf die Statistischen Landesämter. Da diese Arbeit im Amt für Statistik Berlin-Brandenburg durchgeführt wurde, lagen die Datensätze für diese Bundesländer direkt vor. Somit konnte eine erste Unterteilung für das Bundesland Brandenburg bereits durchgeführt werden. Für das Untersuchungsziel ist Berlin als Stadtstaat nicht ergiebig genug, da die meisten Bundesländer in Deutschland Flächenländer sind und hier im Mittel andere Wohngegebenheiten vorliegen als in den Ländern der Stadtstaaten. Da Brandenburg das nach Mecklenburg-Vorpommern am dünnsten besiedelte Bundesland ist, stellt es die unterschiedlichen Auswirkungen von ländlich geprägten Gebieten und Städten recht gut dar.

Die Unterteilung wird auf mehreren Stufen durchgeführt. Zuerst wird die Fehlerkurve auf Ebene des Bundeslandes berechnet. Danach wird die Einteilung Brandenburgs auf die Teilgebiete Nord-Ost und Süd-West untersucht, den NUTS-II-Regionen nach der offiziellen europäischen Einteilung. Der nächste Unterteilungsschritt erfolgt auf Ebene der sogenannten Anpassungsschichten. Einen letzten Schritt stellen die 18 Kreise in Brandenburg dar. Die Einwohnerzahlen variieren in den Ebenen der Unterteilung und in den Teilgebieten selbst. Für jede dieser Unterteilungen sind Eckdaten vorhanden, weswegen die Fehlerrechnung analog zum Modell von Bihler durchgeführt werden kann. Die Einteilung soll letztendlich dazu dienen, anhand der jeweiligen Fehlerkurven zuerst eine grobe Entwicklung abzulesen und danach eine genaue Berechnung der Fehlerkurven in Abhängigkeit von den Gebietseinwohnerzahlen mittels Regression zu ermitteln. Auch eine genaue Untersuchung der Ergebnisse wird danach durchgeführt.

Beim vom Statistischen Bundesamt genutzten Programm zur Ermittlung des Standardfehlers wird

Abb. 1 Darstellung der BRB Kurven (Deutsche, Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit, gesamte Bevölkerung) in Brandenburg



auf eine von Statistics Schweden erstellte SAS Routine namens CLAN zurückgegriffen, die weitläufig einsetzbar ist. Zuerst werden die zu berechnenden Merkmalswerte im Datensatz ausgelesen und direkt in ein passendes Format umgewandelt. Danach werden Schichtgrenzen festgelegt und in ein passendes Format transformiert. Nun folgt ein Zwischenschritt, in dem Fehlerquellen durch Dateninkonsistenz oder Feldunterbesetzung ausgeglichen werden. Der von Statistics Schweden programmierte Code verarbeitet nun alle vorher erstellten Eingabedaten und berechnet die Totalwerte sowie den absoluten und den relativen Standardfehler.

Bei den hier durchgeführten Untersuchungen wurden pro regionaler Untergliederungseinheit 30 Merkmalswerte auf den Standardfehler untersucht und für die Regression verwendet. Es wurden neben Brandenburg selbst die Unterteilung in die zwei NUTS-II-Regionen, die 5 sogenannten Anpassungsschichten und die 18 Landkreise in Brandenburg differenziert betrachtet. Damit wurde die Fehlerrechnung für 26 einzeln spezifizierte Gebiete durchgeführt und jedes Mal eigene Eckwerte verwendet. Hier wird die Nutzung des CLAN-Paketes sehr zeitintensiv und deshalb und aufgrund der Komplexität des Paketes im Rahmen dieser Arbeit nicht durchführbar. Die Unterteilung der Eckdaten müsste jeweils extern berechnet und an die Neubaustatistik angeglichen werden.

Mit SAS wurde ein eigenes abgewandeltes Programm geschrieben, welches die Fülle der Daten schneller bearbeitet, solange sich nur die Teilgebiete und nicht die zu untersuchenden Datensätze ändern. Das Ganze führt zu Einbußen bei der Genauigkeit

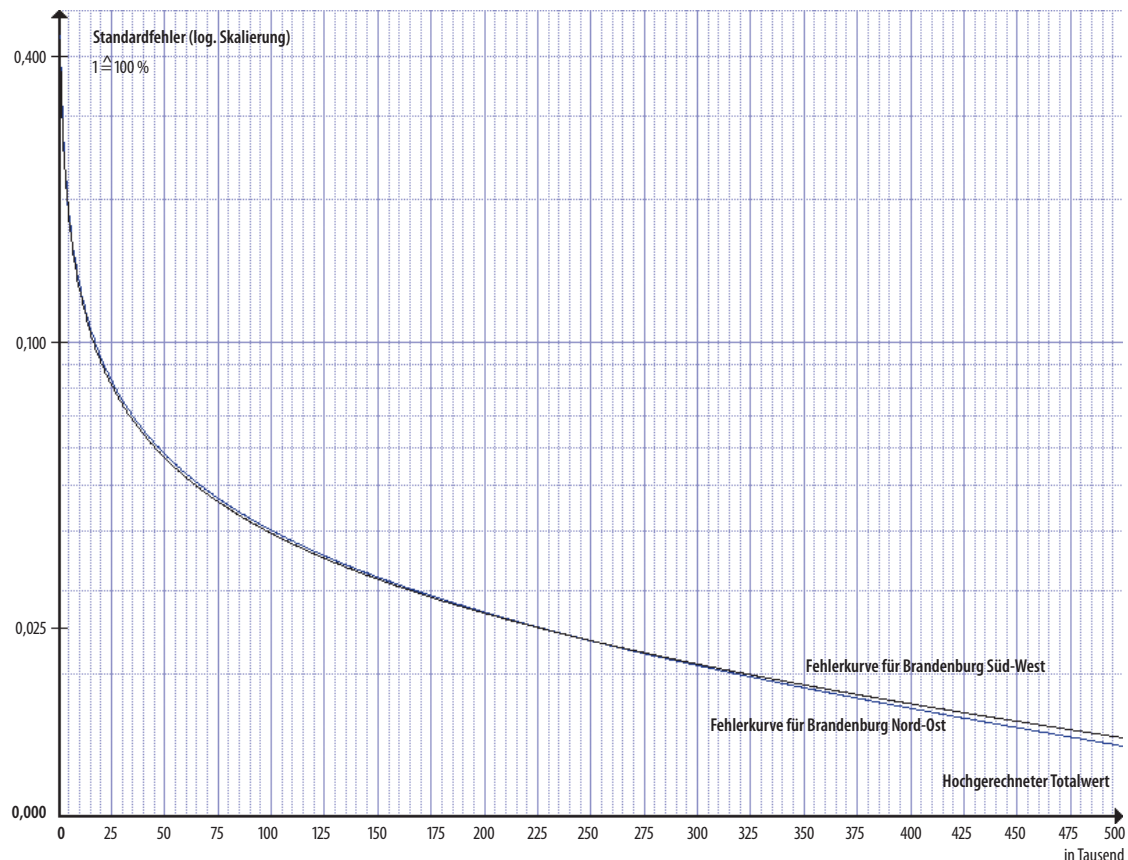
aufgrund der Vernachlässigung der feineren Schichtung. Eine Differenzierung der Bevölkerungsgruppen nach Alter, Geschlecht oder Staatsangehörigkeit ist jedoch auf den Ebenen unter den Bundesländern sowieso nicht mehr sinnvoll, besonders wenn diese Unterteilung noch einer fachlichen Gliederung, beispielsweise nach dem Einkommen, unterzogen wird. Die entstehenden Bevölkerungszahlen wären zu gering, um sichere Ergebnisse zu liefern.

Innerhalb der errechneten Werte kommen unbesetzte Tabellenfelder vor. Vor allem auf Kreisebene betrifft das einige Merkmalswerte. Diese müssen zuerst einmal gestrichen werden. Mit den übrigen Werten wird dann die Regression durchgeführt. Dazu wird die Wurzel aus Formel A als erklärende Variable c_g errechnet und dann die Regression mittels Methode der kleinsten Quadrate für alle Werte von $V_g = \beta c_g$ durchgeführt. Das entstehende $\hat{\beta}$ ist eine Schätzung, welche auch fehlerbehaftet ist. Der Fehler in der Regression wird bei der Berechnung mit SAS auch mit ausgegeben. Die Ergebnisse und der relative Fehler der Regression bezüglich des $\hat{\beta}$ werden in Tabelle 1 dargestellt.

Mit dem geschätzten $\hat{\beta}$ kann man nun die Fehlerkurven in Abhängigkeit von den jeweiligen Bevölkerungszahlen darstellen. Da eine Visualisierung mit linearen Achsenbeschriftungen keine deutlichen Ergebnisse liefern, wurde die Achse des relativen Standardfehlers ähnlich wie in [3] logarithmisch eingeteilt (Abbildung 1).

Man sieht hier einen deutlich höheren Wert des $\hat{\beta}$ für die Bevölkerungsgruppe der Nichtdeutschen in Brandenburg. Einen Erklärungsansatz für dieses

Abb. 2 Ermittelte Fehlerkurven für die NUTS-II-Regionen in Brandenburg



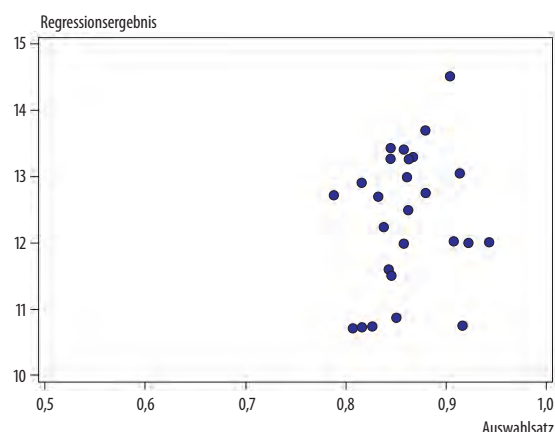
Phänomen erhält man später. Es können bei erneuter Fehlerrechnung mit anderen, aber auch mit dem gleichen Datensatz, leicht abweichende Fehlerkurven entstehen, je nachdem, welche Merkmalsausprägungen zur Regression genutzt werden.

Anhand der höheren Regressionskoeffizienten (13,12915 für die Bevölkerungsgruppe von Deutschen und 17,74472 für Nichtdeutsche) sind die Auswirkungen der kleineren Stichprobengröße zu erkennen. Beruht eine Erhebung auf weniger Probanden, so wird der Stichprobenfehler im Allgemeinen größer. Hier spielt jedoch auch noch die Schichtung und Klumpung der Stichprobe eine Rolle. Untersucht man also die Bevölkerung von Brandenburg, so ist bei gleicher absoluter Klumpengröße die relative Klumpengröße wesentlich höher, was zu einem wachsenden Konfidenzintervall der Vorhersage führt. Das zeigt einen höheren Standardfehler in der Stichprobe auf. Als Beispiel nimmt man an, die Klumpengröße beträgt 10 und die Bevölkerung von Deutschland umfasst 80 Mill. Menschen. So erhält man hier $10/80\,000\,000 = 0,000000125 = 0,0000125\%$ als relative Klumpengröße. Da Brandenburg ein Teilgebiet von Deutschland ist, kann man in diesem Beispiel von etwa der gleichen Klumpengröße ausgehen und erhält bei einer Bevölkerungszahl von etwa 2,5 Mill. ein Verhältnis von $10/2500000 = 0,000004 = 0,0004\%$, also eine mehr als 30-mal so große relative Klumpengröße (genannte Klumpengrößen stimmen nicht mit der Realität überein und lassen sich auch nicht so einheitlich festlegen). Diese Aussage kann somit für jede weitere Unterteilung des Bundeslandes noch verschärft werden.

Auf Ebene der NUTS-II-Regionen, der sogenannten Anpassungsschichten und der Kreise wurde aus oben genannten Gründen auf eine Aufschlüsselung nach Nationalität verzichtet. Die Fehlerrechnung erfolgte somit anhand der gesamten Daten des jeweiligen Gebietes. Es wurden in jeder Regressionsanalyse die gleichen Daten wie auf Ebene des Bundeslandes genutzt, um eine Vergleichbarkeit der Fehlerkurven zu ermöglichen (Abbildung 2, 3. Umschlagseite). Die Fehlerkurven in den gezeigten Abbildungen streben mit wachsender Bevölkerungszahl gegen einen relativen Standardfehler von 0 aufgrund der genutzten Bedingung der fehlerfreien, also gesicherten Eckwerte aus Formel A. Da die Bevölkerung in den Anpassungsschichten und Kreisen stark variiert, wirkt auch das Streben gegen diesen Standardfehler für verschiedene Kurven in den Abbildungen der Kreise und Anpassungsschichten unterschiedlich stark. Die Achse in der oberen Grafik der 3. Umschlagseite zeigt die Kurven bis zu einem Bevölkerungswert von 50 000. Kreise, die Bevölkerungszahlen von unter 100 000 haben, brechen deshalb früher nach unten aus. Unter einer Zahl von etwa 30 000 Einwohnern ist der Einfluss der genannten Bedingung jedoch zu vernachlässigen. Da in besagten Kreisen interessierende Totalwerte meist unter 50 % der Gesamtbevölkerung liegen (häufig sogar weit tiefer aufgrund der fachlichen Gliederungstiefe), ist auch nur dieser Bereich für die vorliegende Arbeit von Interesse.

Zu jedem der genannten Gebiete wurde auch der relative Anteil der Stichprobe an dem Gebiet und damit dessen Repräsentierung durch die Stichprobe ermittelt, um einen eventuellen Zusammenhang mit

Abb. 3 Regressionsergebnis für $\hat{\beta}$ in Abhängigkeit vom Auswahlatz



dem Anstieg der Regressionsgeraden festzustellen. Die letzte Spalte von Tabelle 1 beinhaltet diese Werte. Die gewünschte 1%-Abdeckung wird aufgrund von Antwortausfällen und verspätetem Eingang von Selbstausfüllerbögen sowie aufgrund des Leerstands von Wohneinheiten so gut wie nie erreicht.

Abbildung 3 beinhaltet die Verteilung der Regressionskoeffizienten in Abhängigkeit vom realen Auswahlatz.

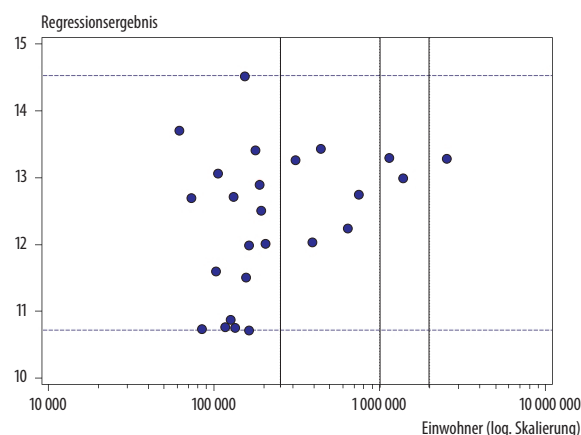
Man erkennt hier keine wirkliche Abhängigkeit zwischen den Werten. Das Ergebnis der Regressionen ist also nicht anhand der vorliegenden Daten auf den Auswahlatz zurückzuführen. Eine andere Abhängigkeit ist jedoch interessanter zu beobachten.

Die Ergebnisse für Brandenburg und Deutschland weisen darauf hin, dass β für sinkende Bevölkerungszahlen steigt. Abbildung 4 ist in 4 Teile unterteilt, rechts das Ergebnis für Brandenburg, daneben das der NUTS-II-Regionen, der zweite Bereich von links zeigt die Ergebnisse der Anpassungsschichten und der linke Bereich die der Kreise und kreisfreien Städte in Brandenburg.

Auch hier ist ein eindeutiger Zusammenhang nur schwer zu finden. Eine Beziehung der Werte kann man jedoch erkennen, es ist deutlich festzustellen, wie stark die $\hat{\beta}$ -Werte bei abnehmender Bevölkerung streuen. Jeder der differenziert betrachteten Bereiche (Landkreise und kreisfreie Städte, Anpassungsschichten, NUTS-II-Regionen, Brandenburg) hat ein eigenes, nach Bevölkerungszahlen einteilbares Intervall, in dem sich die ermittelten Werte befinden. Das weist auf einen größeren Fehler in der Regression hin. Tatsächlich streuen auch die Werte im Regressionsschritt für kleinere Bevölkerungszahlen im Schnitt stärker als für Brandenburg oder die NUTS-II-Regionen. Es kommt für kleinere Gebiete wegen der geringen Besetzungszahlen immer stärker darauf an, inwieweit die Realität durch die Stichprobe erfasst wird. Die Anpassungsschichten entsprechen den Raumplanungsregionen der vom brandenburgischen Bauministerium verwendeten regionalen Einheiten und die Fehlerrechnung ist daher auch über diese Arbeit hinaus wichtig.

Die Regionalisierung führt auch zu anderen Fehlern, welche schon vorher angesprochen wurden. Es gibt Kreise, die in der Erfassung der Statistik un-

Abb. 4 Verteilung der Regressionskoeffizienten für verschiedene Einwohnerzahlen



gewöhnliche Daten produzieren, welche keinen direkten Rückschluss auf die Fehlerrechnung zulassen. Ein Beispiel stellen Cottbus und Frankfurt (Oder) dar. In Frankfurt (Oder) wurden im Datensatz von 2008 genau 6 Personen erfasst, welche ein Einkommen von mehr als 4000 EUR aufwiesen. Die Stadt hatte zu diesem Zeitpunkt 61102 Einwohner. In Cottbus lebten im genannten Jahr rund 101484 Einwohner, jedoch wurde nicht eine Person erfasst, welche diese Einkommensgrenze überschritten hat. Zum einen sieht man hier, warum solche kleinen Werte nicht hochgerechnet werden, zum anderen wird an diesem Beispiel auch die allgemeine Gefahr deutlich, Daten in regional tiefer Gliederung auch fachlich zu unterteilen.

Der Fehler der Daten in dieser regionalen Tiefe leidet aber auch bei Werten, welche allgemein als publizierbar gelten. Die Veröffentlichbarkeit wird bei hochgerechneten Werten von 5000 angesetzt (zwischen 5000 und 10000 werden die Werte in Klammern gesetzt), da hier in etwa ein Standardfehler von 15% erreicht wird. In Frankfurt (Oder) wurde 2008 die Zahl der im Mai geborenen Personen auf 4859 geschätzt, also knapp an diesem Wert dran. Der Fehler dieser Hochrechnung liegt jedoch bei 25%, das heißt, weit über dem angesetzten Fehler für die 5000 Personen-Marke. Selbst durch eine zufällig stärkere Klumpung lässt sich dieses Phänomen nicht erklären, da innerhalb eines Klumpens die im Mai geborenen Personen genauso verteilt angenommen werden können wie bei einer einfachen Zufallsstichprobe.

Untersuchung der Klumpung

Um den Einfluss der Klumpung auf den Stichprobenfehler im Mikrozensus darzustellen, wurde mit SAS für bestimmte Tabellenfelder die Standardabweichung des hochgerechneten Mittelwertes bei angenommener einfacher Zufallsstichprobe und bei Klumpung der Stichprobe ermittelt und verglichen. In Tabelle 2 kann man die Ergebnisse der Berechnung ablesen.

Folgende Ergebnisse sind nun festzustellen:

- (1) Hier existiert kein Klumpeneffekt. Aus der geklumpten Stichprobe wird damit eine Stichprobe mit Merkmalen einer Schichtung. Der Fehler

Tab. 2 **Standardfehler bei einfacher Zufallsauswahl (einf) und geklumpfter Stichprobe (cl) (ohne Schichtung) im Vergleich**

Tabellenfeld	$\hat{\chi}$ (freie Hochrechnung)	$\sigma_{(einf)}$	$\sigma_{(cl)}$	D ^(cl)
		%		
Geburtsmonat Mai (1).....	218 312	2,16	2,13	0,986
Mindestmonats-einkommen				
4 000 EUR (2)	19 519	7,53	8,91	1,183
2 000 EUR (2)	190 892	2,21	2,89	1,308
1 000 EUR (2)	1 043 694	0,79	0,98	1,241
Ausländer (3)	30 208	6,04	9,14	1,513
Mindestens				
Abitur-Abschluss (3)	517 374	1,29	2,00	1,550
Mindestalter 67 Jahre (3)	495 879	1,35	2,11	1,563
Mindesthaushalts-einkommen 4 000 EUR (4)	248 637	2,01	4,00	1,990

Tab. 3 **Konfidenzintervalle¹ für den Totalwert bei einfacher und geklumpfter Stichprobe im Vergleich bezogen auf Werte aus Tabelle 2**

Tabellenfeld	links	rechts	links	rechts
	einfach		geklumpt	
Geburtsmonat Mai (1).....	208 875	227 750	209 022	227 603
Mindestmonats-einkommen				
4 000 EUR (2).....	16 579	22 459	16 041	22 998
2 000 EUR (2).....	182 466	199 319	179 854	201 931
1 000 EUR (2).....	1 027 125	1 060 264	1 023 301	1 064 089
Ausländer (3).....	26 558	33 858	24 688	35 729
Mindestens				
Abitur-Abschluss (3).....	504 029	530 719	496 659	538 090
Mindestalter 67 Jahre (3)....	482 533	509 227	474 923	516 836
Mindesthaushalts-einkommen 4 000 EUR (4)	238 631	258 643	228 726	268 548

¹ Links bedeutet die linke Grenze des Konfidenzintervalles, sowie rechts die rechte Intervallgrenze; einfach beschreibt eine einfache Zufallsauswahl und geklumpt die Zufallsauswahl unter Berücksichtigung des Klumpeneffekts.

wird durch Schichtung reduziert, jedoch sind die Schichten hier sehr klein und in sehr großer Anzahl zu finden, weshalb der Effekt nur sehr schwach wahrzunehmen ist.

- (2) Es existiert ein leichter Klumpeneffekt. Der Stichprobenfehler ist unter Klumpung weniger als 1,5-mal so hoch wie der Stichprobenfehler bei einfacher Zufallsauswahl.
- (3) Der Stichprobenfehler der geklumpten Stichprobe ist mehr als 1,5-mal so groß wie unter einfacher Zufallsauswahl, das heißt, hier ist ein starker Klumpeneffekt nachweisbar.
- (4) Dieser Merkmalswert wurde künstlich geklumpt, da die Fehlerrechnung hier bezogen auf die Einzelpersonen durchgeführt wurde. Das Haushaltseinkommen ist deshalb fast immer für mehrere Personen innerhalb eines Klumpens gleich. Dieser Fall wurde zum Testen der Rechnung auf Plausibilität durchgeführt. Durch die starke Klumpung ist der Stichprobenfehler hier fast 2-mal so hoch wie in einer einfachen Zufallsstichprobe.

Damit man einen Eindruck gewinnt, was dieser Standardfehler bedeutet, werden in Tabelle 3 die Konfidenzintervalle der Totalwerte der Merkmalswerte genannter Tabellenfelder dargestellt. Der Totalwert befindet sich mit einer Fehlerwahrscheinlichkeit von 5% in diesem Intervall. Unter Einbeziehung der Klumpung vergrößert sich dieses Intervall sichtbar und die Vorhersage der Hochrechnung wird für stark geklumpfte Merkmalswerte zunehmend unsicherer.

In der Einkommensstruktur ist ein kleiner Klumpeneffekt zu messen, was auf ein ähnliches Mietpreinsniveau innerhalb eines Auswahlbezirkes zurückzuführen ist. Dahingegen ist vor allem bei den Bürgern mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit und den Rentnern ein recht starker Einfluss der Klumpung festzustellen, was auf die Mentalität der genannten Bevölkerungsgruppen zurückzuführen ist, sich bei ihresgleichen niederzulassen. Ein Rentner hat wenig Interesse, zwischen jungen und hektischen Menschen oder jungen Familien mit Kleinkindern zu wohnen. Sie wollen eher ihren Lebensabend in Ruhe begehen. Nicht in Deutschland gebürtige Personen ziehen erfahrungsgemäß eher zu Personen mit ähnlicher nichtdeutscher Staatsangehörigkeit.

Wichtig ist bei dieser beispielhaften Rechnung auch, dass die Klumpen in der finalen Berechnung des Designeffekt-Faktors als annähernd gleich groß betrachtet wurden, dies aber vor allem in der Neubauschicht nicht der Fall ist. Die Berechnung von D unter der Annahme gleichgroßer Klumpen verringert den Stichprobenfehler im Vergleich zur Realität nur geringfügig und der eigentlich größere Fehler kann, wie schon zuvor beschrieben, durch Einbeziehung der Schichtung ausgeglichen werden.

Zuvor wurde bereits eine allgemeine Fehlerkurve für Brandenburg unter Berücksichtigung von sowohl Klumpung als auch Schichtung der Grundgesamtheit gefunden. Auch wenn in dieser Beispielrechnung nur die Klumpung berücksichtigt wurde, kann man durch Einsetzen der hier hochgerechneten Totalwerte in die Funktion A den Standardfehler bei geklumpfter und geschichteter Zufallsauswahl ermitteln. Dieser stimmt näherungsweise mit den hier berechneten Werten unter Einbeziehung der Klumpung überein. Bei starker Klumpung wirkt die zusätzliche Schichtung in der normalen Fehlerrechnung stärker und verbessert das Ergebnis gegenüber den hier berechneten Werten. Bei schwacher oder nicht nachweisbarer Klumpung hingegen wirken andere Einflüsse wie ungleichmäßige Klumpengröße und sehr große Hochrechnungsfaktoren verstärkend auf den endgültigen Stichprobenfehler, weswegen man sich nicht allein auf den ermittelten Einfluss der Klumpung verlassen sollte. Eine vollständige Fehlerrechnung ist meist unverzichtbar und sollte keinesfalls durch einseitige Betrachtungen ersetzt werden. Am Beispiel der Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit kann man das gut erkennen. Die freie Hochrechnung gibt ein Intervall an, welches die tatsächliche Zahl der nichtdeutschen Bevölkerung weit unterschätzt. Somit ist die Klumpung der nicht in die Stichprobe aufgenommenen Ausländer als wesentlich größer anzunehmen, als sie anhand der vorliegenden Stichprobe ermittelt wurde.

Als Ergebnis dieser Betrachtungen kann man feststellen, dass die vorgenommene Klumpung in Ansätzen Vorteile wie Kosten- und Zeitersparnis hat, jedoch ergeben sich in Bezug auf die Fehlerrechnung Probleme, welche nur selten durch Verfahren wie Schichtung der Grundgesamtheit ausgeglichen werden. Eine 1%-Stichprobe, wie sie im Mikrozensus durchgeführt wird, ist in vielen Fällen recht aussagekräftig aber in einigen Tabellenfeldern kann die Klumpung der Grundgesamtheit vor der Stichprobenziehung unvorhersehbare Effekte auf die Aussagekraft der Stichprobe hervorrufen.

Untersuchung der Bürger mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit

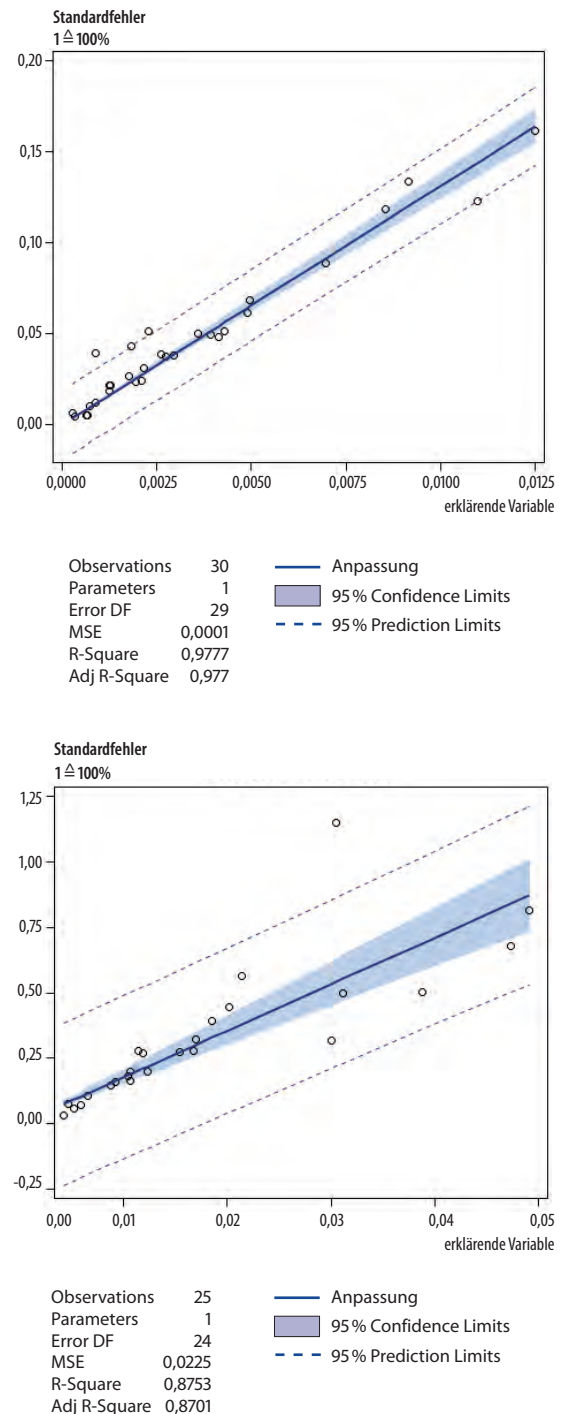
Schaut man sich die einzelnen Regressionskoeffizienten genauer an, so erkennt man hier noch etwas anderes. In der Fehlerrechnung des gesamtdeutschen Mikrozensus ab 2005 wurde schon bemerkt, dass den Ausländern eine eigene Fehlerrechnung gewidmet werden muss. Vor allem die höhere Klumpung und die im Durchschnitt größeren Hochrechnungsfaktoren bewirken deutliche Unterschiede bei der Fehlerrechnung im Vergleich mit anderen Bevölkerungsgruppen. Aufgrund des Bevölkerungsanteils von nur rund 2,57% bedarf die Bevölkerungsgruppe der Ausländer in Brandenburg einer differenzierten Betrachtung und Analyse. Gerade in Brandenburg gibt es zusätzlich auch noch das Problem, dass die wenigen ausländischen Mitbürger meist in Gruppen zusammenleben und damit nur in einzelnen Klumpen zusammen erfasst werden. Genau diese Klumpen werden allerdings bei einer 1%-Stichprobe sehr schwer erfasst, weswegen die Bevölkerungsgruppe der Ausländer hier sehr stark unterrepräsentiert ist. So wurden 2008 nur 260 Bürger nichtdeutscher Staatsbürgerschaft in der Stichprobe erfasst, das heißt, diese Personen repräsentieren bei freier Hochrechnung 26000 Ausländer unabhängig von der eigentlichen Staatsangehörigkeit. Damit wäre hier ein Auswahl-satz von etwa 0,4 % erreicht, was stark unter dem gewünschten Niveau liegt.

Aufgrund der Tatsache, dass 2008 nur 64 797 Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in Brandenburg registriert sind, ist eine weitere Aufteilung dieser Bevölkerungsgruppe innerhalb der Anpassungsschichten nicht mehr ratsam, vor allem unter Beachtung des wesentlich deutlicheren Anstiegs des Fehlers in Brandenburg im Vergleich zur Fehlerkurve in Gesamtdeutschland. Unterstellt man also einen Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungsanteil der Ausländer und dem relativen Standardfehler, so kann man feststellen, dass eine weitere Differenzierung hier nicht zu empfehlen ist, da spezifizierte Aussagen sehr ungenau und wenig repräsentativ sind.

Verstärkt wird diese Aussage noch bei Betrachtung und Vergleich der Regressionsgraphen der Deutschen und der Nichtdeutschen für jeweils gleiche Tabellenfelder (Abbildung 5).

Von der ermittelten Regressionsgeraden stark abweichende Beobachtungen deuten auf einen hohen Fehler schon in der Regression hin. Umso näher die Gerade im Schnitt an allen Beobachtungen ist, umso genauer wird die Regression auch. Aussagen über Ausländer sind somit selbst nach genauer Analyse

Abb. 5 Vergleich der Regression für Tabellenfelder von Deutschen (oben) und Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit (unten) in Brandenburg



sehr fehleranfällig und deshalb sehr instabil gegenüber weiterer regionaler oder fachlicher Gliederungstiefe.

Bei weiterer Verfeinerung der Daten in Einbezug der Tabellenfelder von Nichtdeutschen tritt in Brandenburg immer häufiger der Fall auf, dass bestimmte Merkmalsgruppen jeweils nur durch einen Ausländer vertreten sind. Stellenweise, beispielsweise beim Kreis Prignitz in Brandenburg im Erhebungsjahr 2008, wird keine einzige Person nichtdeutscher Herkunft erfasst, was jede Aussage in einer solchen regiona-

len Tiefe zur reinen Spekulation macht. Auch datenschutzrechtlich kann und darf hier keine Auswertung erfolgen.

Betrachtet man den Graphen der Nichtdeutschen Bevölkerung in Abbildung 2 so kann man erkennen, dass bei einer Zahl von 64797 Personen schon ein Fehler von rund 7% erreicht wird. Werden diese nur nach ihrem Geschlecht unterteilt, so erhält man einen Fehler von etwa 10%. Damit ist eine tiefere Unterteilung der Ausländer schon auf Ebene des Bundeslandes in diesem Fall nicht ratsam.

Fazit

Der Standardfehler sollte in der vorliegenden Arbeit auf seine Bedeutung für den Mikrozensus und seine Auswirkungen, vor allem auf kleinräumige oder tief regionalisierte Ergebnisse, untersucht werden. Die Abbildungen 2 bis 4 lassen keinen eindeutigen Schluss bezogen auf einen Anstieg des β für stärker regionalisierte Gebiete zu. Jedoch ist zu erkennen, dass mit Verringerung der Gesamtbevölkerung in einem Gebiet die Merkmalswerte immer stärker streuen. Die ausgewählten Merkmalswerte sind in jeder Instanz die Gleichen und werden deshalb in gleichem Maße durch Klumpung, Schichtung und Auswahlssatz beeinflusst. Dennoch variiert der Standardfehler für jedes der betrachteten Gebiete und speziell auf Kreisebene stärker als auf Ebene der NUTS-II-Regionen oder der Anpassungsschichten. In den Abbildungen 2 und 3 erkennt man auch, wie stark die Fehlerkurven, auch in den interessierenden Bevölkerungszahlen, schon streuen. Während sich der relative Standardfehler bei den Anpassungsschichten für eine Besetzungszahl von 10 000 zwischen 11,89% und 13,28% bewegt, liegt er auf Kreisebene schon zwischen 10,09% und 14,04% für die verschiedenen Kreise und kreisfreien Städte. Das bedeutet einen Anstieg des Intervalls, indem der Fehler sich befindet, von 1,39 auf 3,95. Man erkennt hier, wie hoch die Bedeutung der Fehlerrechnung gerade in kleinräumigen Verwaltungseinheiten ist.

Es ist also letztendlich klar, dass der Standardfehler für geringere Bevölkerungszahlen steigt, jedoch bezogen auf die aus der Regression gewonnenen Fehlerkurven ist keine Erhöhung des Anstieges durch die Regionalisierung festzustellen. Wesentlich gravierender für die Fehlerrechnung und damit für die Vorhersage in tief regionalisierten Gebieten ist die große Streuung des Fehlers zum einen zwischen den Gebieten und zum anderen zwischen den einzelnen Beobachtungen. Aussagen, besonders in fachlicher Tiefe, sind damit zu vermeiden, da ohne eine genaue Berechnung nicht vorherzusehen ist, wie verlässlich diese Aussage ist. Jedoch ist es, wie schon in [2] beschrieben, sehr aufwändig, für jeden Merkmalswert den Fehler neu zu berechnen. Der Aufwand ist nur selten durch den Nutzen auszugleichen und bietet keinen Garant für einen vernachlässigbaren Standardfehler. Es wurde in dieser Untersuchung auch aufgezeigt, dass die angesetzte Grenze der Veröffentlichbarkeit von 5000 Personen als allgemeine Aussage beibehalten werden kann. Jedoch kann gerade in den kleinräumigen Ergebnissen ein Standardfehler auftreten, der stark von der erwarteten Sicherheit für eine Veröffentlichung von Daten abweicht. Gerade

auf Kreisebene sollten die Ergebnisse also vor der Veröffentlichung noch einmal auf deren Fehler überprüft werden.

Auch eine Differenzierung der Bevölkerungsgruppen nach Alter, Geschlecht oder Staatsangehörigkeit ist auf den Ebenen unter den Bundesländern nicht mehr sinnvoll, besonders wenn diese Unterteilung noch einer fachlichen Gliederung, beispielsweise nach dem Einkommen, unterzogen wird. Vor allem die Staatsangehörigkeit hat bei einigen Bundesländern sehr unvorhersehbare Einflüsse auf die Fehlerrechnung und es sollte für jedes Bundesland vorher gesondert untersucht werden, wie stark die realen Besetzungszahlen von den durch den Auswahlssatz erwarteten Besetzungszahlen abweichen. Rückschlüsse auf diese Bevölkerungsgruppe sind erst möglich, wenn die Hochrechnung auf sicherer Basis erfolgt. Es wurde gezeigt, dass für das Beispiel Brandenburg die Ausländer durch ihren geringen Bevölkerungsanteil nur schwer einzeln zu untersuchen sind und gerade bei weiterer regionaler oder fachlicher Gliederung keine sicheren Aussagen mehr zu formulieren sind.

Da viele Institutionen aber auf Zahlen in diesen Größenordnungen angewiesen sind, kommt man häufig nicht umhin, auch diese Daten herauszugeben. Jedoch muss immer auf die sehr große Unsicherheit seitens des möglichen Standardfehlers, vielleicht in Form des Konfidenzintervalls, hingewiesen werden.

Die Form der Erhebung als geschichtete Klumpenstichprobe hat Einfluss auf den Standardfehler und damit auf das entstehende Konfidenzintervall. Es hat sich herausgestellt, dass der kostensparende aber fehlererhöhende Effekt im Mikrozensus nicht vollständig durch andere stichprobenmethodische Verfahren ausgeglichen werden kann. Ein Vergleich mit einer einfachen Zufallsauswahl macht diesen Unterschied deutlich.

Es gibt einige Möglichkeiten, die Fehler einer solchen Erhebung zu verringern, meist sind es jedoch die Kosten, welche die Umsetzung solcher Methoden nicht möglich machen. Der Datenschutz, der ein weiteres Problem der Optimierung des Mikrozensus darstellt, wurde hier nur am Rande eingebracht, auch wenn dieser einen neuen Blickwinkel auf das vorliegende Thema werfen würde. Um das näher zu erläutern, könnte man sich eine Methodik vorstellen, welche den Standardfehler der Hochrechnung soweit minimiert, dass Aussagen von hochgerechneten 500 Personen als sicher genug angesehen werden, um sie zu veröffentlichen. Eine Zahl von 500 Merkmalsträgern würde aus rund 5 Personen in der Stichprobe ermittelt. Die Identifizierung dieser einzelnen Personen wäre somit um ein vielfaches leichter und aufwandsärmer, als dies zur Zeit der Fall ist. Das Bundesstatistikgesetz (BStatG) besagt beispielsweise, dass Datensätze nur dann für die Verarbeitung freigegeben werden können, wenn sie faktische Anonymität besitzen. Das bedeutet, die Entschlüsselung der Daten oder die Zuordnung einzelner Personen darf nur mit einem „[...] unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft [...]“ (aus §16 Abs. 6 BStatG) möglich sein.

Somit sind die Auswirkungen der Fehlerrechnung auf die Ergebnisse kleinräumiger Verwaltungseinheiten

ten nicht leicht zu erfassen. Auf der einen Seite zeigt die Methode der Regression geknüpft an die Bedingung der fehlerfreien Eckdaten (vgl. S. 33, Die Fehlerrechnung für den deutschen Mikrozensus), dass die Fehlerkurven an sich kein höheres β aufweisen als die Ergebnisse der Fehlerrechnung für ganz Deutschland. Auf der anderen Seite haben die Betrachtungen in der Auswertung der Ergebnisse die Schwierigkeiten einer vorschnellen Analyse anhand der Ergebnisse einer solchen Regression aufgezeigt.

Ausblick

Zur Zeit findet der Zensus 2011 bzw. dessen Auswertung statt. Mit diesem Zensus wird unter anderem die Auswahlgrundlage für den Mikrozensus aktualisiert, um Fehler durch die Fortschreibung der Bau-tätigkeitsstatistik zu beseitigen. Mit einer neuen und aktualisierten Auswahlgrundlage sind kleinere Hochrechnungsfaktoren und damit kleinere Fehler zu erwarten. Außerdem kann auf der Basis der neuen Auswahlgrundlage auch an die Entwicklung eines neuen Auswahlplans gedacht werden. Auch neue und modernere Methodiken könnten dann darin verarbeitet werden. Das würde wahrscheinlich zu besseren Möglichkeiten der Regionalisierbarkeit führen.

Ein weiterer Punkt, der die Fehlerrechnung und die Regionalisierbarkeit der Daten des Mikrozensus in

Zukunft beeinflussen könnte, sind die Überlegungen, welche aufgrund der kürzlichen Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern getätigt wurden. Es ging um die Gebietsreform auf Kreisebene, welche einige Kreiszusammenschlüsse beinhaltete. Brandenburg hatte diese Reformen auch schon ins Auge gefasst. Ein solcher Zusammenschluss würde die Kreise vergrößern und damit viele Hochrechnungen von Tabellenfeldern des Mikrozensus bis auf die Kreisebene regionalisierbar machen. Einzig der Einfluss der Nähe einiger Kreise zu Berlin würde weiterhin Streuungen mit sich bringen. Nach den Ausführungen in [18] und [19] würde dann Cottbus zum Spree-Neiße Kreis hinzukommen und der neu entstandene Kreis hätte dann ca. 230 000 Einwohner. Hier ist fast schon das Niveau der Anpassungsschichten erreicht. Aus statistischer Sicht ist eine solche Gebietsreform damit gutzuheißen.

Autor: Marcus Schmidt

Marcus Schmidt war Student am Lehrstuhl Wahrscheinlichkeitstheorie und Statistik an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus; er absolvierte ein Praktikum und schrieb seine Diplomarbeit zu diesem Thema im Referat Mikrozensus.

Quellen

- [1] Afentakis, A./Bihler, W.: „Das Hochrechnungsverfahren beim Unterjährigen Mikrozensus ab 2005“; Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005.
- [2] Krug, W./Nourney, M./Schmidt, J.: „Wirtschaft- und Sozialstatistik: Gewinnung von Daten“; Oldenburg 2001.
- [3] Qualitätsbericht Mikrozensus 2008; Anhang Statistisches Bundesamt, Mikrozensus.
- [4] Rendtel, U.: „Lebenslagen im Wandel: Panelausfälle und Panelrepräsentativität“; Band 8, von Sozioökonomischen Daten und Analysen für die Bundesrepublik Deutschland, Campus Verlag, 1995.
- [5] Berres, J., Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz: „Regionalergebnisse in der amtlichen Statistik – Möglichkeiten und Grenzen“; anlässlich des Kolloquiums zur Regional- und Umweltstatistik an der Universität Trier am 24. Oktober 2008 in Trier; siehe dazu auch Dr. Weil, S.: „Regionaldaten der amtlichen Statistik – Ein Angebot im Spannungsfeld rechtlicher Restriktionen, statistisch-methodischer Beschränkungen und dem Bedarf an regional tief gegliederten Daten“; <http://www.statistik.rpl.de/fileadmin/dokumente/03-2009-190.pdf> <http://www.statistik.rpl.de/fileadmin/dokumente/monatshefte/2009/04-2009-272.pdf>
- [6] Emmerling, D./Riede, T.: „40 Jahre Mikrozensus“; veröffentlicht in: Wirtschaft und Statistik 3/1997, S. 160–174, Statistisches Bundesamt.
- [7] Esser, H., Grohmann, H., Müller, H. und Schäfer, K. A.: „Mikrozensus im Wandel“; Band 11 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Statistisches Bundesamt.
- [8] Grohmann, H.: „Analysen und Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirats für Mikrozensus und Volkszählung“; Band 14 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“, Statistisches Bundesamt, Stuttgart 1990.
- [9] Meyer, K.: „Zum Auswahlplan des Mikrozensus ab 1990“; verfügbar im Amt für Statistik, Statistisches Bundesamt, 1990.
- [10] Wolter, K.: „Introduction to Variance Estimation“; Statistics for Social and Behavioral Sciences, Springer 2007.
- [11] Schlittgen, R.: „Einführung in die Statistik“; Analyse und Modellierung von Daten, Oldenburg, Wissenschaftsverlag 2003.
- [12] Salvucci, S./Kaufman, S.: „Design Effects and Generalized Variance Functions for the 1990–91 Schools and Staffing“; Survey (SASS), National Center for Education Statistics, Februar 2005.
- [13] Summary of Survey Analysis Software; Survey research methods section, American Statistical Association <http://www.hcp.med.harvard.edu/statistics/survey-soft/survey-soft.html>
- [14] Nieuwenbroek, N./Boonstra H. J.: „Bascula 4.0 Reference Manual“; Statistics Netherlands, Heerlen 2001.
- [15] Huang, E. T. und Fuller, W. A.: „Nonnegative Regression Estimation for Survey data in Proceedings of the Social Statistics Session“; American Statistical Association 1978.
- [16] Introduction to SAS; UCLA: Academic Technology Services, Statistical Consulting Group from <http://www.ats.ucla.edu/stat/sas/webbooks/reg/chapter1/annotated1.htm>
- [17] Anonymität von Mikrodaten; Internetseite des Forschungsdatenzentrums der Statistischen Ämter <http://www.forschungsdatenzentrum.de/anonymisierung.asp>
- [18] Potsdamer Neueste Nachrichten: „Brandenburgs SPD will Kreisreform“; Ausgabe vom 6. 9. 2011, S. 1.
- [19] Lausitzer Rundschau: „Der Kampf um die Unabhängigkeit der Stadt“; Zeitung vom 20. 9. 2011.
- [20] Voß, W.: „Taschenbuch der Statistik“; Hanser Verlag 2003.
- [21] Prof. Dr. Schimpl-Neimanns, B./Rendtel, U.: „SAS-, SPSS- und STATA-Programme zur Berechnung der Varianz von Populations-schätzern im Mikrozensus ab 1996“; ZUMA Methodenbericht 2001/04, Juni 2001.

Überlegungen zur Haushaltsprognose

In der Prognoserechnung werden verschiedene Ansätze betrachtet. Bei dem ‚mikroanalytischen Ansatz‘ werden die Ursachen von Veränderungen untersucht und darauf aufbauend Simulationsmodelle erstellt. Neben den Geburten- und Sterberaten, die maßgebend für die Bevölkerungsentwicklung sind, kommen als Ursachen von Veränderungen in der Haushaltsentwicklung noch andere Gründe, wie zum Beispiel Hochzeit, Scheidung, Wegzug und Veränderungen in der Struktur des Zusammenlebens, hinzu. Verfahren, die diesem Ansatz folgen, haben einen hohen Datenbedarf, der im Allgemeinen und insbesondere in der amtlichen Statistik nicht zur Verfügung steht. Im folgenden Beitrag wird ein Verfahren erläutert, das dem ‚makroanalytischen Ansatz‘ folgt, und auch in der amtlichen Statistik realisierbar ist.

In der Bevölkerungsentwicklung ist neben der Zahl und Struktur der Bevölkerung auch die Entwicklung der Privathaushalte von Interesse. Als Empfänger staatlicher Leistungen sowie als Abnehmer langlebiger Konsumgüter treten nicht einzelne Perso-

nen, sondern private Haushalte in Erscheinung. Diese sind dabei als gemeinsam wohnende und wirtschaftende Gesamtheit von Personen oder als einzeln wohnende und wirtschaftende Person zu bezeichnen. Die Bevölkerung in privaten Haushalten umfasst nicht die Personen in Anstaltsunterkünften, die gemeinschaftlich versorgt werden und keinen eigenen Haushalt führen. Weiterhin werden Personen, die an einem Nebenwohnsitz wohnhaft sind, mehrfach gezählt. Daher unterscheidet sich die Bevölkerung in Privathaushalten leicht von der gesamten Bevölkerung.

Aus den Ergebnissen der Bevölkerungsvorausberechnung und des Mikrozensus ist es möglich, eine Prognose über die Bevölkerung in Privathaushalten zu erstellen. Der Mikrozensus ist eine jährliche einprozentige Stichprobe der Haushalte, wobei Daten durch Interviewbefragungen gesammelt werden. Unter den Einschränkungen der relativ kleinen Stichprobengröße ist es möglich, detaillier-

tere Aussagen über die Struktur der Bevölkerung zu erstellen, als dies durch die Bevölkerungsfortschreibung oder den 2011 durchgeführten Zensus möglich ist.

Methodische Grundlagen

Für die Prognose von Haushaltszahlen stehen unter anderem Quotenverfahren zur Verfügung. Prinzipiell wird dabei der Anteil einer Bevölkerungsgruppe vorausberechnet, der in einem Haushalt bestimmter Größe lebt. Anschließend werden die Ergebnisse mithilfe einer Bevölkerungsprognose in die Zahl der Bevölkerung einer bestimmten Haushaltsgröße überführt.

Hierbei gibt es insbesondere das Haushaltsvorstandsquotenverfahren und das Haushaltsmitgliederquotenverfahren. Beim Haushaltsvorstandsquotenverfahren werden die Anteile der Vorstände von Haushalten bestimmter Größe an der Gesamtzahl der Bevölkerungsgruppe betrachtet, geordnet nach Altersgruppe und Geschlecht. Diese Anteile werden dann für die Zukunft prognostiziert und auf eine Bevölkerungsprognose angewendet. Der Nachteil gegenüber dem Haushaltsmitgliederquotenverfahren, welches im nächsten Abschnitt näher erläutert wird, besteht darin, dass die Haushaltsgröße nur anhand des Haushaltsvorstands geschätzt wird. Die übrigen Haushaltsmitglieder fließen also nur indirekt in die Berechnung mit ein.

Haushaltsmitgliederquotenverfahren

Bei diesem Verfahren werden die Anteile einer Bevölkerungsgruppe in einer bestimmten Haushaltsgröße erfasst, die Bevölkerung wird dabei wieder nach Altersgruppe und Geschlecht geordnet:

$$HM\dot{Q}_{a,g,h} = \frac{B_{a,g,h}^P}{B_{a,g}^P}$$

$HM\dot{Q}_{a,g,h}$ Haushaltsmitgliederquote nach Altersgruppe, Geschlecht und Haushaltsgröße
 $B_{a,g,h}^P$ Bevölkerung in Privathaushalten nach Altersgruppe, Geschlecht und Haushaltsgröße
 $B_{a,g}^P$ Bevölkerung in Privathaushalten nach Altersgruppe und Geschlecht

Die Haushaltsmitgliederquoten der einzelnen Jahre bilden eine Zeitreihe, die für den Prognosezeitraum vorausberechnet wird. Die möglichen Arten der Vorausberechnung werden im nächsten Abschnitt diskutiert, als Ergebnis erhält man die prognostizierten Haushaltsmitgliederquoten $\hat{HM}\dot{Q}_{a,g,h}$. Diese werden auf eine Bevölkerungsprognose angewendet:

$$\begin{aligned}\hat{B}_{a,g}^P &= f_{a,g} \cdot \hat{B}_{a,g}^H \\ f_{a,g} &= \frac{1}{3} \sum_{t=2008}^{2010} \frac{B_{a,g}^P(t)}{B_{a,g}^H(t)} \\ \hat{B}_{a,g,h}^P &= \hat{HM}\dot{Q}_{a,g,h} \cdot \hat{B}_{a,g}^P \\ \hat{B}_h^P &= \sum_{a,g} B_{a,g,h}^P\end{aligned}$$

$f_{a,g}$ Umrechnungsfaktor nach Altersgruppe und Geschlecht
 $B_{a,g}^H$ Bevölkerung am Hauptwohnsitz nach Altersgruppe und Geschlecht
 B_h^P Bevölkerung in Privathaushalten nach Haushaltsgrößen

Die Umrechnungsfaktoren $f_{a,g}$ sind in der Praxis relativ konstant und werden daher für alle Jahre des Prognosezeitraums als Durchschnitt der letzten drei Jahre konstant gehalten. Die Schätzung der Bevölkerung am Hauptwohnsitz $\hat{B}_{a,g}^W$ wird der Bevölkerungsprognose entnommen. Die Ergebnisse \hat{B}_h^P bilden nun die gesuchte Prognose der Bevölkerung, geordnet nach der Haushaltsgröße.

Trendextrapolation und Autoregressive Modelle

Eine Zeitreihe ist eine Folge von Zahlen $\{y_t\}$, wobei t die diskreten Werte t_1, t_2, \dots annehmen kann. Im Allgemeinen besteht das Ziel der Prognose von Zeitreihen darin, aus gegebenen Werten y_{t_1}, \dots, y_{t_n} ein Modell zu entwickeln, mit dessen Hilfe man dann Schätzwerte $\hat{y}_{t_{n+1}}, \dots, \hat{y}_{t_{n+m}}$ für die Werte $y_{t_{n+1}}, \dots, y_{t_{n+m}}$ berechnen kann. Hierzu stehen verschiedene Verfahren zur Verfügung, von denen im Rahmen der Haushaltsprognose zwei implementiert wurden.

Bei der Trendprognose oder auch Trendextrapolation wird die Zeitreihe durch eine Funktion f mittels der Gleichung $y_t = f(t) + \varepsilon_t$ beschrieben, ε_t entspricht dabei einem Störterm. Die Struktur von f wird vorgegeben. Die Parameter β_1, \dots, β_p zur eindeutigen Bestimmung der Funktion werden durch die Minimierung der Störterme $\varepsilon_{t_1}, \dots, \varepsilon_{t_n}$, beispielsweise mit der Methode der kleinsten Quadrate, berechnet. Die gesuchten Schätzwerte sind dann die Ergebnisse der Funktion:

$$\hat{y}_t = f(t)$$

Eine andere Methode ist die der Erstellung eines Autoregressiven Modells p -ter Ordnung. Dabei wird die Zeitreihe durch folgende Darstellung beschrieben:

$$y_t = \sum_{i=1}^p \phi_i y_{t-i} + \varepsilon_t$$

Die $\varepsilon_{t_1}, \dots, \varepsilon_{t_n}$ bilden dabei wieder Störterme, durch deren Minimierung die Parameter ϕ_1, \dots, ϕ_p bestimmt werden. Die gesuchten Werte werden dann wieder direkt berechnet, wobei $\varepsilon_{t_{n+1}}, \dots, \varepsilon_{t_{n+m}} = 0$ gesetzt wird.

Im Gegensatz zur Trendvariante hat die autoregressive Entwicklung den Vorteil, dass sie nur ein begrenztes ‚Gedächtnis‘ hat. Für die Berechnung des aktuellen Wertes werden nur die letzten p -Werte herangezogen, außerdem können neuere Werte stärker gewichtet werden als weiter zurückliegende. Bei der Trendprognose werden alle Werte gleich gewichtet, also auch die, die für die aktuelle Entwicklung eventuell weniger maßgebend sind.

Anmerkungen zur gewählten Methode

Für die vorliegende Prognose wurden die Daten des Mikrozensus aus den Jahren 1991 bis 2010 genutzt, um eine Vorausberechnung für die Jahre 2011 bis 2030 zu erstellen. Die Bevölkerung wurde in vier Altersgruppen unterteilt. Dadurch wurde erreicht, dass die verwendeten Daten auf einer ausreichend großen Stichprobe basieren und gleichzeitig genug Aussagekraft über die Altersstruktur der Bevölkerung erhalten bleibt.

Aus den Berechnungen lassen sich nur Aussagen über die gesamte Bevölkerung in Brandenburg ableiten, in einzelnen Regionen wird es sicherlich ab-

weichende Entwicklungen geben. In der Praxis gestaltet es sich jedoch als schwierig, Prognosen über die Haushaltsstruktur in einzelnen Landkreisen oder kreisfreien Städten zu erstellen, da mit einem geringeren Stichprobenumfang im Allgemeinen auch ein größerer Schätzfehler einhergeht.

Die Vorausberechnung der Bevölkerung in Privathaushalten beruht unter anderem auf einer Bevölkerungsprognose, daher bildet deren Güte gewissermaßen die Obergrenze für die Güte der hier vorgestellten Haushaltsprognose. Allerdings sind in der rein demographischen Entwicklung weniger Faktoren von Belang als in der Entwicklung der einzelnen Haushalte, daher besitzen Bevölkerungsprognosen naturgemäß eine größere Sicherheit.

Damit die Prognose durch das Haushaltsmitgliederquotenverfahren konsistent ist, müssen hauptsächlich zwei Kriterien überprüft werden. Zum einen sollte die Summe der Haushaltsmitgliederquoten über die Haushaltsgröße 1 ergeben. Des Weiteren sollten die Haushaltsmitgliederquoten nicht negativ und, als Folge beider Kriterien, kleiner oder = 1 sein. Zusammengefasst gilt:

$$\sum_g HMQ_{a,g,h} = 1$$

$$0 \leq HMQ_{a,g,h} \leq 1$$

Für die Prognose der Haushaltsmitgliederquoten wurden sowohl die Trendvariante als auch die Erstellung autoregressiver Modelle implementiert. Bei der Trendvariante zeigte sich durch die Fortschreibung eines linearen Trendverlaufs eine erheblich größere Verletzung der beiden Kriterien als bei der zweiten Variante. Außerdem kam es in den Endergebnissen zu Sprungstellen zwischen den bis 2010 aufgezeichneten Daten und der erstellten Prognose. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass alle Werte einer Zeitreihe bei der Trendvariante gleich gewichtet werden, also beispielsweise die Abweichung vom modellierten Verlauf im Jahr 2010 genauso stark in die Berechnung einfließt wie die im Jahr 1991.

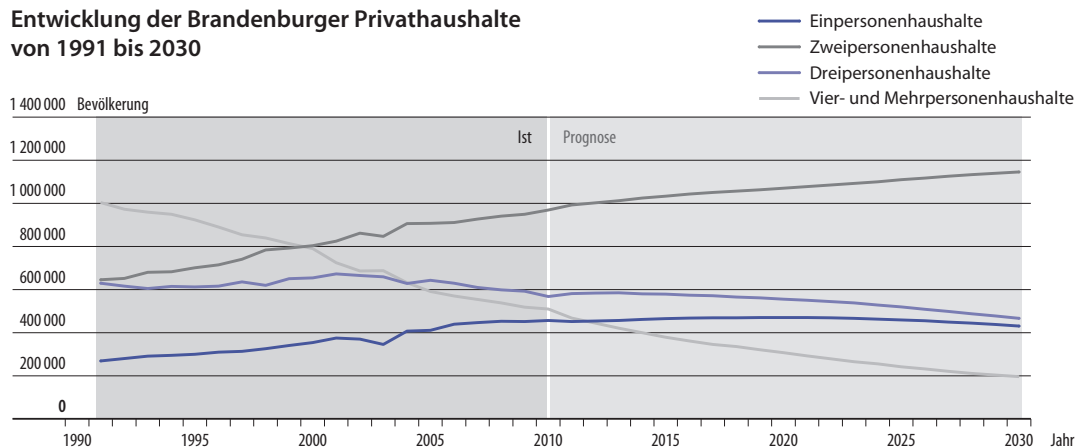
Deshalb entschied man sich für die Annahme einer autoregressiven Entwicklung. Trotz der relativ geringen Abweichungen dieser Methode wurden, zugunsten einer höheren Genauigkeit, die Ergebnisse nach unten durch 0 beschränkt und anschließend zu einer Summe von 1 normiert. Die Endergebnisse änderten sich dadurch nur geringfügig.

Die beschriebenen Verfahren wurden in SAS implementiert und berechnet. Dabei wurde insbesondere für die autoregressive Berechnung die FORECAST-Prozedur verwendet. Für die Berechnung der Anzahl der Haushalte wurde die Bevölkerung durch die jeweilige Haushaltsgröße geteilt. Für Haushalte mit vier und mehr Personen wurde der Divisor 4,24 verwendet, was dem Durchschnitt der letzten drei Jahre entspricht, da dieser Wert relativ konstant ist.

Ergebnisse

Generell zeigt sich ein Trend zu den Zweipersonenhaushalten. Die Zahl der Einpersonenhaushalte wird voraussichtlich noch bis 2020 leicht steigen, danach jedoch eher absinken. Die Anzahl der Haushalte mit drei und mehr Personen wird sich verringern, wobei

Abb. 1 Entwicklung der Brandenburger Privathaushalte von 1991 bis 2030



dies die Haushalte mit vier und mehr Personen stärker betrifft als die Dreipersonenhaushalte.

Die Summe aller Privathaushalte wird sich von 1,250 Mill. (2010) bis 2017 auf 1,266 Mill. um 1,3 % erhöhen, sich dann jedoch bis 2030 auf 1,205 Mill. um 4,8 % absenken. Insgesamt wird sich die Anzahl der Haushalte um 3,6 % verringern.

Die Bevölkerung in Einpersonenhaushalten wird sich von 456,1 Tsd. (2010) über 470,4 Tsd. (2020) auf 430,6 Tsd. (2030) um 5,6 % absenken. Der Anteil an der Gesamtheit der Haushalte wird dabei um 0,76 % sinken.

Die Zahl der Personen in Haushalten mit zwei Personen wird sich von 968,9 Tsd. (2010) auf 1,146 Mill. um 18,2 % erhöhen, wobei sich der Anteil an der Anzahl aller Haushalte um 8,8 % erhöhen wird.

Die Zahl der Bevölkerung, die in Dreipersonenhaushalten lebt, wird von 567,0 Tsd. (2010) auf 465,8 Tsd. (2030) um 17,9 % sinken und dabei wird sich der Anteil an der Gesamtzahl der Haushalte um 2,2 % verringern.

Die Bevölkerung in Haushalten mit vier und mehr Personen wird sich von 508,9 Tsd. (2010) auf nur 196,3 Tsd. (2030) um 61 % verringern. Dabei wird der Anteil an der Anzahl aller Haushalte um 5,8 % fallen.

Die Ursachen für die dargestellte Entwicklung der Zahl und Struktur der Bevölkerung sind äußerst vielfältig und komplex, sie können daher hier nur teilweise wiedergegeben werden. Da die Prognose auf den Entwicklungen in der Vergangenheit beruht, müssen diese genauer untersucht werden.

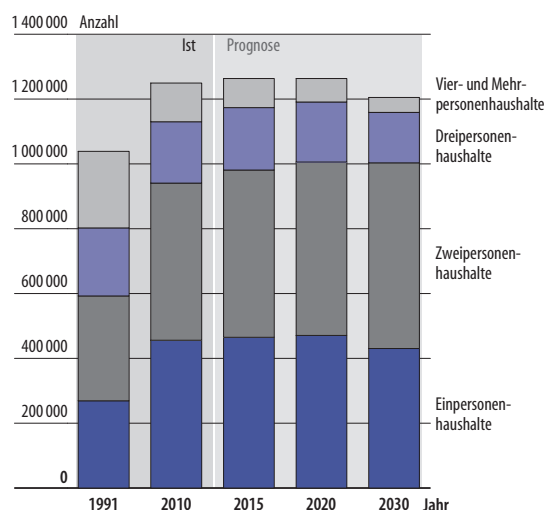
Von 1991 bis 2010 ist die Lebenserwartung kontinuierlich gestiegen, wobei die der Frauen höher liegt als die der Männer. Allerdings ist der Anstieg der Lebenserwartung bei den Männern größer als bei den Frauen. Dies führt auch dazu, dass es mehr Rentnerhepaare gibt, wodurch der Trend von den Einpersonenhaushalten zu den Zweipersonenhaushalten erklärt werden kann.

Die Zahl der Eheschließungen ist von 21 151 (1989) auf 8 328 (1991) gefallen und hat sich wieder auf 12 585 (2010) erhöht. Gleichzeitig ist jedoch auch die Zahl der Scheidungen von 8 401 (1989) auf 1 614 (1991) gesunken und wieder auf 5 190 (2010) gestiegen. Das Heiratsalter ist von 1990 bis 2010 gestiegen, bei den Frauen von 27,3 auf 35,5 und bei den Männern von 30,0 auf 38,7. Die Anzahl der Kinder bei Familien mit Kindern ist von 1,62 (1991) auf 1,43 (2010) gesunken, weiterhin ist das Alter der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder von 25,9 (1990) auf 29,6 (2010) gestiegen. Diese Entwicklungen führen zur Verkleinerung der Haushalte, insbesondere zur Verringerung der Bevölkerung in Haushalten mit drei und mehr Personen.

Bei fast allen Bevölkerungsgruppen, bis auf die Bevölkerung ab 65 Jahren, zeigte sich in der Prognose eine mitunter recht deutliche Erhöhung der Anteile in Einpersonenhaushalten. Allerdings wird die Anzahl der Bevölkerung ab 65 Jahren als einzige zunehmen. Gerade bei dieser Bevölkerungsgruppe zeigte sich eine deutliche Abnahme der Anteile in Einpersonenhaushalten.

Der Trend zu den Einpersonenhaushalten war besonders ausgeprägt bei der Bevölkerung von 0 bis unter 45 Jahre. Allerdings ist die Geburtenzahl von 32 997 (1990) rapide auf 13 469 (1992) gefallen und hat sich erst wieder auf 18 954 (2010) erhöht. Dies induziert vor allem die Abnahme der jungen Bevölkerung bis 2030.

Abb. 2 Entwicklung der Größe der Brandenburger Privathaushalte von 1991 bis 2030



Fazit

„Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen.“ Dieser Satz wird Mark Twain, Niels Bohr, Winston Churchill und anderen zugeschrieben.

In der Tat erhebt die hier vorgestellte Methode zur Prognose der Bevölkerung in Privathaushalten keineswegs Anspruch auf Vollständigkeit oder allgemeine Gültigkeit. Unterschiedliche Ansätze können durchaus zu relativ verschiedenen Lösungen kommen. Allerdings geben die vorgestellten Ergebnisse Aufschluss über die Größenordnung der zu erwartenden Entwicklungen.

Für die Zukunft verbleibt es zu überprüfen, inwiefern neue Möglichkeiten genutzt und vorhandene verbessert werden können, um zu genaueren Ergebnissen in der Haushaltsentwicklung zu kommen.

Autor: Georg Radow

Herr Radow ist Student der Mathematik an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus. Er absolvierte sein Praktikum im Amt für Statistik Berlin Brandenburg am Standort Cottbus, Referat 11 Mikrozensus.

Die Veränderung des ethnischen Bildes Berlins

Einführung

Berlin, das zu Beginn des Zwanzigsten Jahrhunderts zur Weltstadt aufstieg und – nach zwei verlorenen Kriegen – von den vier Siegermächten in zwei Blöcke aufgeteilt wurde, stand im zweiten Teil des Jahrhunderts im Brennpunkt der europäischen und auch der weltweiten geopolitischen Konflikte. Die heutige besondere Stellung der Stadt und die verschiedenartigen Aspekte ihrer Entwicklung in den beiden Teilen

sind untrennbar mit den gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Vorgängen während des letzten Jahrhunderts verknüpft und ohne diesen Bedingungskontext nicht zu verstehen.

In der von zwei Machtsphären aufgeteilten Stadt hatten sich zwei völlig unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Systeme gebildet. Trotz der erheblichen Unterschiede war man sich jedoch in dem Punkt einig, dass ein wirtschaftlicher Aufschwung und die Bekämpfung des Arbeitskräftemangels nach dem Zweiten Weltkrieg nur durch ausländische Hilfe erreicht werden konnte. Ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre wurden demzufolge in beiden deutschen Staaten unter Einbeziehung der beiden Teile Berlins Regierungsabkommen abgeschlossen, die eine Einreise ausländischer Gastarbeiter ermöglicht haben. Während aber die Aufnahmelande nur von einem vorübergehenden Aufenthalt dieser Migranten ausgingen, entschied sich ein bedeutender Teil der in Berlin-Ost wie Berlin-West angekommenen Immigranten für einen langfristigen Verbleib. Dieses Phänomen wurde angesichts der wirtschaftlichen

Krise in den siebziger Jahren offenbar erstmalig als Problem wahrgenommen.

Die Vereinigung der beiden Stadthälften, die sich 45 Jahre lang unabhängig und ganz verschiedenartig voneinander entwickelt hatten und ganz unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Systeme besaßen, ist mit der Wiedervereinigung der zwei deutschen Staaten im Jahr 1990 vollzogen worden. Dadurch eröffneten sich auch zahlreiche Möglichkeiten einer Angleichung der beiden Stadtgebiete, doch trotz einer intensiven ganzheitlichen Stadtentwicklungspolitik sind die sich während der jahrzehntelangen Trennung herausgebildeten Unterschiede auch heute noch klar erkennbar.

Statistische Grundlagen und methodische Fragen

Zur Vorbereitung der Analyse diente eine die ausländische Bevölkerung betreffende statistische Datenbank, die zwischen 1992 und 2010 alle drei Jahre auf der Ebene der LOR-Planungsräume¹ (447 Einheiten) die Zahl der ausländischen Gruppen nach Staatsangehörigkeit ausweist. Des Weiteren standen ab 2007 Statistiken zur Verfügung, die die Population, aufgeschlüsselt nach Migrationshintergrund², enthalten. Trotz einiger Veränderungen hat das Erlangen der Staatsangehörigkeit bis 2000 grundlegend auf dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 basiert, wobei nicht der Ort der Geburt (*ius soli*), sondern die Abstammung (*ius sanguinis*) über die Vergabe entschied. Das dann ab dem 1. Januar 2000 in Kraft getretene neue Gesetz hat es erleichtert, die deutsche Nationalität zu bekommen, bietet jedoch keine Möglichkeit, eine doppelte Staatsangehörigkeit zu besitzen. Die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit (abgesehen von ganz besonderen Ausnahmefällen) bedeutet demnach zugleich die Aufgabe der ursprünglichen Nationalität (Hoffmann, H. 2004).

Die dritte Art Daten, die die Grundlage dieser Arbeit bilden, geben Aufschluss darüber, wie viele Personen jährlich die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten haben. Dadurch wurde die Möglichkeit eröffnet, die räumlichen Strukturveränderungen aufgrund der Einbürgerungen der Ausländer näher zu analysieren.

In dem Beitrag soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit die politische und institutionelle Vereinigung auch gesellschaftliche Prozesse beeinflusst hat. Und zwar unter dem Aspekt, wie sich die in beiden Stadtteilen sichtbare und voneinander markant unterscheidende ethnische Raumstruktur während der letzten zwanzig Jahre verändert hat. In welchem Maße beeinflussten die Unterschiede der östlichen und westlichen Stadtteile die räumliche Ausrichtung der Ansiedlung verschiedener Gruppen und in welcher Form ist die Trennung/Vereinigung der Stadt in dem ethnischen Bild Berlins im Zeitraum von 1992 bis 2010 erkennbar? Das primäre Anliegen dieser Untersuchung besteht darin, die gesellschaftlichen Prozesse und Besonderheiten der deutschen Hauptstadt durch eine Aufarbeitung und Analyse der Veränderungen aufzuzeigen, sowie mit der vorgenommenen Differenzierung auch die Möglichkeit der Integration zu diskutieren.

¹ Mit Beschluss vom 1. August 2006 hat der Senat von Berlin die Lebensweltlich orientierten Räume (LOR) als neue räumliche Grundlage für die Fachplanungen sowie für die Prognose und Beobachtung demografischer und sozialer Entwicklungen festgelegt

(www.stadtentwicklung.berlin.de). Die bearbeiteten Daten wurden vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg zusammengestellt und freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

² In der Einwohnerregisterstatistik werden als Personen mit Migrationshintergrund laut Definition des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg die Personen ausgewiesen, die Ausländer/innen oder Deutsche mit Migrationshintergrund sind (www.stadtentwicklung.berlin.de).

Auf den Abbildungen ist neben den LOR-Einheiten auch die Gliederung nach Bezirken dargestellt, wobei – statt der heutigen Aufteilung – die Abgrenzung vor dem Jahr 2001 verwendet wurde. Darauf ist deswegen besonderer Wert gelegt worden, da es 2001 eine Bezirksreform gegeben hat, die in einigen Bezirken ehemalige Ost- und Westteile zusammenfasste – schließlich spielt die präzise Unterscheidung der Stadtteile in dieser Hinsicht eine überaus zentrale Rolle.

Das ethnische Bild Berlins vor 1992

Die Untersuchung der ausländischen Bevölkerung Berlins und die Frage nach deren Verteilung im städtischen Raum rückten ab den siebziger Jahren in den Vordergrund der gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Analysen. Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers sowie der Vereinigung Deutschlands und Berlins hat sich die Möglichkeit ergeben, die verschiedenen Prozesse umfassend zu analysieren und zu deuten. Die Forschung hat sich dabei allerdings nicht allein auf die Rekonstruktion der vorherigen drei Jahrzehnte konzentriert, sondern sich die Beschreibung der neuen Prozesse und Tendenzen der Entwicklung als Ziel gesetzt. (Hoffmeyer-Zlotnik, J. (1977), Müller, H. (1985), Schmalz-Jacobsen, C. – Hansen, G. (1995), Kemper, F.-J. (1998), Gesemann, F. (Hg.) (2001), Häussermann, H. – Kapphan, A. (2002), Schulz, M. (2002), Kil, W. – Silver, H. (2006), u.a.).

Im Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg traten die in Berlin lebenden Ausländer erstmals stärker in Erscheinung, was nach dem Bau der Mauer immer intensiver geworden war. Trotz der prinzipiellen politischen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen Ost und West haben die beiden Stadthälften in gewissem Sinne noch eine Einheit gebildet, da viele der Menschen von Berlin-Ost sowie aus dem Umland täglich in Berlin-West zur Arbeit gegangen sind – ab 1961 bestand hierzu dann keine Möglichkeit mehr.

Obwohl die Bundesrepublik Deutschland (BRD) schon seit den fünfziger Jahren Verträge mit Italien, Griechenland und Spanien über den Erhalt von Arbeitskräften geschlossen hatte, konnten aufgrund des Baues der Mauer auch diese Quellen den enormen Mangel an Arbeitskräften nicht mehr ausgleichen. So wurde in den sechziger Jahren mit der Türkei, Marokko, Portugal, Tunesien und Jugoslawien im Rahmen eines bilateralen Abkommens ein Austausch von Arbeitskräften vereinbart (Schulz, M. 2002). Ziel war dabei allerdings nicht die Ansiedlung der Immigranten, weshalb die ursprünglich nur für einige Jahre gekommenen und zumeist allein angereisten Gastarbeiter auch in Massenquartieren untergebracht wurden. Die Situation veränderte sich schlagartig, als deren Familien nachzogen und die Gastarbeiter aus diesen Quartieren auszogen und erstmalig nach besseren Lebensbedingungen in den Sanierungsgebieten der Stadt Ausschau hielten. Dieser Prozess entsprach einer immer offener zutage tretenden Tendenz, was dazu führte, dass die BRD und Berlin-West 1973 auf die Lage der Weltwirtschaft dergestalt reagierten, deren Anwerbung zu stoppen, verknüpft mit der Hoffnung auf Rückkehr

der Gastarbeiter. Die gewünschte Folge blieb jedoch aus und der Staat musste sich erstmals mit der Frage der Integration von ehemals als Gastarbeiter angekommenen, sich dann aber langfristig ansiedeln wollenden Minderheiten beschäftigen (Häussermann, H. – Kapphan, A. 2002). Neben den Gastarbeitern sind auch noch in geringeren Anteilen Flüchtlingsgruppen in den Westteil der Stadt gekommen, die Zahl der Ausländer lag in Berlin-West 1989 bei 296 620 Personen, womit diese einen Anteil von 15,9% an der Gesamtbevölkerung hatten (Quelle: Statistisches Jahrbuch 1990).

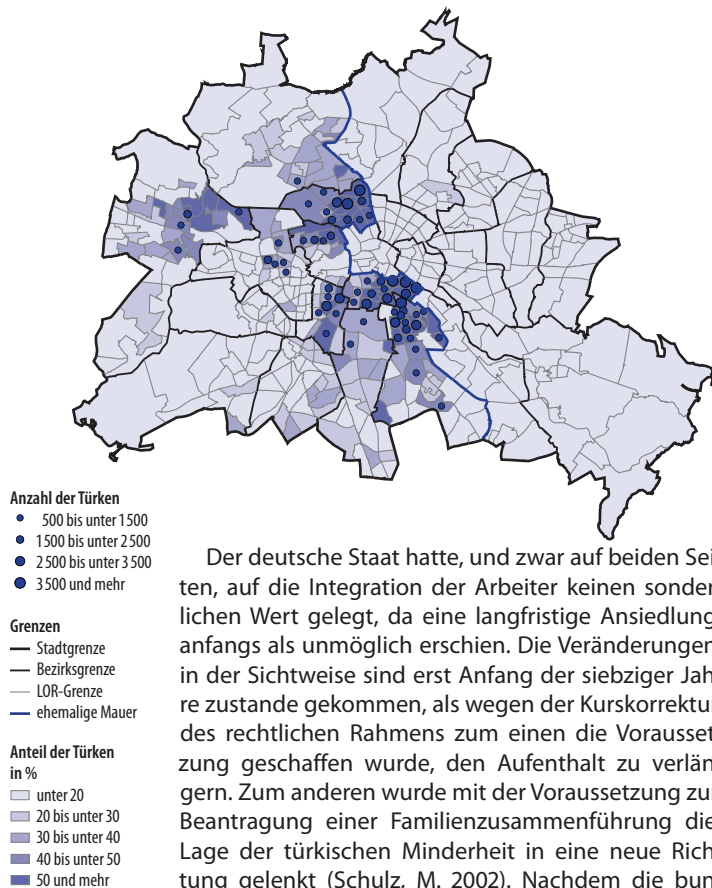
In der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) haben nach 1961 im Vergleich zur Situation in Westdeutschland andersartige Prozesse begonnen. Auch hier gab es Bedarf an Arbeitskräften, weshalb die politische Führung zuerst Arbeitskräfte aus kommunistisch orientierten Ländern (Vietnam, Kuba, Angola, Mosambik) aufgenommen hat. Auch die polnische und ungarische Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen hat wegen der räumlichen Nähe eine wichtige Rolle gespielt. Die „Integrationspolitik“ hat die Anwesenheit der Migranten auch als nur vorübergehend betrachtet und war nicht darauf ausgerichtet, eine Kohäsion zwischen der Mehrheit und den Minderheiten anzustreben. Der Anteil der Ausländer in Berlin-Ost war allerdings weit niedriger als der im Westteil der Stadt: 1989 gehörten dort 1,6% der Bevölkerung zu den ausländischen Staatsbürgern (Kemper, F.-J. 1998a).

In den folgenden Abschnitten sollen die Merkmale und die räumliche Verteilung von vier Minderheitengruppen zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung analysiert werden. Die Wahl ist deswegen so ausgefallen, weil diese im Hinblick auf die Gründe ihrer Migration, aufgrund ihrer Beziehungen zu den deutschen Staaten und wegen ihrer sozialen und kulturellen Distanz markant verschiedene Charakteristika aufweisen und infolge dieser unterschiedlichen Eigenschaften verschiedene Möglichkeiten hatten, sich in Berlin anzusiedeln. Da diese Prozesse mit den Gegebenheiten der Teilung der Stadt untrennbar verbunden sind, werden auch die Veränderungen und Tendenzen nach der Wiedervereinigung anhand dieser vier Gruppen deutlich sichtbar. Während sich die ab 1961 immigrierende türkische Minderheit wegen des Arbeitsabkommens vor der Vereinigung in Berlin-West angesiedelt hat, haben sich die Vietnamesen zwangsläufig grundsätzlich innerhalb des Ostteils der Stadt niedergelassen. Im Gegensatz dazu war die polnische Bevölkerung schon vor 1961 in der Stadt präsent, und zwar während der Jahre der Teilung in beiden Stadthälften. Die aus der ehemaligen Sowjetunion stammenden Gruppen waren bis 1990 vorrangig Vertreter der Siegermacht und wurden innerhalb der Stadt auch als solche wahrgenommen, von Einwanderung konnte auch erst nach 1990 die Rede sein.

Die türkische Minderheit

Im Jahr 1961 wurde der bilaterale Vertrag zwischen der Türkei und Deutschland abgeschlossen, der den Zuzug von Arbeitskräften näher regelte. In der Folge trat ein Prozess ein, dessen Auswirkungen und politische wie gesellschaftliche Folgen damals auch nicht annähernd erahnt wurden.

Abb. 1 Die räumliche Verteilung der Türken in Berlin 1992



Der deutsche Staat hatte, und zwar auf beiden Seiten, auf die Integration der Arbeiter keinen besonderen Wert gelegt, da eine langfristige Ansiedlung anfangs als unmöglich erschien. Die Veränderungen in der Sichtweise sind erst Anfang der siebziger Jahre zustande gekommen, als wegen der Kurskorrektur des rechtlichen Rahmens zum einen die Voraussetzung geschaffen wurde, den Aufenthalt zu verlängern. Zum anderen wurde mit der Voraussetzung zur Beantragung einer Familienzusammenführung die Lage der türkischen Minderheit in eine neue Richtung gelenkt (Schulz, M. 2002). Nachdem die bundesdeutsche Regierung Anfang der sechziger Jahre für die allein angereisten Arbeiter noch Massen- und Arbeiterquartiere vorgesehen hatte, sind die türkischen Familien am Ende des Jahrzehntes in die billigeren und größeren Altbauwohnungen der innerstädtischen Sanierungsgebiete (Kreuzberg, Wedding, Tiergarten) umgezogen (Kil, W. – Silver, H. 2006). In den auf diese Weise bevölkerungsmäßig neu zustande gekommenen Gebieten mit einer hohen Konzentration eines türkischstämmigen Anteils haben sich rasch und zunehmend Elemente einer türkischen Infrastruktur (Geschäfte, Agenturen, Restaurants usw.) gebildet, die die Prozesse bis hin zu einer immer mehr geschlossenen räumlichen wie gesellschaftlichen Einheit verstärkt haben (Abbildung 1).

Der aufgrund der weltwirtschaftlichen Lage 1973 erfolgte Stopp der Arbeitskräfteanwerbung hat nur vorübergehend und auch nur teilweise zu einer Abnahme der türkischen Population geführt. Obwohl die westdeutsche Führung mit politischen Reglementierungen ein Zurückgehen des Anteils von Ausländern bewirken wollte, konnte angesichts der rechtlichen Gegebenheiten und der höheren Fertilität unter den Türken lediglich eine Verringerung des Zuwachses der Minderheit erzielt werden, gestoppt werden konnte dieser aber nicht (Schulz, M. 2002).

Der durchschnittliche Anteil der 1975 in Berlin-West lebenden Ausländer betrug 9,3%, wobei der Anteil in einigen Bezirken über 15% lag. Der Senat hatte als Reaktion auf dieses Phänomen gleich mehrere Maßnahmen eingeleitet: Einerseits wurde in jenen Bezirken, in denen überwiegend Türken lebten (Kreuzberg, Wedding, Tiergarten), der weitere Zuzug von Aus-

ländern verboten – wegen der oben genannten Ursachen blieb diese Anordnung aber bis zur Abschaffung dieser Maßnahme im Jahr 1989 weitgehend wirkungslos. Nichtsdestoweniger stieg aber nun der Anteil der türkischen Bevölkerung in den anliegenden Bezirken (Schöneberg, Neukölln sowie Spandau). Zugleich wurde den Ausländern die Möglichkeit eingeräumt, vom sozialen Wohnungsbau zu partizipieren und dadurch aus den Gebieten mit einer starken räumlichen Konzentration weg zu ziehen (Häussermann, H. – Kapphann, A. 2002).

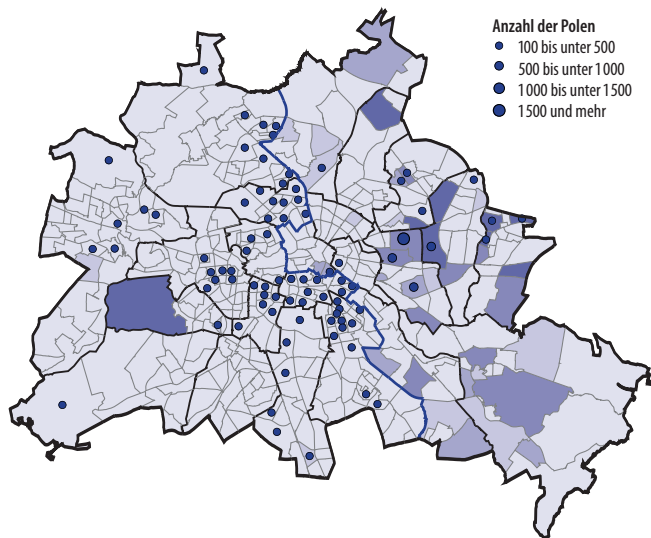
Wegen der genannten Entwicklungen haben die von Türken stark bewohnten Gebiete zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung ein markantes Bild abgeben (Abbildung 1). Sie lebten vornehmlich in den innerstädtischen Gebieten, mit einem Ausländeranteil von über 50% wie etwa in Ost-Kreuzberg, Nord-Neukölln, Ost-Wedding und Nord-Tiergarten sowie auch in Ost-Spandau. Betrachtet man auf der Karte die absoluten Zahlen, so wird deutlich, dass sie unweit der ehemaligen Mauer insbesondere Sanierungsgebiete frequentiert haben.

Die polnische Minderheit

Die Polen sind eine der am längsten in Berlin verweilenden Minderheiten. Die Ursache ist einerseits in der räumlichen Nähe Polens begründet, andererseits aber auch in der polnischen Geschichte zu finden, die ab dem achtzehnten Jahrhundert dazu geführt hat, eine große Zahl von Polen zur Auswanderung zu zwingen.

In den Ostgebieten des am Ende des neunzehnten Jahrhunderts entstandenen Deutschlands und insofern nicht zuletzt auch in Berlin war ein bedeutender Anteil der Bevölkerung Polen. Aufgrund ihrer Abstammung hat sich eine Gruppe, die in den preußischen Gebieten wohnte, hinsichtlich ihrer Identität als Polen bezeichnet, wegen ihrer Staatsangehörigkeit wurden sie jedoch als Deutsche betrachtet (preußische Polen). Eine andere Gruppe ist überwiegend von den stürmischen Gegebenheiten des Jahrhunderts nach Deutschland geflohen, um dort sicherere Lebensbedingungen zu finden; im Rahmen saisonaler oder langfristiger Migration haben diese versucht, die dort vorhandenen günstigeren Chancen zu nutzen (ausländische Polen). Für einige von ihnen war Berlin der Zielpunkt der Auswanderung, andere haben die Gegebenheiten der Stadt nur als Sprungbrett benutzt und ihren Weg bis hin zu den westlicher gelegenen Industriegebieten (z. B. das Ruhrgebiet) fortgesetzt. Vor diesem Hintergrund hat sich in der Stadt bereits zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts eine mit ausgeprägtem Selbstbewusstsein ausgestattete polnische Gemeinschaft gebildet, die sich auch institutionell stark verankerte und dementsprechend präsentierte: Sie hatten eine Zeitung herausgebracht, schufen politische und kulturelle Vereine und organisierten sich in Musik- und Sportvereinen usw. – somit waren sie auf allen Ebenen der Gesellschaft vertreten. Wegen der oben genannten statistischen Gemengelage ist es aber schwer, die Zahl der polnischen Minderheit genau zu bestimmen. Zwei unterschiedlichen Schätzungen zufolge lebten 1910 in Berlin und Umgebung 81369 Polen (preußische Statistik) bzw. rund 100 000 Polen (polnische Statistik), (Schmalz-Jacobsen, C. – Hansen, G. 1995).

Abb. 2 Die räumliche Verteilung der Polen in Berlin 1992



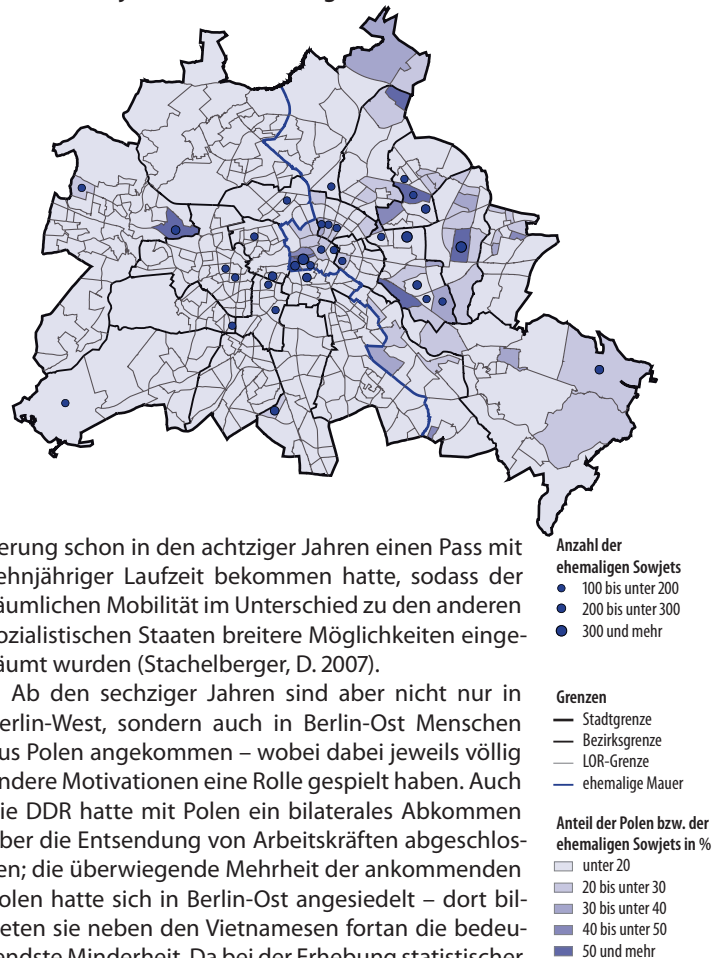
Nach dem Ersten Weltkrieg wurde in Berlin der Bund der Polen in Deutschland gegründet, dessen Ziel die Stärkung des Zusammenhalts und die rechtliche Vertretung der die deutsche Staatsangehörigkeit besitzenden Polen war. Diese Organisation wurde infolge des Zweiten Weltkrieges von den deutschen Machthabern verboten. Die Leitung wurde vor Gericht gestellt und anschließend in Arbeitslager deportiert, sodass die polnische Minderheit trotz ihrer bedeutenden Zahl in der deutschen Gesellschaft immer mehr von der Bildfläche verschwand.

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich zwei grundsätzlich verschiedene Gruppen von Polen in Berlin aufgehalten: einerseits die sich im Laufe der vorigen Jahrhunderte angesiedelten Gruppen, welche die deutsche Staatsangehörigkeit und einen polnischen Migrationshintergrund besaßen, andererseits Flüchtlinge und Gefangene, die nach dem Willen der jeweiligen Siegermacht in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollten. Viele sind allerdings nach der Rückkehr vor den politischen Veränderungen in Polen geflohen und haben in West-Europa sowie in den USA nach besseren Lebensbedingungen gesucht (Schmalz-Jacobsen, C. – Hansen, G. 1995).

In dem Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg sind aber auch noch andersartige Vorgänge zu beobachten. Ab den fünfziger Jahren wurde zuallererst den Spätaussiedlern von Süd- und Südost-Europa die Möglichkeit gegeben, nach Deutschland zurückzukehren – was dazu führte, dass sich eine große Anzahl davon in Berlin-West angesiedelt hat. Diese Menschen haben die deutsche Staatsangehörigkeit automatisch bekommen und im Rahmen der Integrationshilfemaßnahmen konnten sie an Sprachkursen teilnehmen, zinslose Kredite aufnehmen, Sozialwohnungen bekommen usw., konnten also relativ schnell in der neuen Gesellschaft Fuß fassen (Stachelberger, D. 2007).

Der sprunghaft anwachsende Prozess der Auswanderung aus Polen und der Einwanderung nach Berlin-West nahm 1980/1981 wegen der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise seinen Anfang und erreichte 1989 seinen Höhepunkt. Die beschriebene Tendenz kann allerdings auch damit in Zusammenhang stehen, dass die polnische Bevöl-

Abb. 3 Die räumliche Verteilung der ehemaligen sowjetischen Staatsbürger in Berlin 1992



kerung schon in den achtziger Jahren einen Pass mit zehnjähriger Laufzeit bekommen hatte, sodass der räumlichen Mobilität im Unterschied zu den anderen sozialistischen Staaten breitere Möglichkeiten eingeräumt wurden (Stachelberger, D. 2007).

Ab den sechziger Jahren sind aber nicht nur in Berlin-West, sondern auch in Berlin-Ost Menschen aus Polen angekommen – wobei dabei jeweils völlig andere Motivationen eine Rolle gespielt haben. Auch die DDR hatte mit Polen ein bilaterales Abkommen über die Entsendung von Arbeitskräften abgeschlossen; die überwiegende Mehrheit der ankommenden Polen hatte sich in Berlin-Ost angesiedelt – dort bildeten sie neben den Vietnamesen fortan die bedeutendste Minderheit. Da bei der Erhebung statistischer Daten innerhalb der DDR kein besonderer Wert auf ethnische Fragen gelegt wurde, stehen auch keine verlässlichen Daten zur Verfügung, um die Veränderungen innerhalb dieses Zeitraums genauer darzulegen.

Die Darstellung der polnischen Minderheiten auf der Abbildung 2 zeigt die oben genannten Charakteristika auf und weist auf die Eigenschaft dieses Personenkreises als dominante Minderheit hin: Im Ostteil Berlins steht die polnische Bevölkerung allein wegen des niedrigen Anteils der übrigen Ausländer an erste Stelle. Das Vorhandensein von Studentenheimen in Marzahn spiegelt die hohen Anteilswerte (über 50% unter den Ausländern) wider; aufgrund der Konzentration der Massenquartiere sind wohl in Lichtenberg die absoluten Zahlen die höchsten. Demgegenüber hat sich in Berlin-West eine größere Konzentration nur in dem Bezirk Wilmersdorf gebildet, wo die größte Zahl der polnischen Migranten lebte, ähnlich der Türken in innenstadtnahen Gebieten.

Die Minderheit aus der ehemaligen Sowjetunion

Die Migration aus der ehemaligen Sowjetunion vor 1992 kann auf vier Wellen aufgeteilt werden. Die erste große Auswanderungswelle kann nach der russischen Revolution 1917 ausgemacht werden, als sich schätzungsweise 360 000 Russen größtenteils in Charlottenburg angesiedelt haben. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren Sowjetbürger – wie bereits

Abb. 4 Die räumliche Verteilung der vietnamesischen Minderheit in Berlin 1992



angedeutet – zuvörderst als Vertreter einer der vier Siegermächte in Berlin-Ost präsent (Abbildung 3).

Ab den sechziger Jahren haben besonders Intellektuelle, die von ihrem Regime als Staatsfeinde angesehen wurden, in der westdeutschen Demokratie nach Zuflucht und Sicherheit vor Vergeltungsmaßnahmen gesucht. Die vierte Welle ist ähnlich ursächlich begründet und mit den vorgenannten Geschehnissen vergleichbar: Ab den achtziger Jahren flohen insbesondere russische Juden und Spätaussiedler infolge des Antisemitismus in der UdSSR. Dabei ist es wichtig, zwischen diesen beiden Gruppen zu unterscheiden: Während die Spätaussiedler die deutsche Staatsangehörigkeit aufgrund der gesetzlichen Lage – unabhängig von ihrer kulturellen Identität, ihren Sprachkenntnissen usw. – sofort erhalten haben und auch ansonsten von dem westdeutschen Staat großzügig unterstützt wurden, erhielten die russischen Juden nur Flüchtlingsausweise und wurden insofern nach wie vor als Ausländer eingestuft.

Die vietnamesische Minderheit

Obwohl der Bevölkerungsanteil von Menschen aus Vietnam schon während der sechziger Jahre in Berlin sichtbar war, hat die Einwanderung in den Achtzigern noch einmal zu- und eine neue Dimension angenommen.

Nach der Auflösung des Status als Kolonie folgte in Vietnam eine politisch spannungsreiche und kriegerische Epoche, was viele Vietnamesen dazu veranlasste, ihre Heimat zu verlassen („Boat-People“). Die BRD hat diesen Flüchtlingen Asyl gewährt; unter ihnen befanden sich vorwiegend Personen der bürgerlichen, gebildeten Mittelschicht, die sich schnell in die deutsche Gesellschaft integrieren konnten (Kil, W. – Silver, H. 2006).

Im Jahr 1980 wurde ein bilateralen Vertrag zwischen dem kommunistischen Vietnam und der DDR abgeschlossen, die der Art des Zuzuges – und zwar ausschließlich für deren Geltungsbereich – eine neue Richtung verlieh. Ungebildete Arbeitskräfte wurden in das Land geholt, die von der DDR in der Leicht- und Bauindustrie beschäftigt wurden und am Rand von

Berlin-Ost (Lichtenberg, Marzahn) in Massenquartieren untergebracht und somit von der deutschen Bevölkerung stark segregiert wurden (Dennis, M. 2007). Die politischen Veränderungen in 1989/90 haben die Situation der vietnamesischen Minderheit stark beeinflusst, da der deutsche Staat nach der Vereinigung die Laufzeit dieses Abkommens verkürzte und die vielen Vietnamesen somit zur Rückkehr zwingen wollte. Viele sind jedoch dieser Aufforderung nicht nachgekommen und keineswegs heimgekehrt, sondern haben versucht, sich aus eigener Kraft weiter „über Wasser zu halten“ und „illegal“ in der Stadt zu verbleiben.

Da auch in diesem Fall seitens der DDR bei der Erhebung statistischer Daten kein besonderer Wert auf ethnische Fragen gelegt wurde, stehen ebenso wenig Daten zur Verfügung, um die Veränderungen innerhalb dieses Zeitraums präzise darzulegen. Die Statistiken über Berlin-Ost wurden im Übrigen erstmals im Jahr 1992 im Statistischen Jahrbuch Berlins veröffentlicht (Abbildung 4).

Die Veränderung des ethnischen Bildes Berlins von 1992 bis 2010

Infolge der Wende, der Überwindung der Teilung der Stadt und der Gestaltung eines politisch und gesellschaftlich einheitlichen Systems hat in Berlin eine neuartige Entwicklung auf vielen Ebenen stattgefunden.

Zwischen 1950 und 1990 hatten verschiedene Ursachen eine Rolle bei der Ansiedlung der ausländischen Bevölkerung in Berlin gespielt. Um die räumliche Verteilung der Ausländer nach der Stadtvereinigung präzise darzustellen, wurden mehrerlei Statistiken zurate gezogen. Für das wieder vereinte Berlin zeigen die Statistiken ein permanentes Wachstum des Ausländeranteils zwischen 1992 (11,2 %) und 2007 (14,0 %), während im Jahr 2010 eine leichte Abnahme zu erkennen ist. Eine andere Tendenz lässt sich ausmachen, wenn man die Entwicklungen in den zwei ehemals getrennten Stadtteilen betrachtet: Einerseits ist der bedeutende Unterschied in den Ausländeranteilen zwischen Ost und West weiterhin auffallend, andererseits ist in Berlin-West ein Rückgang des Ausländeranteils erkennbar (2007: 19,6 %; 2010: 17,7 %), während der Anteil der Ausländer in Berlin-Ost angestiegen ist (2007: 4,9 %; 2010: 6,7 %).

Neben den auf die Ausländer bezogenen Statistiken ist es aber auch von Bedeutung, den Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Ausländer und Deutsche mit Migrationshintergrund) zu berücksichtigen. Auf Berlin bezogene Zahlen hierzu sind seit 2007 verfügbar: Während der Ausländeranteil 2007 bei 14 % lag, betrug der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund 25,7 % der Bevölkerung Berlins. Dieser Unterschied hat sich in den folgenden Jahren mit dem Sinken des Anteils der Ausländer noch vergrößert. Der markante Unterschied zwischen den zwei Statistiken ist hauptsächlich durch die steigende Anzahl der eingebürgerten Ausländer zu erklären. Die größten Unterschiede sind in den innerstädtischen Bereichen des ehemaligen Berliner Westteils zu beobachten, während in Berlin-Ost größere Abweichungen zwischen den Anteilen nur in den nördlichen Teilen von Marzahn und Lichtenberg zu finden

sind (Abbildung 5). Die Spezifika dieses Phänomens werden in der folgenden Analyse im Zusammenhang mit den einzelnen Nationalitäten ausgeführt.

Die räumlichen Angaben zu den vier im Rahmen dieses Beitrags untersuchten Minderheitengruppen haben neben der Kartierung auch die Anwendung von statistischen Untersuchungsmethoden ermöglicht – die Ergebnisse wurden mithilfe des Indexes der Segregation dargestellt³.

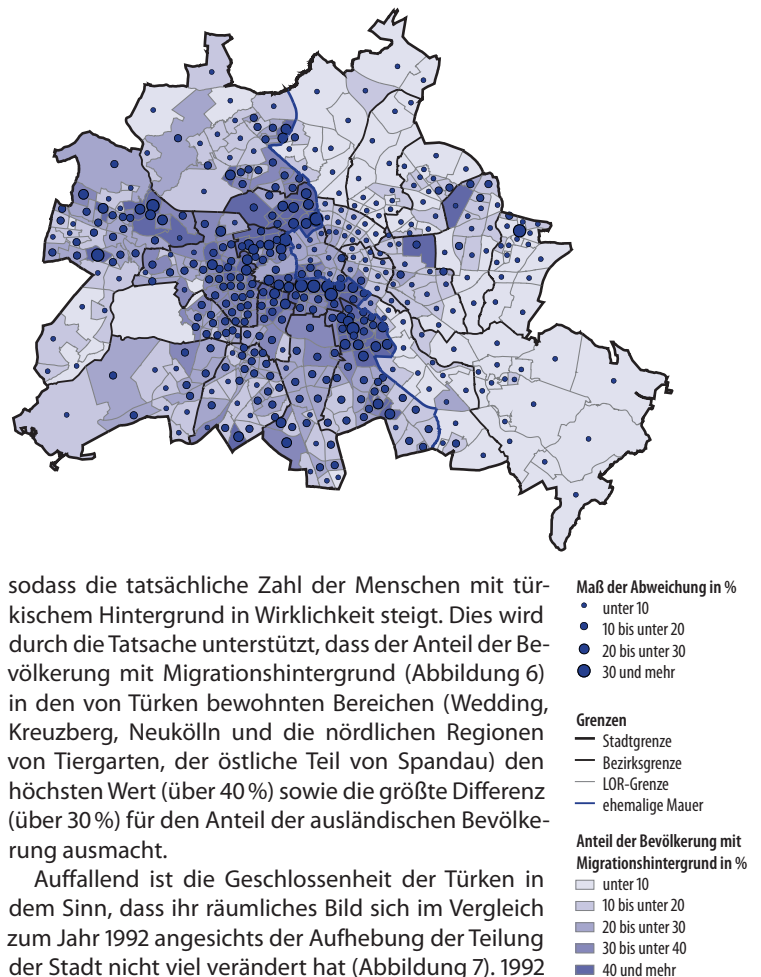
Das erste auffallende Phänomen bei der Untersuchung der Indexwerte zur Segregation ist die Abnahme bei allen Gruppen zwischen 1992 und 1995, wobei dies bei den Vietnamesen und den Minderheiten der ehemaligen Sowjetunion etwas deutlicher zu erkennen ist als bei den Türken und Polen. Diese Tendenz hat sich zum Ende der neunziger Jahre in zwei Fällen in eine steigende Segregation umgewandelt, und zwar bei den Vietnamesen und den Minderheiten der ehemaligen Sowjetunion; bei den Türken und Polen ist hier ein geringerer Anstieg zu erkennen. Die Ergebnisse zeigen die stärkste Segregation (47 % bis 60 %) bei den türkischen und vietnamesischen Gruppen, deren heutiges räumliches Bild besonders stark durch die Prozesse und Ansiedlungsmöglichkeiten vor 1990 beeinflusst wurde. Die räumliche Verteilung der Polen und der ehemaligen sowjetischen Staatsbürger führt zu geringeren Segregationswerten, was einerseits aus der historischen Entwicklung der bereits seit langer Zeit anwesenden Gruppe der Polen zu folgern ist, andererseits durch die stärkere Einwanderung der ehemaligen sowjetischen Staatsbürger seit 1990 erklärt werden kann.

Die türkische Minderheit

Für den Zeitraum ab 1990 können die aus der Türkei nach Berlin gekommenen Migranten in zwei charakteristische Gruppen eingeteilt werden. Es gibt einerseits die aus dem kurdischen Gebiet der Türkei stammenden Menschen, die vor den bewaffneten Konflikten und Terroranschlägen nach Deutschland geflohen sind und bemüht waren, sich mithilfe des Flüchtlings-Status langfristiger anzusiedeln. Andererseits hat ein dominanter Teil nach der Familienzusammenführung nach einem sichereren Lebensunterhalt in der Stadt gesucht (Häussermann, H. - Kapphan, A. 2002).

Die Tendenzen in den letzten 20 Jahren unterscheiden sich in vielen Punkten von der Zeit vor der Wiedervereinigung. Einer der wichtigsten Faktoren ist – neben einer deutlich niedrigeren Zahl von Einwanderungen im Vergleich zu der Zeit vor 1990 – das aus statistischer Sicht permanente Schrumpfen der türkischen Bevölkerung in Berlin (1992: 138 733 Personen; 2001: 125 084 Personen; 2010: 104 556 Personen). In diesem Fall ist es jedoch wichtig, die Entwicklung der Anzahl der eingebürgerten Personen zu berücksichtigen, welche als einer von vielen Faktoren die Richtung der Veränderung erklärt. Ab 1991 wurden durchschnittlich 3 500 Türken pro Jahr eingebürgert,

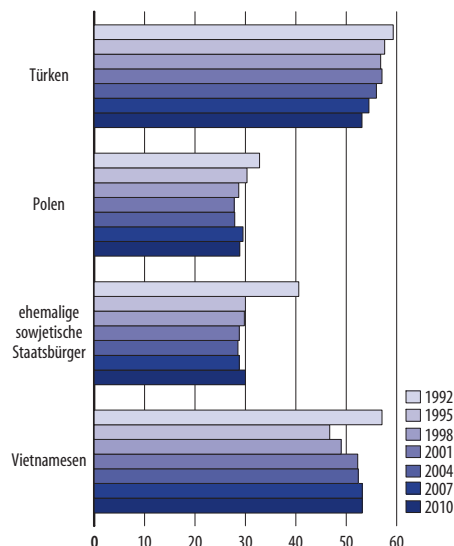
Abb. 5 Der Anteil und die Abweichung von dem Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Berlin 2010



sodass die tatsächliche Zahl der Menschen mit türkischem Hintergrund in Wirklichkeit steigt. Dies wird durch die Tatsache unterstützt, dass der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Abbildung 6) in den von Türken bewohnten Bereichen (Wedding, Kreuzberg, Neukölln und die nördlichen Regionen von Tiergarten, der östliche Teil von Spandau) den höchsten Wert (über 40 %) sowie die größte Differenz (über 30 %) für den Anteil der ausländischen Bevölkerung ausmacht.

Auffallend ist die Geschlossenheit der Türken in dem Sinn, dass ihr räumliches Bild sich im Vergleich zum Jahr 1992 angesichts der Aufhebung der Teilung der Stadt nicht viel verändert hat (Abbildung 7). 1992 haben 0,6 % und 2010 3,8 % der in Berlin ansässigen Türken in der Region der ehemaligen DDR gewohnt. Ihre Anzahl und ihr Anteil haben sich zwischen den zwei Zeitpunkten zuerst in den Gebieten von Berlin-Ost zugenommen, die an Berlin-West angrenzen (Treptow, Friedrichshain, Pankow). Die Anwesenheit

Abb. 6 Wandel des Indexes der Segregation für die untersuchten Minderheiten in Berlin in den Jahren 1992 bis 2010



³ Der Index der Segregation zeigt, wie viel Prozent einer bestimmten Minderheitengruppe in andere Bereiche der Stadt umziehen müssten, damit ihre räumliche Verteilung mit der Verteilung

der gesamten Bevölkerung übereinstimmt. Ein Wert von 0 % bedeutet hierbei die totale Mischung, einer von 100 % die absolute Separierung (Johnston, R. - Poulsen, M. - Forrest, J. 2010).

Abb. 7 Die räumliche Verteilung der Türken in Berlin 2010



von türkischen Bewohnern ist in den günstigeren Vierteln, die in den östlichen sowie äußeren Teilen der Stadt liegen, verschwindend gering geblieben. Eine Erklärung für dieses Phänomen kann unterschiedlich aussehen. Einerseits dürfte der Grund hierfür darin zu finden sein, dass die Mitglieder einer Minderheit die Vorteile und Sicherheiten des in den westlichen Bezirken entwickelten Sozialnetzes und der Infrastruktur präferieren, während die Diskriminierung und Bedrohung in den östlichen Stadtteilen eine größere Gefahr bedeuten (Kemper, F.-J. 1998a). Andererseits spielt bei der Wahl des Wohnorts durch die Türken heutzutage nicht nur der Preis eine Rolle, sondern es rückt auch die Qualität immer mehr in den Vordergrund (Schulz, M. 2002).

Die oben genannten Entwicklungen werden von den Ergebnissen zum Index der Segregation untermauert: Für die Türken zeigt sich die markanteste Separierung unter den untersuchten Gruppen in 1992 (59,3%), welche infolge des immer kleiner werdenden Werts im Jahr 2010 durch die nun am stärksten segregierte Gruppe der vietnamesischen Minderheit abgelöst wird. In der Analyse dieser Zahlen sollte allerdings die hohe Anzahl der Einbürgerungen berücksichtigt werden: Es stellt sich nämlich angesichts der statistischen Angaben ein der Segregation entgegengesetzter Prozess ein, wobei die beschriebene Tendenz hinsichtlich der türkischen Gemeinschaft in Wirklichkeit auf keinen Fall so dramatisch ist.

Die polnische Minderheit

Im Unterschied zur Tendenz der 1980er Jahre, als die massenhafte Rückkehr der Spätaussiedler die bedeutendste Rolle gespielt hat, haben nach 1991 neuartige Prozesse zwischen Polen und der heutigen deutschen Hauptstadt eingesetzt.

Infolge der in 1989 eingeführten gesetzlichen Veränderungen, die hinsichtlich der Anzahl der Bundesdeutschen strenge Beschränkungen enthielten, wurde das seit 1981 intensive Wachstum der polnischen Gemeinschaft bis zu Beginn der 2000er Jahre von einer Stagnation und Verringerung begleitet. Nicht nur die Intensität, sondern auch die Gründe für die Migration hatten sich verändert. Der in 1981 begon-

nenen Krise folgte ein wirtschaftlicher und politischer Wandel in Polen.

Trotz oder gerade wegen aller dieser Einflüsse hat Berlin infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs nach der Vereinigung erneut viele günstige Arbeitskräfte benötigt. So haben viele Polen während dieser Zeit in Branchen, wo Arbeitskräfte mit niedrigen Fachkenntnissen benötigt wurden, die Möglichkeit gesehen, den eigenen existenziellen Aufstieg zu finden. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig zu betonen, dass die illegalen Einwanderer und die auf dem Schwarzmarkt ihren Lebensunterhalt verdienenden Polen dabei in den offiziellen Statistiken nicht auftauchen, wie überhaupt im Hinblick auf die vorliegenden Zahlen der hier betrachteten Minderheit grundsätzlich unterschiedliche Schätzungen existieren. Für das explosionsartige Ansteigen nach dem Anschluss an die EU hat es eine wesentliche Rolle gespielt, dass die bis dahin illegal in der Stadt anwesenden Gruppen sich nach 2004 legal in Berlin aufhalten und heimisch werden konnten (Stachelberger, D. 2007).

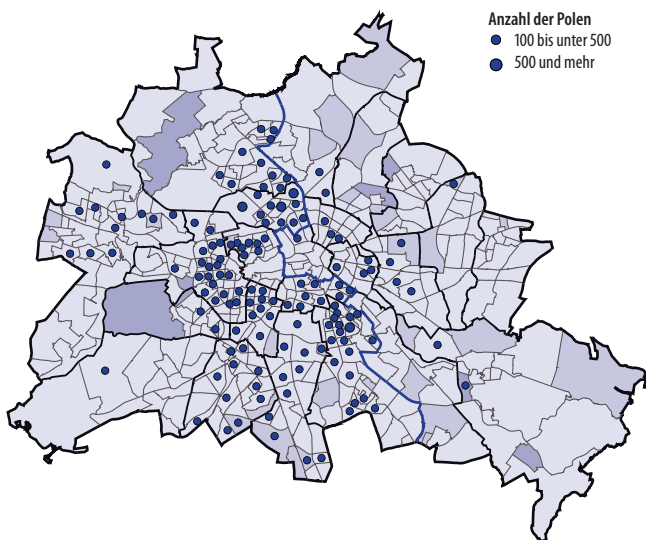
Die oben genannten Entwicklungen und Veränderungen können dann auch anhand des Verlaufs der Zahl der polnischen Einbürgerungen fundiert belegt werden. Die bis 1990 stark wachsende Anzahl (1981: 237 Personen; 1986: 637 Personen; 1990: 3 554 Personen) hat sich wegen der rechtlichen Veränderungen in einen starken Rückgang (1991: 1 504 Personen; 1996: 168 Personen; 2000: 81 Personen) umgewandelt. Während die polnischen Einwanderer der achtziger Jahre die Staatsbürgerschaft wegen ihres Status (Spätaussiedler) problemlos erhalten haben, war dies nach 1990 ungleich schwerer möglich. Dies dauerte bis 2000 an, als der Abnahme wegen der Einführung des neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes eine Stagnation folgte. Der nächste Aufschwung hat mit dem Anschluss an die EU begonnen, doch die Intensität erreichte nie die Werte der achtziger Jahre.

Das zahlenmäßige Bild der polnischen Gemeinde Berlins spiegelt stark die oben genannten Entwicklungen wider. Die deutsche Politik hat mit dem Anschluss an die EU mit massenhaften Einwanderungen aus Osteuropa gerechnet, doch diese blieben aus. Der Grund für den 2010 stattgefundenen Rückgang ist, dass die polnischen Einwanderer größtenteils keine langfristige Ansiedlung geplant haben, sondern versuchten, Kapital zum Aufbau ihrer eigenen Existenz im Heimatland aufzubringen (z. B. Bildung, Hausbau, Kauf eines PKW) und danach das Leben in Polen weiterzuführen (Miera, F. 2008).

Die Werte des Index zur Segregation bewegten sich zu Anfang 2000 in Richtung der Angleichung (1992: 31,8%; 2001: 27,8%), mit dem Zuwachs der Gemeinde haben sie sich in 2007 (29,5%) aber wieder zur größeren räumlichen Geschlossenheit bewegt. Die Tendenz im Zusammenklang mit den obengenannten Prozessen bewegt sich heutzutage wieder leicht in die Richtung der Angleichung (2010: 28,9%).

Im Vergleich zu der Lage in 1992 (Abbildung 2) sind die Konzentrationen in der östlichen Stadthälfte in 2010 verschwunden, nur in Berlin-West sind von den Polen dichter bewohnte Einheiten zu finden (West-Wilmersdorf, Nordwest-Reinickendorf). Hinsichtlich der, wenn auch fallenden, absoluten Werte, sind sie besonders im Westteil der Stadt anwesend (Abbildung 8).

Abb. 8 Die räumliche Verteilung der Polen in Berlin 2010



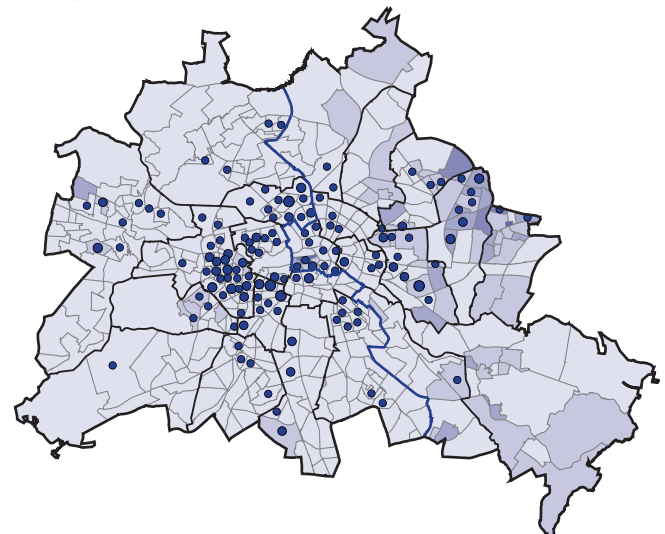
Die Minderheiten aus der ehemaligen Sowjetunion

Seit den neunziger Jahren sind bedeutende Veränderungen nicht nur in der Zusammensetzung, sondern auch in der Größe der Gruppen von Migranten eingetreten. Die bis dahin nicht in den Statistiken auftauchenden Minderheiten der ehemaligen Sowjetunion haben sich seither in wachsender Anzahl in Berlin angesiedelt.

Während der neunziger Jahre sind etwa 25% der gesamten Einwanderer aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion angekommen – hauptsächlich aus den Gebieten der Russischen Föderation und Kasachstan. Mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ wurden den Spätaussiedlern, besonders aus den asiatischen Gebieten, mehr Möglichkeiten gegeben, nach Deutschland heimzukehren. Diese Gruppen konnten aber erst ab 1992 nach Berlin kommen, da die deutsche Politik mit einer Quote die Zahl der Aufnahme der Migranten geregelt hat und für diese in den Jahren 1990/91 die Ansiedlung nur in anderen Bundesländern möglich war. Neben den Aussiedlern stellten die russischen Juden eine beträchtliche Gruppe dar, die sich zunehmend mit den nationalistischen Bestrebungen in ihrer Heimat konfrontiert sahen und überwiegend aus den Großstädten des europäischen Teils der Sowjetunion in die deutsche Hauptstadt gekommen sind. Die politische Führung hat auch in diesem Falle Quoten bestimmt, infolge derer nach 1994 eine unvermittelte Ansiedlung in Berlin aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion unmöglich war (Häussermann, H. – Kapphan, A. 2002). Trotz alledem war die Berliner Gemeinde der Juden am Ende des Jahrtausends die schnellst wachsende Diaspora (Jasper, W. – Glöckner, O. 2001).

Bei der Untersuchung der Minderheiten aus der ehemaligen Sowjetunion ergibt sich die gleiche Problematik wie bei der polnischen Gemeinde: Mit der automatischen Einbürgerung ist ein überwiegender Teil der Spätaussiedler in den offiziellen Statistiken und dadurch auch für die Analyse verloren gegangen. Laut den ab 2001 verfügbaren Daten wurden zwischen 2001 und 2009 jährlich durchschnittlich 690 Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion ein-

Abb. 9 Die räumliche Verteilung der ehemaligen sowjetischen Staatsbürger in Berlin 2010



gebürgert, doch ohne diese Personen bilden sie die am dynamischsten wachsende Minderheitengruppe in Berlin: Innerhalb eines Jahrzehntes nach 1992 hat sich ihre Zahl verdoppelt (1992: 15 696 Personen; 2001: 32 607 Personen) und nach der Jahrtausendwende ist weiterhin ein leichtes Wachstum zu beobachten (2010: 37 846 Personen).

Eines der wichtigsten Charakteristika ist, dass es sich hierbei um die Minderheit handelt, die neben den Vietnamesen immer dominanter in Berlin-Ost in Erscheinung tritt. Dies ist besonders darauf zurückzuführen, dass die deutsche Politik den Migranten in den äußeren Bezirken von Berlin-Ost Wohngebiete zugewiesen hat. Danach hat sich ein selbst verstärkender Prozess eingestellt: Die folgenden Ansiedler haben freiwillig statt der ihnen unpersönlich erscheinenden Stadtteile die von ihren Nationalitäten bewohnten Gebiete gewählt, wozu Mahlzahn, Hellersdorf, Lichtenberg sowie Charlottenburg zählten (Kil, W. – Silver, H. 2006).

Bei der räumlichen Verteilung wird deren Verdoppelung deutlich sichtbar (Abbildung 9), und neben den Polen ist es die Gruppe mit der gleichmäßigsten räumlichen Verteilung in der Stadt. Im Ostteil der Stadt ist ihre Rate wegen des höheren Ausländeranteils verhältnismäßig niedrig (nördlicher Teil Mahlzahns und Hellersdorfs, die südlichen Teile Lichtenbergs), im Westteil ist die Rate aufgrund ihrer großen absoluten Zahl höher (Ost-Charlottenburg, Nord-Schöneberg sowie Wedding).

Die vietnamesische Minderheit

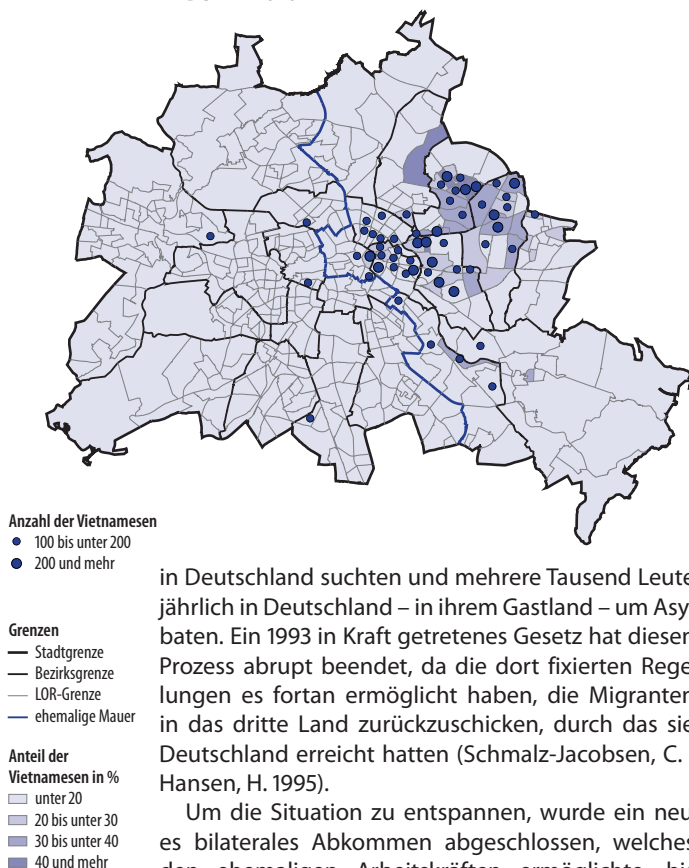
Infolge der politischen Veränderungen in 1989/1990 und während des Prozesses der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten wurde das einst zwischen der DDR und Vietnam geschlossene Abkommen aufgelöst und die vietnamesischen Arbeitskräfte wurden aus den staatlichen Firmen entlassen. Infolgedessen sind viele dieser Menschen in ihre alte Heimat zurückgekehrt, eine keineswegs kleine Gruppe wollte allerdings ohne gültige Aufenthaltserlaubnis weiterhin in Berlin bleiben. Die Lage wurde dadurch erschwert, dass zahlreiche Vietnamesen nach Perspektiven für bessere Lebensbedingungen

Anzahl der
ehemaligen Sowjets
● 100 bis unter 200
● 200 bis unter 300
● 300 bis unter 400
● 400 und mehr

Grenzen
— Stadtgrenze
— Bezirksgrenze
— LOR-Grenze
— ehemalige Mauer

Anteil der Polen bzw. der
ehemaligen Sowjets in %
□ unter 20
□ 20 bis unter 30
□ 30 bis unter 40
□ 40 bis unter 50
□ 50 und mehr

Abb. 10 Die räumliche Verteilung der Vietnamesen in Berlin 2010



in Deutschland suchten und mehrere Tausend Leute jährlich in Deutschland – in ihrem Gastland – um Asyl baten. Ein 1993 in Kraft getretenes Gesetz hat diesen Prozess abrupt beendet, da die dort fixierten Regelungen es fortan ermöglicht haben, die Migranten in das dritte Land zurückzuschicken, durch das sie Deutschland erreicht hatten (Schmalz-Jacobsen, C. – Hansen, H. 1995).

Um die Situation zu entspannen, wurde ein neues bilaterales Abkommen abgeschlossen, welches den ehemaligen Arbeitskräften ermöglichte, bis zum Auslaufen des ursprünglichen Abkommens in Deutschland zu bleiben, sowie bei Erfüllung besonderer Kriterien (sicheres Einkommen und Wohnverhältnisse, angemessene Sprachkenntnisse, keine Vorstrafen usw.) ein langfristiges Visum zu bekommen. Diese Kriterien waren allerdings schwer zu erfüllen, da zahlreiche Fabriken und Unternehmen wegen der wirtschaftlichen Veränderungen im Ostteil schließen mussten und die Arbeitslosigkeit ohnehin zu den größten Problemen gehörte. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass zuallererst der Schwarzmarkt den Migranten die Möglichkeit geboten hat, ihren Lebensunterhalt zu sichern. Während noch zu Beginn der neunziger Jahre die Umstellung der Planwirtschaft in Berlin-Ost auf die neuen Marktbedingungen eine nachhaltige Krise ausgelöst hat, eröffnete diese wirtschaftliche Umstellung den Vietnamesen zu Beginn der Zweitausender Jahre zweifellos neue „Erwerbsmöglichkeiten“.

Es ist nicht nur als Folge der historischen Entwicklung zu verstehen, dass die vietnamesische Minderheit sich größtenteils im Ostteil konzentriert. Die Vietnamesen, die entlassen wurden, durften in Berlin-West keinerlei Unternehmen gründen. Infolgedessen haben sie neben der Schwarzarbeit versucht, die wirtschaftliche Sparte zu nutzen, die sich durch den wirtschaftlichen Wandel neu auftat: Sie fanden ihren Platz im Einzelhandel (Kil, W. Silver, H. 2006).

Aufgrund dieser Geschehnisse ist die vietnamesische Minderheit heute unter den am schnellsten wachsenden Gruppen zu finden. Bei den statistischen Angaben ist es noch wichtig, anzumerken, dass bis 2000 nur wenige Einbürgerungen beantragt wurden

und dass auch während des letzten Jahrzehnts die Zahl der Einbürgerungen nur sehr langsam zugenommen hat (zwischen 2001 und 2009 durchschnittlich 138 Personen pro Jahr).

Die Abnahme des Indexes der Segregation zwischen 1992 und 1995 (Abbildung 6) steht in Zusammenhang mit dem Rückgang der Zahl der vietnamesischen Minderheit in Ostteil um 10 % (1992: 5 044 Personen; 1995: 4 411 Personen). Der Grund für die von 1995 bis 2000 zunehmende intensive Separation (1995: 46,7%; 2001: 52,3 %) ist in der Folge der oben skizzierten schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu finden. Obwohl diese Tendenz ab 2000 zurückgegangen ist, hat die vietnamesische Minderheit in 2010 den höchsten Wert zur Segregation verbuchen können (2010: 53,2 %).

Das Bild der räumlichen Konzentration lässt sich hervorragend anhand der Abbildung 10 ablesen: Die größten Gruppen wohnen in Marzahn und Lichtenberg sowie teilweise in Hohenschönhausen; ihre Situation im Westteil der Stadt unterscheidet sich nur geringfügig von der in 1992, d.h. ihre Zahl und ihr Anteil können hier weitestgehend vernachlässigt werden.

Fazit

Die sich während der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts beschleunigende Urbanisierung und Globalisierung, ebenso wie die zwischen Angebot und Nachfrage von Arbeitskraft auftretenden räumlichen Disparitäten, implizieren nach wie vor die Entstehung zahlreicher gesellschaftlicher und insbesondere städtischer Konflikte, mit denen die europäischen Gesellschaften ausnahmslos früher oder später konfrontiert wurden bzw. werden.

In diesem Beitrag wurde anhand des besonderen Beispiels Berlin der Frage nachgegangen, wie die heutigen ethnischen Prozesse noch immer durch räumliche, politische und wirtschaftliche Trennungen beeinflusst werden. Aufgrund des vielschichtigen Charakters des Forschungsfeldes beschäftigen sich zahlreiche Disziplinen mit dem Thema. Im Vergleich zu der geografischen Herangehensweise sind bei der Betrachtung der Forschungslandschaft häufiger auch politische, soziologische, kulturelle und wirtschaftliche Aspekte in der Auseinandersetzung mit dem Thema zu finden.

Einerseits durch die aufgearbeitete Fachliteratur, andererseits mithilfe der Erstellung thematischer Karten aus räumlichen Daten sowie mittels statistischer Methoden gelang es, das räumliche Bild und die herausragenden Tendenzen in der Entwicklung ethnischer Gruppen darzustellen. Aufgrund unterschiedlicher historischer Hintergründe und verschiedener rechtlicher und wirtschaftlicher Gegebenheiten hat sich die Einordnung der Minderheiten in die deutsche Gesellschaft und die Ansiedlung in Berlin auf ganz unterschiedliche Art und Weise vollzogen.

Die sich zu Anfang der neunziger Jahre herausgebildete räumliche Gestalt hat zweifellos die örtlichen Entwicklungen der sich in der geteilten Stadt angesiedelten Minoritäten grundsätzlich bestimmt. Auch die heute erkennbaren Tendenzen sind in diese Struktur eingebettet. Anhand der heutigen Ansiedlungsstruktur kann die ehemalige Teilung Berlins

noch immer abgelesen werden. Hier zeigt sich, dass die Entwicklung nicht zu weniger Segregation, sondern offenbar zu einem Verbleib dieser Menschen in den von ihnen bewohnten Stadtteilen führt.

Unter den untersuchten Gruppen sind außerdem einige andere Personenkreise, die sich frei im gesamten Stadtgebiet angesiedelt haben und bei denen die ehemalige Trennung nicht mehr eine bedeutende Rolle gespielt hat. Dies betrifft diejenigen Minderheiten, die entweder aus historischen Gründen schon lange in der Stadt anwesend sind oder deren Einwanderung größtenteils nach der Wende stattgefunden hat.

Die vorgestellten Veränderungen und Prozesse beinhalten zudem zahlreiche andere und mit der räumlichen Betrachtung eng verbundenen Aspekte. Die Aufdeckung solcher gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Charakteristika, die hinter der Räumlich-

keit stecken, kann ein nächster Schritt in der weiteren Forschung sein. Die Untersuchung des Status verschiedener Gruppen am Arbeitsmarkt, die Erklärung des Zusammenhangs zwischen der Lage des Wohnungsmarktes und der räumlichen Segregation usw. bilden zukünftige Betätigungsfelder und würden zu einem tieferen Verständnis des vorgestellten Feldes beitragen.

Autorin: *Borbála Gyapay*

Frau Borbála Gyapay ist PhD-Studentin der Humangeografie an der Eötvös Loránd Universität in Budapest (Ungarn)

Literatur

- Behr, M. (2006): An American in Berlin: reflections on the German demographic challenge, immigration and national identity. *Population Research and Policy Review* 25. pp. 465–477.
- Davies, N. (2006): *Lengyelország története*. Budapest. Osiris. 1040 p.
- Dennis, M. (2007): Working under Hammer and Sickle: Vietnamese Workers in the German Democratic Republic, 1980–89. *German Politics* Vol. 16, No. 3. pp. 339–357.
- Doomernik, J. (1997): *Going West: Soviet Jewish Immigrants in Berlin since 1990*. Research in Ethnic Relations Series. Avebury. Aldershot. 167 p.
- Gesemann, F. (Hg.) (2001): *Migration und Integration in Berlin: Wissenschaftliche Analysen und Politische Perspektiven*. Opladen. Leske+Budrich. 430 p.
- Häussermann, H. – Kapphan, A. (2002): *Berlin: Von Geteilten zur gespaltenen Stadt? Sozialräumlicher Wandel seit 1990*. Opladen. Leske+Budrich. 292 p.
- Hoffmann, H. (2004): The reform of the Law on citizenship in Germany: Political Aims, Legal Concepts and Provisional Results. *European Journal of Migration and Law* Vol. 6, No. 2. pp. 195–203.
- Hoffmeyer-Zlotnik, J. (1977): *Gastarbeiter in Sanierungsgebiet: das Beispiel Berlin-Kreuzberg*. Hamburg. Christians. 173 p.
- Jasper, W. – Glöckner, O. (2001): Jüdische Einwanderer aus der GUS in Berlin. In: Gesemann, F. (Hg.) (2001): *Migration und Integration in Berlin: Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven*. Opladen. Leske+Budrich. pp. 385–395.
- Kapphan, A. (2004): Berlin – Stadtentwicklung und Segregation in der Hauptstadt. *Geographische Rundschau* Vol. 56, No. 9. pp. 48–52.
- Johnston, R. – Poulsen, M. – Forrest, J. (2010): Moving on from Indices, Refocusing on Mix: On Measuring and Understanding Ethnic Patterns of Residential Segregation. *Journal of Ethnic and Migration Studies* Vol. 36, No. 4. pp. 697–706.
- Kemper, F.-J. (1998a): *Reconstructing of Housing and Ethnic Segregation: Recent Developments in Berlin*. *Urban Studies* Vol. 35, No. 10. pp. 1765–1789.
- Kemper, F.-J. (1998b): Zur jüngeren Entwicklung der ethnischen Minderheiten in Berlin. In: Kemper, F.-J. (Hg.): *Ethnische Minoritäten in Europa und Amerika: geographische Perspektiven und empirische Fallstudien*. Berlin. Institute für Geographie der Humboldt-Universität (Berliner geographische Arbeiten 86.). pp. 55–66.
- Kil, W. – Silver, H. (2006): From Kreuzberg to Marzahn. *New Migrant Communities in Berlin*. *German Politics and Society* Vol. 81, No. 4. pp. 94–131.
- Miera, F. (1996): *Zuwanderer und Zuwanderinnen aus Polen in Berlin in den 90er Jahren*. Discussion Paper. ISSN Nr. 1011-9523. Berlin. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. 62 p.
- Müller, H. (1985): *Berlin (West) und Berlin (Ost) – sozial-räumliche Strukturen einer Stadt mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen*. *Geographische Rundschau* Vol. 37, No. 9. pp. 437–441.
- Schmalz-Jacobsen, C. – Hansen, G. (Hg.) (1995): *Ethnische Minderheiten in der Bundesrepublik Deutschland*. München. Verlag C. H. Beck. 571 p.
- Schulz, M. (2002): *Ethnische Segregation im wiedervereinigten Berlin*. In: Fassmann, H. – Kohlbacher, J. – Reeger, U. (Hg.) (2002): *Zuwanderung und Segregation. Europäische Metropolen im Vergleich*. Klagenfurt. Drava Verlag. pp. 121–141.
- Silver, H. (2006): Introduction: Social Integration in the "New" Berlin. *German Politics and Society* Vol. 24, No. 4. pp. 1–48.
- Stachelberger, D. (2007): *Polnische Migration nach Wien und Berlin: auf den Spuren transnationaler Phänomene*. Wien. 118 p.

Internetquellen:

- www.stadtentwicklung.berlin.de (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung) – letzter Zugriff: 31-03-2011
- www.statistik-berlin-brandenburg.de (Amt für Statistik Berlin-Brandenburg) – letzter Zugriff: 31-03-2011

Historisches 1910

Persönliche Verhältnisse der Abgeordneten des Preußischen Abgeordnetenhauses

Im Statistischen Jahrbuch für den Preussischen Staat von 1910 sind auf der Seite 341 die *Persönlichen Verhältnisse der Abgeordneten der XXI. Legislaturperiode (2. Session)* wiedergegeben. Es sind das Alter, das Religionsbekenntnis und der Berufsstand tabelliert und mit 9 Fußnoten unteretzt. Die 21. Legislaturperiode des Preußischen Abgeordnetenhauses reichte von 1908 bis 1912. In der Tabelle sind alle bis Anfang Oktober 1910 eingetretenen Veränderungen der Wahl von 1908 enthalten. Einige Fußnoten sind uns heute schwer verständlich. Die Nr. 2 und 3 bedeuten, dass zur Disposition gestellte Personen sich zur weiteren Verfügung bereithalten sollen, aber ansonsten aus dem aktiven Dienst entlassen sind. Ein Hospitant war ein Parlamentarier, der sich als Gast einer Fraktion anschloss. Unklar hingegen bleibt, was unter *Erledigte Sitze* zu verstehen ist.

Die altersmäßig stärkste Gruppe im Preußischen Abgeordnetenhaus waren mit 37,2 % die 50 bis 60 Jahre alten Herren, Frauen hatten weder das aktive noch das passive Wahlrecht – im Mittel waren diese 56,1 Jahre alt und zu 68,8 % evangelischer Konfession. Mit 35,4 % bildeten die Landwirte (Gutsbesitzer) den von der Anzahl her stärksten Berufsstand. Die mächtigste Fraktion waren allerdings die Konservativen mit 34,7 % der Abgeordnetensitze. Völlig abgeschieden waren die Sozialdemokraten mit 6 Sitzen. Im Reichstag stellten sie dagegen im Jahre 1912 mit 34,8 % der Wählerstimmen 110 Parlamentarier, das waren 27,7 % der Sitze – die stärkste Fraktion.

Im heutigen Brandenburger Parlament sitzen 61 Akademiker (69 %), 25 Arbeiter (28 %) und 20 Personen (23 %), die im öffentlichen Dienst gelernt haben. 45 Parlamentarier führen die Bezeichnung „Diplom“ im Titel, davon 11 den Nachsatz „Lehrer“, die noch von 2 Nicht-Diplom-Lehrern flankiert werden. Vertreten sind auch 8 Diplom-Juristen und 5 Rechtsanwälte, denen nur ein Notargehilfe zu Seite steht. Insgesamt haben 16 Abgeordnete zwei Berufe angegeben, Doppelnennungen sind also zugelassen. Nach den Tätigkeiten vor der Mandatsübernahme bzw. während des

XVIII. Die gesetzgebenden Körperschaften.

341

2. Persönliche Verhältnisse der Abgeordneten der XXI. Legislaturperiode.

(2. Session.)

Alter.	Konservativ	Freikonservativ	Nationalliberal	Freisinnige Vereinigung	Freisinnige Volkspartei	Zentrum	Polen	Sozialdemokraten	Ohne Bezeichnung	Erledigte Sitze	Zusammen
Religionsbekenntnis.											
Berufsstand.	Anzahl										
I	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
1. Alter der Abgeordneten.											
Abgeordnete überhaupt .	153	60	66	8	27	103	15	6	3	2	443
1. 30 bis 40 Jahre alt . .	3	4	1	—	1	6	3	2	1	—	21
2. 40 „ 50 „ „ „ „	35	6	12	3	4	36	5	2	1	—	104
3. 50 „ 60 „ „ „ „	56	25	28	3	13	35	3	2	—	—	165
4. 60 „ 70 „ „ „ „	45	16	23	2	7	19	1	—	1	—	114
5. 70 „ 80 „ „ „ „	14	7	1	—	1	6	2	—	—	—	31
6. 80 Jahre und darüber .	—	2	1	—	1	1	1	—	—	—	6
Außerdem erledigte Sitze	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2
2. Religionsbekenntnis der Abgeordneten.											
1. Evangelisch	151	60	66	4	20	—	—	1	3	—	305
2. Katholisch	2	—	—	1	3	103	15	—	—	—	124
3. Sonstige Christen . . .	—	—	—	—	—	—	—	5	—	—	5
4. Juden	—	—	—	3	4	—	—	—	—	—	7
Außerdem erledigte Sitze	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2
3. Berufsstand der Abgeordneten.											
1. Aktive Verwaltungsbeamte ^{1) 2)}	24	10	6	—	1	9	—	—	—	—	50
2. Aktive Justizbeamte . . .	2	3	13	2	1	26	—	—	—	—	47
3. „ Offiziere ³⁾	4	1	1	—	—	—	—	—	1	—	7
4. Offiziere und Staatsbeamte a. D.	3	2	7	—	—	1	—	—	—	—	13
5. Gemeinde- und Korporationsbeamte	1	2	10	—	5	2	—	—	—	—	20
6. Universitätsprofessoren und Lehrer	2	1	3	2	4	6	—	—	—	—	18
7. Evangelische Geistliche . . .	3	1	1	—	1	—	—	—	—	—	6
8. Katholische Priester	—	—	—	—	—	11	5	—	—	—	16
9. Rechtsanwälte	2	4	3	3	5	8	1	1	—	—	27
10. Kaufleute	—	—	1	—	4	1	—	1	—	—	7
11. Privatbeamte	2	—	2	—	—	6	1	1	—	—	12
12. Landwirte ⁴⁾	99	26	9	—	—	19	2	—	2	—	157
13. Gewerbetreibende, Industrielle	7	3	5	—	5	5	—	1	—	—	26
14. Ärzte	—	—	1	—	1	—	1	—	—	—	3
15. Schriftsteller, Journalisten, Privatgelehrte . . .	—	—	1	1	—	1	2	2	—	—	7
16. Rentner	4	7	3	—	—	6	3	—	—	—	23
17. Arbeiter	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	2
Außerdem erledigte Sitze	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	2

¹⁾ Aktive Staatsminister sind nicht gewählt. — ²⁾ Hier sind die zur Disposition gestellten Beamten mitgezählt. — ³⁾ desgl. die Offiziere à la suite der Armee und die Offiziere zur Disposition. — ⁴⁾ desgl. die Offiziere und Staatsbeamten a. D., welche zugleich Gutsbesitzer sind. — ⁵⁾ darunter je 1 Hospitant. — ⁶⁾ darunter je 2 Hospitanten. — ⁷⁾ darunter 3 Hospitanten. — ⁸⁾ darunter 4 Hospitanten. — ⁹⁾ davon 3 konfessionslos, 1 Dissident, 1 Dissident-freireligiös.

¹⁾ Aktive Staatsminister sind nicht gewählt. — ²⁾ Hier sind die zur Disposition gestellten Beamten mitgezählt. — ³⁾ desgl. die Offiziere à la suite der Armee und die Offiziere zur Disposition. — ⁴⁾ desgl. die Offiziere und Staatsbeamten a. D., welche zugleich Gutsbesitzer sind. — ⁵⁾ darunter je 1 Hospitant. — ⁶⁾ darunter je 2 Hospitanten. — ⁷⁾ darunter 3 Hospitanten. — ⁸⁾ darunter 4 Hospitanten. — ⁹⁾ davon 3 konfessionslos, 1 Dissident, 1 Dissident-freireligiös.

Mandates unterscheidet man in 18 Beamte (20 %), 14 Selbstständige (16 %), 48 Angestellte (55 %), 2 Studenten (2 %) und 4 Altersrentner (5 %).

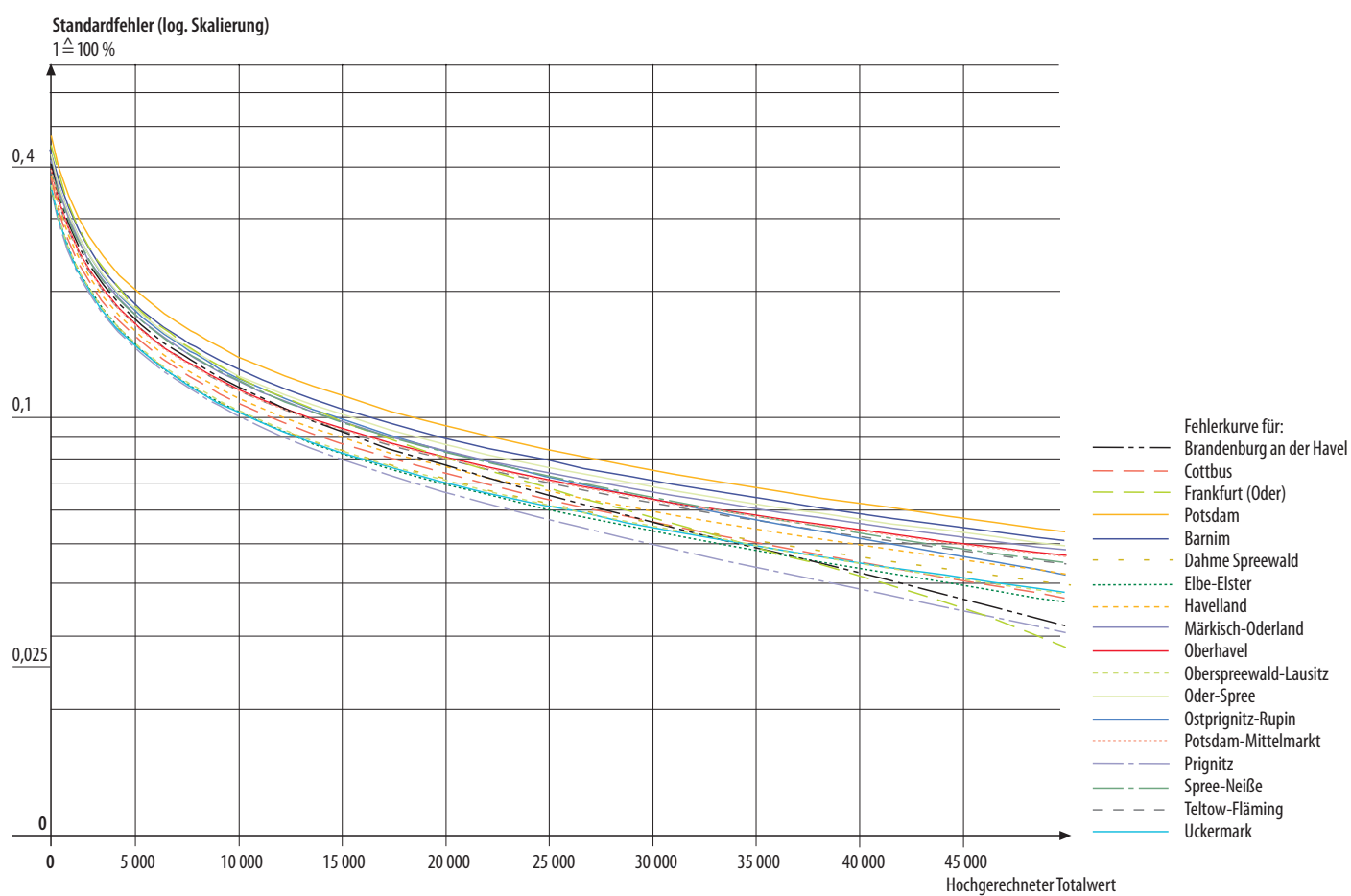
Im Berliner Abgeordnetenhaus ist der älteste Abgeordnete 74 – ein promovierter

CDU-Rechtsanwalt – und die jüngste – eine Piratenfrau – 20 Jahre alt; die Abgeordneten sind im Mittel 46 Jahre. Für die Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses kann an dieser Stelle leider nur das Alter ausgewertet werden.

Autor: Jürgen Hübner

Die Bedeutung und Auswirkungen der Fehlerrechnung auf Ergebnisse des Mikrozensus bei kleinräumigen Verwaltungseinheiten am Beispiel des Landes Brandenburg

Ermittelte Fehlerkurven für die 18 Landkreise und kreisfreien Städte in Brandenburg



▮ **Die Bedeutung und Auswirkungen der Fehlerrechnung
auf Ergebnisse des Mikrozensus bei kleinräumigen Verwaltungseinheiten
am Beispiel des Landes Brandenburg**

Ermittelte Fehlerkurve für die 5 Anpassungsschichten in Brandenburg

